



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss virtuell:

Vorsicht mit Perspektive

Die bemerkenswerte Zahl von 100 Teilnehmern verzeichnete die jüngste Videokonferenz des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses gemeinsam mit den CSU-Landräten und -Oberbürgermeistern sowie den KPV-Kreisvorsitzenden. Unter der Leitung des KPV-Landesvorsitzenden, Landrat Stefan Rößle, stand dabei die Bekämpfung der Corona-Pandemie im Vordergrund.

Hierzu gab es einen regen Gedankenaustausch mit Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek, MdL, ehe der stellvertretende CSU-Generalsekretär Florian Hahn, MdB, seinen Blick

der „Umsicht und der Vorsicht“. Man habe gemerkt, dass der erste Lockdown light nicht zum erwünschten Ergebnis geführt habe. Mit dem konsequenten Kurs



Staatsminister Klaus Holetschek.
Bild: www.stmgp.bayern.de



Landrat Stefan Rößle.

kurz auf die kommenden Bundestagswahlen im Herbst richtete und die CSU aufforderte, sich im Wahlkampf vor allem den Herausforderungen des Klimawandels zu widmen. Hierbei gelte es, Strategien für „ein vernünftiges Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie“ zu kommunizieren.

fahre man besser. Auf die gesunkenen Inzidenzwerte nun mit schnellen Lockerungen zu reagieren, könnte das Erreichte verspielen. Dies wäre fatal und würde auch in der Bevölkerung zu weniger Akzeptanz führen. Deshalb sei es gut, „konsequent und entschlossen zu bleiben, da-

Umsicht und Vorsicht

Den Scheitelpunkt überschritten zu haben, davon kann in punkto Corona-Pandemie freilich noch nicht die Rede sein. Zwar zeige der bayernweite Inzidenzwert eine gute Entwicklung, gleichwohl dürfe man die Risiken durch noch ansteckendere Virus-Mutationen nicht unterschätzen, bekräftigte Bayerns neuer Gesundheitsminister Klaus Holetschek.

Er plädierte in dieser „fragilen Situation“ für einen Kurs

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

5. Bayerisches InfrastrukturForum – digital, am 18.3.21:

Expertenrunde 5G und Mobilfunkausbau

Anwendungsbeispiele und Argumentationshilfen für Bayerns Kommunen

Kommunen bilden das Bindeglied zwischen Nutzern und Bereitstellern der Mobilfunk- und Datennetze. Auf der einen Seite suchen Kommunen in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsunternehmen geeignete Standorte, andererseits müssen sie mit Sorgen aus der Bevölkerung umgehen. Bei Themen wie Mobilfunk und 5G, die technisch anspruchsvoll sind und bisweilen emotional diskutiert werden, erfordert dies eine sachlich fundierte Kommunikation, die Vertrauen schafft.

Gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk hat die Bayerische GemeindeZeitung ein Programm entwickelt, das sich an der besonderen Position der bayerischen kommunalen Verantwortlichen orientiert, rechtliche und technische Hintergründe erklärt, auf Anwendungsbeispiele eingeht und für Gesundheits- und Umweltfragen Argumentationshilfen bietet.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Für VertreterInnen aus Kommunen und Behörden ist die Teilnahme kostenfrei. Informationen, Programm und Anmeldung: <https://www.bayerisches-infrastrukturforum.de>

14. Müller-BBM Fachgespräche am 25. 3. 2021 digital:

Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Die Anforderungen der TA Luft und auch die der TA Lärm und deren Auslegung führen immer wieder zu komplexen und herausfordernden Fragestellungen bei der Zulassung von Vorhaben oder der Sanierung von Bestandsanlagen.

www.muellerbbm.de/veranstaltungen/seminare-workshops/14-mueller-bbm-fachgespraeche-maerz-2021-in-muenchen

für aber dann mit Perspektive“, unterstrich der Minister. Nachhaltigkeit laute das Zauberwort.

Genaue Analysen

Wichtig sei eine genauere Analyse der Mutationen. Bisher sei dies regional unterschiedlich. Man habe die Sequenzie-

Kommunalgipfel im Zeichen der Pandemie

Große Geschlossenheit herrschte beim sog. Kommunalgipfel, bei dem sich knapp 100 bayerische Landräte und Oberbürgermeister mit Kanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Dr. Markus Söder virtuell austauschten. Grundsätzlich waren sich alle Teilnehmer einig, dass die erzielten Erfolge im Kampf gegen die Pandemie nicht durch überstürzte Lockerungen aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

„Wir dürfen keinen dritten Lockdown riskieren durch zu schnelles Öffnen“, betonte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, nach der Konferenz. Laut Städtetagspräsident Markus Pannermayr hätten die Teilnehmer jedoch die klare Bitte formuliert, dass Bund und Länder gemeinsam „eine glaubhafte Skizze“ entwerfen müssten, wie man den Weg Richtung Sommer verantwortlich gestalten könne.

Impfzentren werden in Bayern ausgebaut

Ihrem Ärger Luft machten die Kommunalpolitiker über die weiterhin nur langsam fließenden Finanzhilfen des Bundes sowie die schlechte Planbarkeit bei der Versorgung mit Impfstoff. Auch äußerten sie den Wunsch nach Kompensationen des Bundes für weggebrochene Gewerbesteuererinnahmen. Mit Blick auf die Impfungen forderten die Landräte und Stadtoberhäupter ebenso wie Markus Söder

ein klares System, damit auch Haus- und Betriebsärzte in den Prozess eingebunden werden könnten. Für Bayern kündigte Söder an, die Impfzentren weiter ausbauen zu wollen.

Kanzlerin Merkel hatte in der Videokonferenz ihren Kurs bei Lockerungen von Corona-Auflagen verteidigt. Nur bei niedrigen Inzidenzen seien mehr Öffnungen zu vertreten, erklärte sie nach dpa-Informationen aus Teilnehmerkreisen. Die Schule habe dabei für sie weiterhin Priorität. Im Anschluss könnten weitere Öffnungen in den Bereichen Einzelhandel, Veranstaltungen, Kultur und Sport klug kombiniert werden.

Söder für intelligente Öffnungsmatrix

Derzeit befinde sich Deutschland in einer „hochsensiblen Phase“ der Pandemie, stellte Ministerpräsident Söder fest. Er warb deshalb für eine „intelligente Öffnungsmatrix“ mit einem breiten Instrumentarium, um entsprechend reagieren zu können. Hierzu zähle ausdrücklich die Option, auch bei Verschlechterungen schnell handeln zu können. Dazu sei es auch wichtig, in einer Arbeitsgruppe mit den angrenzenden Bundesländern ein gemeinsames Corona-Management zu vereinbaren. Verbunden sei dies mit der Möglichkeit, regional zu differenzieren, wenn die jeweiligen Infektionszahlen deutlich auseinander lägen. DK



Prof. Dr. Ulrich Reuter und Constanze von Hassel.

Auf die Sparkassen ist Verlass!

GZ-Interview mit Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes

In der kommunalen Szene ist er kein Unbekannter; immerhin war der neue Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, Prof. Dr. Ulrich Reuter, unter anderem 18 Jahre lang Aschaffener Landrat. Gleichzeitig ist er promovierter Jurist und Professor für öffentliches Recht sowie Europäisches Wirtschaftsrecht und verfügt daher über eine langjährige Erfahrung im Finanz- und Kommunalmanagement. Über aktuelle Herausforderungen auf europäischer und deutscher Ebene sprach Reuter mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

GZ: Herr Professor Reuter, welche Stationen haben Sie auf die Aufgabe als Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes vorbereitet?

Reuter: Jede berufliche Station hat auf ihre Weise dazu beigetragen, dass ich mich für die neue Aufgabe gut gerüstet fühle. 30 Jahre ehren- und hauptamtliche Tätigkeit in der Kommunalpolitik helfen z.B. sicherlich, die Bodenhaftung zu wahren und auch ein Gefühl dafür zu haben, was Sparkassenkunden bewegt und was sie brauchen. Als ordentlich ausgebildeter Jurist habe ich eine gute Grundlage. Außerdem war ich über das Amt des Landrats bereits in zahlreiche Gremien der Sparkassen-Finanzgruppe und ihrer Verbundpartner eingebunden und bin somit auch mit dieser Facette der aktuellen Aufgabe betraut. Und mit Blick auf die Aufgabe als Präsident ist es zudem sicherlich hilfreich, dass ich mich über den zweiten Bildungsweg nach vorne gearbeitet habe, denn man braucht Konsequenz, Biss, Zielstrebigkeit und

einen langen Atem, um in der Sparkassen Finanzgruppe mitgestalten zu können.

GZ: Die Idee der Sparkassen wurde vor 200 Jahren geboren, um der armen und alten Bevölkerung zu helfen. (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister war beim Friseur. Und beim heimischen Gärtner wird er mit seiner Frau Frühjahrspflanzen besorgen. „Der Mensch funktioniert nicht über Verzicht“, meint er gemeinsam mit Max Moor. Er ist dankbar, dass wenigstens ein paar Geschäfte wieder offen sind. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Klare Öffnungsperspektiven in Brandbriefen gefordert	Seite 2
Hetzkampagne gegen Rößle	2
Städtetag zu Grundsteuer C und Digitalisierung der Schulen	3
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell: Alles Mist?!!!	3
1.648 Verfahren gegen Hass und Hetze im Internet	3
ABC des kommunalen Gesundheitswesens	4
Kommunale Energiethemen	5-9
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV	10
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau	11-12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Klare Öffnungsperspektiven in Brandbriefen gefordert

Eine verbindliche Öffnungsperspektive, eindringliche Appelle zu mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit sowie zur Einberufung von Expertenrunden – Brandbriefe mit konkreten Forderungen in der Diskussion um die Möglichkeiten für Osterurlaub und die Beendigung des Lockdowns erreichen aktuell Ministerpräsident Markus Söder und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Unter den Absendern sind Bürgermeister, Verbände, Einzelhändler, Unternehmer und Landräte in ganz Bayern. Söder warnt hingegen vor überstürzter Hektik beim Tempo der Öffnungen und setzt auf einen „Sicherheitspuffer“ für Mutanten in der Corona-Strategie.

Der Lockdown trifft vor allem die Tourismusregionen in Bayern besonders hart. Sieben Bürgermeister aus tourismusgeprägten Gemeinden haben daher in einem Brandbrief an Ministerpräsident Markus Söder verbindliche Öffnungsperspektiven gefordert. An dem Schreiben beteiligten sich die Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen sowie die Bürgermeister von Oberstdorf, Schönau am Königssee, Berchtesgaden, Ramsau, Marktschellenberg, Bischofswiesen und der Verbandsvorsitzende des Zweckverbands Tourismusregion Berchtesgaden-Königssee.

Wie tief die Gemeinden in der Krise stecken, belegen die Bürgermeister im Brief mit aktuellen Zahlen: „Die touristischen Umsatzverluste in Oberstdorf bis Mitte März 2021 betragen rund 150 Millionen Euro. Nicht eingeschlossen sind die nicht getätigten Umsätze im Rahmen der FIS Nordischen Skiweltmeisterschaften Oberstdorf/Allgäu. Beherbergungsbetriebe, Gaststätten, Einzelhandel und viele weitere Dienstleister gehen hier weitgehend leer aus – weil keine Zuschauer zugelassen sind. Allein in der Region Berchtesgaden und im Markt Garmisch-Partenkirchen gibt es rund 3.000 Beherbergungsbetriebe, in Oberstdorf stehen 16.000 Gästebetten zur

Verfügung. Zwei Drittel dieser Betriebe sind nichtgewerbliche Privatvermieter oder Ferienwohnungsbesitzer, die aber, wie jeder andere Betrieb, Steuern und weitere Gebühren abführen müssen.“

Effiziente Hygienekonzepte

In ihrem Brief fordern die Bürgermeister die Staatsregierung dazu auf, „für einen raschen Vollzug der beschlossenen finanziellen Hilfen für die Unternehmen zu sorgen.“ Denn die touristischen Betriebe hätten in den Regionen verlässliche Hygienekonzepte entwickelt, die ihre Effizienz und Effektivität bereits beweisen konnten. „Wir sind als Regionen grundsätzlich bereit, destinationsspezifische Gesundheits- und Hygienekonzepte mit entsprechenden Maßnahmen zur Prävention, als auch für das Management von Verdachtsfällen und bestätigten Covid-19 Fällen für unsere Destination systematisch und strukturiert auszugestalten. Dafür benötigen wir aber auch die Unterstützung der Bayerischen Landesregierung, indem beispielsweise die Kosten einer

detaillierten Abwasseranalyse auf Coronaviren in allen touristischen Regionen übernommen werden“, appellieren die Bürgermeister im Brandbrief an den Ministerpräsidenten.

Lockerungen zu Ostern prüfen

Kritisch beurteilen die Bürgermeister eine Öffnung ausschließlich von Beherbergungsbetrieben. Sie geben zu bedenken, dass durch das Schließen von Ausflugszielen und der Gastronomie die Urlaubsregionen „stark an Attraktivität“ verlieren könnten. Außerdem befürchten sie eine Abwanderung von qualifiziertem Fachpersonal, wenn beliebte Reiseziele in unmittelbarer Umgebung von Bayern früher wiedereröffnen. Die Bürgermeister werben daher „mit fester Überzeugung und großem Nachdruck dafür, ernsthaft eine Lockerung aller Betriebe in der Beherbergung, Gastronomie und Freizeitwirtschaft zu Ostern 2021 zu prüfen.“

Kritik an Ungerechtigkeit

Die Bürgermeister der Tourismusregionen sind nicht die Einzigen, die einen Brandbrief an die Staatsregierung adressieren und auf diese Weise Öffnungsperspektiven einfordern. Auch Einzelhändler und Unternehmen in der Gemeinde Michelau in Oberfranken wandten sich Mitte Februar mit einer Unterschriftenliste an Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. „Eine derartige Ungleich-

behandlung der kleinen Einzelhändler vor Ort gegenüber den großen Vollsportmentern ist nicht nachvollziehbar. Es kann nicht sein, dass große Discounter Nonfood-Artikel verkaufen dürfen, während die kleinen Geschäfte vor Ort geschlossen bleiben, obwohl sie Hygienevorschriften viel besser einhalten könnten. Durch die Verlängerung des Lockdowns wird diese Situation nochmals verschärft“, betonte Jochen Weber, der amtierende Zweite Michelauer Bürgermeister. Er übergab Landrat Christian Meißner einen Brief und eine entsprechende Unterschriftenliste von Einzelhändlern und Unternehmern aus der Gemeinde Michelau zur Weiterleitung an den Bayerischen Minister Aiwanger.

Landrat Meißner zeigte Verständnis für den Unmut: „Die Unternehmen vor Ort stehen mit dem Rücken zur Wand – nicht zuletzt auch durch diese mehr als ärgerliche Regelung. Es lässt sich gut nachvollziehen, dass die Leute sauer sind. Hier muss seitens der Verantwortlichen in München und Berlin umgehend Abhilfe und mehr Gleichberechtigung geschaffen werden. Denn hier geht es um Existenzen!“

Appell nach Rundem Tisch

Auch der Verein zum Erhalt der bayerischen Wirtschaftskultur (VEBWK) hat sich mit einem offenen Brief an Aiwanger gewandt. Darin wird der Wirtschaftsminister aufgefordert, einen Runden Tisch mit Verbänden einzuberufen, um gemeinsam eine klare Öffnungsstrategie zu erarbeiten. „Die Forderungen der ‚NoCovid‘-Bewegung sind definitiv nicht akzeptabel“, so VEB-



Ein Schreiben mit einer langen Unterschriftenliste für Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger übergibt Michelau 2. Bürgermeister Jochen Weber (re.) mit der Bitte um Weiterleitung an Landrat Christian Meißner.

Bild: Landratsamt Lichtenfels / Heidi Bauer

WK-Geschäftsführerin Dr. Ursula Zimmermann, „wir brauchen echte Perspektiven für die Bürger und Unternehmen!“ Anstatt die Maßnahmen weiterhin an willkürlich gewählte Inzidenzwerte zu koppeln, fordert der Verein, beispielsweise auch die Belegung von Intensivstationen, eine Inzidenz nach Risikogruppen, die Belastung des Gesundheitssystems sowie die Einbeziehung der Sterbefälle. Zudem sollen vulnerable Gruppen wie Bewohner von Alten- und Pflegeheimen besser geschützt werden.

„Politik bricht Versprechen“

Der Unternehmer und CSU-Gewerbereferent Manfred Herz aus Gilching schrieb ebenfalls an Ministerpräsident Markus Söder. Darin warnte der Kreisrat vor einer „Corona-Pleitewelle im Einzelhandel“ und bedrohten Existenzen auch im Landkreis Starnberg – selbst bei Firmen, die vor der Pandemie solide und nachhaltig aufgestellt gewesen und nun durch den erneut verlängerten Lockdown in „Schiefelage“ geraten seien. Der monatlang angestrebte Inzidenzwert 50, bei dem es endlich Lockerungen hätte geben sollen, sei auf 35 herabgesetzt worden, schreibt Herz, der auch Vorsitzender der CSU-Mittelstandsunion im Landkreis ist. Damit habe die „Politik ohne Rücksicht auf breite Berufsgruppen ein Versprechen gebrochen“, was nicht die Spur von Verlässlichkeit zeige. Herz betont, dass die Hygieneauflagen natürlich zu beachten seien und soziale Kontakte reduziert werden müssten. Aber man könne „nicht Zehntausenden von Einzelhändlern, Gastwirten und anderen Selbstständigen ihre Existenzgrund-

lagen und Perspektiven nehmen“. Der Geschäftsmann verlangt, verhältnismäßig und nach Grundsätzen der Gleichbehandlung zu handeln. Er fordert Söder auf, zu erlauben, dass spätestens von Mitte März an die Gastronomie, kulturelle Einrichtungen und der Einzelhandel mit bewährtem Hygienekonzept wieder öffnen dürfen, damit eine Verödung und beispiellose Pleitewelle in der mittelständischen Wirtschaft verhindert wird.

Auch Christoph Winkelkötter von der Gesellschaft für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung (GWT) Starnberg spricht von einer dramatischen Situation und einem weiteren „Nackenschlag“ für die Fachhändler, was der Service „Click and Collect“ nicht kompensieren könne. „Wir müssen es schaffen, ein Öffnungsszenario und einen Lockerungsplan zu entwickeln“, so Winkelkötter.

Sicherheit für Ostbayern

Landräte in den ostbayerischen Grenzregionen fordern mit einem Fünf-Punkte-Konzept mehr Sicherheit und Perspektiven für ihre Kreise. Im ganzen Land werde über Öffnungen gesprochen, solche Perspektiven wünschten sich die Landräte auch für ihre Regionen entlang der tschechischen Grenze, heißt es im Positionspapier zum Thema „Sicherheit und Perspektive für Ostbayern“. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. begrüßt insbesondere den Vorschlag, tschechische Grenzpendler unabhängig von der Systemrelevanz und unter der Voraussetzung eines negativen Coronatests und weiterer Corona-Tests (Fortsetzung nächste Seite)

Vorsicht mit Perspektive ...

(Fortsetzung von Seite 1) Masken sind geeignete Maßnahmen, um die Öffnung von Schulen und Kinderbetreuungs-einrichtungen sicher zu gestalten. Hierzu haben die Staatsministerien für Gesundheit und Pflege, des Innern, für Sport und Integration, für Unterricht und Kultus sowie für Familie, Arbeit und Soziales laut Holetschek ein Testkonzept für Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Heilpädagogische Tagesstätten erarbeitet. Auch im Bereich des Handels seien Konzepte unverzichtbar, so der Minister. Insgesamt seien Lockerungen dort möglich, wo ein eventueller Anstieg der Inzidenz auch aufgefangen werden könnte.

Weit fortgeschritten sind die Corona-Impfungen in Alten- und Pflegeheimen in Bayern. Auch beim Infektionsgeschehen in den Einrichtungen ist ein positiver Trend erkennbar. „Wir werden mehr Impfstoff kriegen“, machte Holetschek deutlich. Im Zuge dessen müssten im Kampf gegen die Pandemie die Kapazitäten in den Impfzentren hochgefahren sowie Haus- und Betriebsärzte eingebunden werden.

Bayerische Impfkommision

Der Minister stellte zudem in Aussicht, dass Anfang März Schnelltests als Selbsttests zur Verfügung gestellt werden. Diese Schnelltests gäben keine endgültige Sicherheit, seien aber Teil der Strategie. Bereits konstituiert hat sich inzwischen die neue Bayerische Impfkommision, angesiedelt am Klinikum der Universität München (LMU). Dort finden sich die notwendigen Fachdisziplinen auf höchstem wissenschaftlichem Niveau, um gegebenenfalls die medizinisch-fachlich schwierigen Impfentscheidungen zu fällen.

Die Bayerische Impfkommision soll, wie in der neuen Coronavirus-Impfverordnung (Co-

ronaImpfV) des Bundesgesundheitsministeriums vorgesehen, sachgerechte und medizinisch fundierte Einzelfallentscheidungen zur Impf-Priorisierung treffen. Bürgerinnen und Bürger, die der Ansicht sind, ihre Erkrankung sei in der Verordnung nicht angemessen abgebildet, können hierzu einen Antrag stellen.

Einzelfallprüfungen

Damit wird eine Lücke bei der Impf-Priorisierung geschlossen. Die Coronavirus-Impfverordnung benennt zwar zahlreiche Krankheitsbilder, die zu einer Impfung in der jeweiligen Priorisierungsstufe berechtigen. Die Aufzählung ist jedoch nicht abschließend. Da auch weitere, teilweise seltene Krankheiten ein erhöhtes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf bei einer COVID-19-Erkrankung bergen, bedarf es im Einzelfall einer konkreten ärztlichen Prüfung. Die Bayerische Impfkommision wird für bisher nicht priorisierte Berechtigten ein ärztliches Attest erstellen, mit dem sie sich zur Impfung anmelden können.

Die Kommission setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Prof. Karl-Walter Jauch, emeritierter ärztlicher Direktor des Klinikums der Uni München, Prof. Christian Bogdan, Rektor des Mikrobiologischen Instituts der Klinik Erlangen und Mitglied der STIKO, Prof. Jörg Schelling als Vertreter der Bayerischen Landesärztekammer, Susanne Breit-Kessler, Vorsitzende des Bayerischen Ethikrats, und Eda Hutter, ehemalige Präsidentin des Obersten Landesgerichts München sowie des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Der Einsatz der Impfkommision ist zunächst bis Ende September befristet.

Für die Entwicklung von Medikamenten gegen COVID-19 stellt der Freistaat Bayern 50 Millionen Euro zur Verfügung, führte

Holetschek weiter aus. Mit der Stärkung der Pharma- und Biotechnologiebranche wolle die Staatsregierung erfolgversprechende bayerische Therapieansätze auf den letzten Metern zur Zulassung unterstützen.

Das Gesundheitsministerium habe sich Kontingente von zwei der sogenannten monoklonalen antikörperhaltigen Arzneimittel gesichert. Es handle sich zum einen um den Antikörper Bamlanivimab, der vom US-Pharmakonzern Eli Lilly entwickelt wird, zum anderen um die beiden gleichzeitig zu verabreichenden Antikörper Casirivimab/Imdevimab des US-Herstellers Regeneron. Monoklonale Antikörper werden im Labor hergestellt und sollen das Virus nach einer Infektion außer Gefecht setzen. Ein Teil der Arzneimittel soll an sechs Universitätskliniken in Bayern verteilt werden. Krankenhäuser in den jeweiligen Regionen bezögen dann von dort ihren Bedarf.

Fakten entscheiden

„Wir haben viele Entscheidungen gefällt im Lichte dessen, was das Virus uns vorgibt. Der Gesundheitsschutz steht über allem und wir müssen jeden Tag eine Bewertung vornehmen. Zu entscheiden aufgrund von Fakten ist aus meiner Sicht verantwortungsvolle Politik“, machte der Minister deutlich. Klar sei, dass sich nach Corona die Herausforderungen in vielen Bereichen weiter verstärken werden. Es gelte deshalb unter anderem, die Pflege sektorenübergreifend zu denken und sich mit der Definition der Krankenhausversorgung in der Region auseinanderzusetzen. Die Kompensation von Gewerbesteuerausfällen stehe ebenso auf der Agenda wie das Zusammenspiel der kommunalpolitischen Ebenen untereinander und die Frage, wie es in den (Innen-)Städten weitergehen soll. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Einwang
84428 Buchbach
am 5.3.

Bürgermeister
Heinrich Stadlbauer
85777 Fahrzenhausen
am 11.3.

Bürgermeister Fritz Raab
94146 Hinterschmiding
am 15.3.

Bürgermeister Michael Baumann
63763 Hösbach
am 17.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Knut Morgenroth
96274 Schneckenlohe
am 3.3.

Bürgermeister Jürgen Sommer
93093 Donaustauf
am 6.3.

Bürgermeister Christian Seidl
83567 Unterreit
am 6.3.

Bürgermeister Jürgen Lippert
97737 Gemünden a. Main
am 8.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Carl
96479 Weitraasdorf
am 4.3.

Bürgermeister Stefan Fadinger
83674 Gaißach
am 7.3.

Bürgermeister Peter Meier
92364 Deining Opf.
am 15.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerischer Städtetag zu Grundsteuer C und Digitalisierung der Schulen

Schwachstellen beheben

Ernüchterung beim Bayerischen Städtetag: Als verpasste Chance hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, den Entwurf der Staatsregierung für ein bayerisches Grundsteuergesetz bezeichnet. Der Freistaat habe versäumt, mit einer Grundsteuer C ein Instrument zur Mobilisierung von Flächen zu schaffen, so Pannermayr im Rahmen einer virtuellen Pressekonferenz.

Wie der Vorsitzende erläuterte, biete die Grundsteuer C einen Ansatz, um Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Damit könnten baureife Grundstücke, solange sie nicht bebaut sind, mit einem eigenen Hebesatz belegt werden. Der Bund habe hier eine Rechtsgrundlage geschaffen. Im Gesetzgebungsverfahren sei nun der Bayerische Landtag am Zug, damit der Freistaat die bundesrechtlich vorgesehene Möglichkeit in einem Landesgrundsteuergesetz umsetzt.

Unmut in den Rathäusern

Pannermayr zufolge hat der Vorstand des Bayerischen Städtetags „kein Verständnis für die kommunalferne Blockadehaltung, wie sie besonders Vertreter der Freien Wähler im Bayerischen Landtag und in der Staatsregierung an den Tag legen. Dies sorgt für viel Unmut in den Rathäusern.“

Vielfach berichteten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Grundeigentümern, die trotz bestehendem Baurecht ungenutzte Baugrundstücke in Ortszentren bevorraten, ohne konkret eine Bebauung zu planen. Eine Grundsteuer C könne als Steuerungsinstrument gegen Bodenspekulation wirken, damit Eigentümer motiviert werden, ungenutzte Grundstücke mit Wohnungen zu bebauen oder an Bauinteressenten zu verkaufen. Mit diesem Instrument würde sich die Ausweitung von Bauland an Ortsrändern teilweise vermeiden lassen. Damit könnte ein Beitrag zum Flächensparen geleistet werden.

Klare Öffnungs...

(Fortsetzung von Seite 2)
Sicherheitsvorkehrungen in Ostbayern arbeiten zu lassen.

Söder fordert Sicherheitspuffer

Nach Ansicht von Ministerpräsident Söder müsse die künftige Corona-Strategie von Bund und Ländern jedoch auch einen Sicherheitspuffer für Virusvarianten beinhalten. „Wir dürfen nicht die Nerven verlieren. Wir brauchen ein nachvollziehbares Konzept, das sowohl bei besser werdenden Inzidenzen Öffnungen vorsieht, aber auch die Möglichkeit der Sicherheit bietet, wenn es schlechter wird“, sagte der CSU-Chef am 26.02. der Deutschen Presse-Agentur in München. Am 3. März will die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) über das weitere Vorgehen in der Pandemie beraten. „Die Beschlüsse der MPK dürfen keine Einbahnstraße nur für Öffnungen sein, sondern sie müssen auch einen Sicherheitspuffer für den Fall haben, dass es durch die Mutationen schlechter werden wird“, betonte Söder. Deswegen dürfe es keine überstürzte Hektik beim Tempo der Öffnungen geben. Diese müssten „in vernünftigen und belastbaren Schritten“ erfolgen. Zudem forderte Söder auch für Deutschland ein „Schnelltestkonzept“, das langfristig trägt und in der Praxis umsetzbar ist. Dabei ist entscheidend zu klären, wie viele Schnelltests in kürzester Zeit für Deutschland mobilisierbar sind“, sagte er.



Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Bild: Stadt Regensburg

Aus Sicht des Verbandschefs brauchen Städte und Gemeinden einen Werkzeugkasten mit mehreren Instrumenten, damit sie die Innenentwicklung der Ortszentren tatsächlich vorantreiben können. Mit der Nutzung bislang unbebauter Baugrundstücke lasse sich das Ziel des Flächensparens besser erreichen. Kommunen benötigten steuerrechtliche Instrumente – eines der möglichen Instrumente sei eine Grundsteuer C.

Generelles Vorkaufsrecht für Kommunen

Darüber hinaus könne eine steuerliche Begünstigung zum Flächensparen helfen, wenn nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Hofgrundstücke an Kommunen veräußert werden. „Hilfreich wären auch baurechtliche Werkzeuge, wie ein generelles Vorkaufsrecht für Kommunen“, so Pannermayr.

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung sieht für die Grundsteuer B (für bebauete Grundstücke) ein wertunabhängiges Grundsteuermodell vor, das mit Äquivalenzzahlen arbeitet: 2 Cent je Quadratmeter für Grund und Boden, 20 Cent je Quadratmeter für Wohnflächen und 40 Cent für übrige Nutzungen wie etwa Gewerbe, Handwerk oder Handel. Laut ersten Probeberechnungen führt dies, so Pannermayr, zu Mindereinnahmen in den Städten. Um das aktuelle Niveau beim Grundsteueraufkommen halten zu können, müssten Kommunen die Hebesätze erhöhen. Daher sei es erforderlich, dass der Gesetzgeber bereits im Grundsteuergesetz die Äquivalenzzahlen höher ansetzt.

Bürokratischer Aufwand, Konflikte, rechtliche Risiken

Den Vorschlag der Staatsregierung, eine Zonierung für die Grundsteuer B – etwa nach Größenklassen oder Zonentypisierungen – als Option für Kommunen über 5.000 Einwohner zu schaffen, lehnt der Bayerische Städtetag ab. Zwar betone der Freistaat, einfache und unbürokratische Regelungen für die Grundsteuer schaffen zu wollen, jedoch sei eine Zonierung das Gegenteil von einfach und unbürokratisch, betonte Pannermayr. Eine Zonierung je nach Stadtviertel würde in den Städten einen enormen bürokratischen Aufwand verursachen. Dies wiederum würde heftige Konflikte und rechtliche Risiken nach sich ziehen.

De Vorsitzende kritisierte den Mangel an Vorgaben und Richtlinien im Gesetzesentwurf. Die-

ser definiere keine Abgrenzungskriterien für eine Zonierung. Pannermayr: „Wenn der Gesetzgeber die Zonierung unbedingt will, muss er für Rechtssicherheit sorgen: Nötig wären klare Vollzugshinweise, um auf der Basis von Bodenrichtwerten bestimmte Wertkomponenten einzuführen.“

Ein klares Konzept vermisst der Bayerische Städtetag auch bei der Kostenbeteiligung für Systembetreuung an Schulen. Wie der Verbandschef deutlich machte, stünden die Kommunen weiter zu ihrem dauerhaften Engagement. Sie gingen in Vorleistung und hätten sich daher sogar bereit erklärt, im Auftrag des Staates Lehrerdienstgeräte zu beschaffen.

Das entsprechende Programm reiche freilich nur für knapp zwei Drittel der Lehrer; der Anschaffungspreis für ein Lehrer-Laptop ist auf 750 Euro gedeckelt. Dies erscheine vielen Lehrkräften und IT-Fachleuten zu niedrig, berichtete Pannermayr aus der Praxis: „Das Kultusministerium hat hohe Erwartungen geweckt. Allerdings sorgen die Fakten bei Schulleitungen und Lehrerschaft für Ernüchterung.“

Ausbau der Systembetreuung

Wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Digitalisierung sei der Ausbau der Systembetreuung. Bund und Freistaat wollen den Kommunen für die Systembetreuung 155,6 Millionen Euro bis einschließlich 2024 zur Verfügung stellen. Für die Jahre ab 2025 habe der Freistaat seine Absicht erklärt, die Hälfte der Kosten für die Systembetreuung zu übernehmen, so der Städtetagsvorsitzende. Seiner Meinung nach waren das „erste Impulse, um Wegmarken auf der langen Strecke zur Digitalisierung an Schulen zu setzen. Für Schulen und Kommunen war ein positives Signal, dass sich der Freistaat erstmals zu seiner Mitverantwortung für die Systembetreuung der Digitalausstattung an Schulen bekannt hat. Doch seit Sommer hat das Kultusministerium noch immer keinen Entwurf für die Umsetzung der Kostenbeteiligung des Freistaats an der Systembetreuung vorgelegt. Das muss nun zeitnah passieren.“

BayernCloud

Die vom Freistaat im Juli 2020 ebenfalls zugesagte BayernCloud Schule soll auch die örtliche Systemadministration an den Schulen unterstützen. Im Entwurf des Staatshaushalts 2021 sind dafür 47 Millionen Euro angesetzt. Pannermayr zufolge sind bislang allerdings „nur wolkige Ankündigungen aus dem Kultusministerium“ gekommen. Es fehle ein konkreter Plan zur Umsetzung der einzelnen Schritte. Unklar sei, wann die BayernCloud Schule eingerichtet wird und welche zentralen Dienste in welchem Umfang für den Einsatz in der Praxis zur Verfügung stehen werden. Tatsache ist: „Solange die Cloud nicht kommt, behelfen sich die Schulen mit selbst improvisierten lokalen Insellösungen.“

Die Erfahrungen mit digitalem Heim-Unterricht hätten im vergangenen Jahr gezeigt, wo Stärken und Schwächen liegen. Die größte und entscheidende Schwachstelle ist nach Pannermayrs Worten das fehlende bayernweite pädagogische Gesamtkonzept für die Umsetzung der digitalen Schule. Dieses Grundsatzproblem müsse der Freistaat endlich anpacken. **DK**

GZ

KOLUMNE
Dr. Klemens Gsell

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Meldungen regen einen derzeit auch innerlich auf: Impfchaos, Pleitenwelle, Verzögerungen der Hilfen, IT-Fehler, Zusammenbruch der Hotlines usw. usw. Dazu Schulöffnung mal ja, mal nein und widersprüchliche Regelungen was, wer, wann darf? 2 plus 1 oder doch der Aiwanger-Tisch? Ja, es ist vieles nicht rund und oft auch unverständlich.

ABER: verstellen wir uns den Blick nicht auf die wesentlichen Daten? Die Fakten sind doch: In Deutschland sind die Zahlen der Corona-Toten gegen-



ABER: das ist kein Grund zur Zufriedenheit. Manche Regelung der Corona-Verordnungen ist mit heißer Nadel gestrickt und kann von den Kommunen oder Betroffenen in der Sinnhaftigkeit nicht nachvollzogen werden. Warum müssen Schulen bei Inzidenz von 100 gleich wieder zu machen und haben keine Übergangsfrist? Warum müssen angepackte Impfflaschen geleert werden, wenn keine Kategorie 1 Aspiranten mehr am Abend zur Verfügung stehen und können nicht an andere kurzfristig vergeben werden? Warum sind die Voraussetzungen für die Novemberhilfen so umfangreich, dass sie ohne fachliche Hilfe nicht bearbeitet werden können?

Unser Verwaltungssystem ist an vielen Stellen an seine Grenzen gestoßen. In Verbindung mit einer Haftungs- und Regelungsdichte, die sich manchmal einfach widerspricht, sind schnelle Ergebnisse oft nicht zu erzielen.

Nach der Krise haben wir viel auszumisten. Wir sollten auch jetzt in der Krise Hemmnisse markieren und für die Diskussion inhaltlich vormerken. Denn die Zeit der Bedenkenträger und Überregulierer wird sicher schnell wieder kommen.

Ihr Klemens Gsell

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern

Alles Mist?!?

über vergleichbaren Ländern wie Großbritannien, Frankreich oder Italien um deutlich mehr als die Hälfte (!) geringer. Die Fallzahlen insgesamt sind ca. ein Viertel bis ein Drittel unter diesen Ländern und hier hat das Gesundheitswesen noch nicht aufgegeben. Auch Hochbetagte erhalten einen Beatmungsplatz und das Ortsnah. Solche Ergebnisse sind es doch, die das Ziel der Maßnahmen waren. Also nicht alles ist Mist!

Hate-Speech-Bilanz 2020 der bayerischen Justiz:

1.648 Verfahren wegen Hass und Hetze im Internet

Mit Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb ernannte Bayerns Justizminister Georg Eisenreich am 1. Januar 2020 Deutschlands ersten Hate-Speech-Beauftragten. Zusätzlich wurden bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften Sonderdezernate für die Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet eingerichtet. Im Rahmen einer Pressekonferenz gab Eisenreich nun Auskunft zu den bayernweiten Fallzahlen.

Wie der Minister erläuterte, haben die Hate-Speech-Spezialisten 2020 insgesamt 1.648 Verfahren wegen Hate Speech geführt. 1.251 Verfahren erfolgten gegen bekannte Beschuldigte und 397 gegen Unbekannt. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 wurden bereits insgesamt 245 Beschuldigte angeklagt (116 Anklageerhebungen inkl. Anträge im vereinfachten Jugendverfahren, 129 Anträge auf Erlass eines Strafbefehls). Gegen 102 Personen erging ein Urteil oder Strafbefehl, 94 sind bereits rechtskräftig. 462 Verfahren wurden eingestellt, z. B. mangels hinreichenden Tatverdachts oder weil der Täter nicht ermittelbar war. In 941 Verfahren dauern die Ermittlungen an.

Eisenreich bedankte sich bei den Hate-Speech-Experten: „Der Kampf gegen Hasskriminalität muss entschlossen geführt werden. Die ersten Erfolge sind dem großen Einsatz unserer Ermittlerinnen und Ermittler zu verdanken.“

Meinungsfreiheit dort, wo strafbarer Hass beginnt

Eisenreich zufolge endet die Meinungsfreiheit dort, wo strafbarer Hass beginnt. Beleidigung, Verleumdung, Volksverhetzung oder das Verwenden verfassungswidriger Symbole seien typische Straftatbestände der Hate-Speech. Etwa 80 Prozent der strafbaren Posts stammten aus dem rechten oder rechtsextremen Spektrum. Laut Minister kann Volksverhetzung bereits bei Ersttätigen Geldstrafen von 120 Tagessätzen (vier Monatsgehälter) zur Folge haben – plus einen Eintrag ins Führungszeugnis. Bei Wiederholungstätern ist auch eine Freiheitsstrafe möglich.

Über Hate-Speech gegen Mädchen und Frauen werde immer wieder berichtet, führte Eisenreich weiter aus. Prominente Frauen, Journalistinnen, Poli-

tikerinnen oder andere Frauen, die sich öffentlich engagieren, würden allein wegen ihres Geschlechts Opfer sexualisierter Beleidigungen im Internet.

Hate-Speech gegen Frauen künftig gesondert erfassen

Dies sei erniedrigend und beschämend. Da man den Schutz von Mädchen und Frauen sehr ernst nehme, werde der Freistaat strafbare Hate-Speech gegen Frauen künftig gesondert erfassen. „Damit nehmen wir die Täter noch gezielter ins Visier“, so der Minister. „Ich

möchte Mädchen und Frauen ausdrücklich ermutigen: Zeigen Sie Hasskommentare an, die Sie im Netz erleben müssen.“

Urheber identifizieren

Nach Meinung Eisenreichs sollen künftig die Betreiber von sozialen Netzwerken stärker in die Pflicht genommen werden: „Facebook war oft nicht hilfreich. Wir können die Urheber von Hate-Speech nur effektiv verfolgen und bestrafen, wenn wir sie identifizieren können. Deshalb müssen Auskunftsersuchen unserer Strafverfolgungsbehörden von Netzwerkbetreibern ohne Wenn und Aber beantwortet werden. Nur so können wir Hate-Speech wirksam bekämpfen und den Einzelnen und unsere Demokratie schützen.“ **DK**

Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt

Sozialministerin Trautner: „Gewalt hat viele Gesichter und kennt keine Zuständigkeitsgrenzen“

Um bestehende Hilfsangebote systemübergreifend zu vernetzen, richtet Bayern eine Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt ein. „Gewalt hat viele Gesichter und kennt keine Zuständigkeits- und Fachgrenzen. Deshalb ist es mir wichtig, dass unterschiedlichste Bereiche im Sinne der Betroffenen gut miteinander vernetzt sind“, sagt Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner.

„Um Gewalt entgegenzuwirken und damit es bestenfalls gar nicht dazu kommt, muss ein noch intensiverer Austausch zwischen Behörden und fachlicher Praxis stattfinden.“ Die neu eingerichtete Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt soll die Koordinierung der sogenannten „Istanbul-Konvention“ begleiten, welche sich gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt wendet. Darüber hinaus sieht der Bayerische Drei-Stufen-Plan Maßnahmen gegen jegliche Form von Gewalt vor, welche sich gegen Menschen unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung richten.

In der Umsetzung des Drei-Stufen-Plans zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention der Bayerischen Staatsregierung sind die Vernetzung und Ver-

zahnung von bestehenden Hilfesystemen zum Wohle der Betroffenen entscheidend. Hierzu gehört auch die länderübergreifende Zusammenarbeit auf institutioneller wie fachlicher Ebene.

Ein wichtiger Kooperationspartner der neu eingerichteten Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt wird die bereits bestehende landesweite Koordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt an Frauen sein. „Ich freue mich sehr, dass die Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt in diesem wichtigen Themenfeld von der landesweiten Koordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt unterstützt und so ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Gewalt geleistet wird“, so Trautner abschließend. **□**

Auf die Sparkassen ist ...

(Fortsetzung von Seite 1)

völkerung sichere Geldanlagen für schwierige Zeiten anbieten. Damals wie heute stand die Gesellschaft vor großen Umwälzungen. Was zeichnet Sparkassen gegenüber dem aus, was wir unter „Bank“ verstehen?

Reuter: Ja, wir sind mehr als Bank. Unser öffentlicher Auftrag besteht darin, allen Menschen wirtschaftliche und soziale Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und den leben wir tatsächlich. Ein Beispiel dafür sind die Geflüchteten, die vor ein paar Jahren zu uns kamen und eine Möglichkeit brauchten um sich am Wirtschaftsleben zu beteiligen. Sparkassen waren damals die ersten Ansprechpartner vor Ort, auch weil die Kommunen verantwortlich waren für die Unterbringung. Für Großbanken war und ist das kein Thema. Wir fühlen uns allen Menschen verpflichtet, Zugang zu den Standard-Bankleistungen zu bieten, unabhängig davon, ob die einzelne Kundenverbindung ertragreich ist oder nicht.

Kommunaler Auftrag

Hinzu kommt, dass trotz aller Straffung, die wir gewohnheitsmäßig vorgenommen haben, wir auch als digitales Kreditinstitut nach wie vor das größte Filialnetz haben und somit dem Kunden am nächsten sind. Wir erfüllen für unsere Träger auch einen kommunalen Auftrag, sind ans Geschäftsgebiet gebunden und wirtschaften vor Ort. Denn die Einlagen bei den Sparkassen werden eingesetzt, um die regionale Entwicklung zu finanzieren. Das sind nachhaltige regionale Finanzströme. Aus den jährlich erwirtschafteten Erträgen werden wiederum soziale, gesellschaftliche und kulturelle Projekte vor Ort unterstützt. All jenen, die auf vermeintlich günstigere Kontoverbindungsmöglichkeiten und Angebote bei Direktbanken verweisen, will ich sagen: Diese Institute investieren nicht in die Bandenwerbung beim Sportverein oder in das Jubiläumshäft des Gesangsvereins.

GZ: Vor welchen Schwierigkeiten stehen die bayerischen Sparkassen vor dem Hintergrund eines europäischen Finanzsystems?

Reuter: Erstens sind wir auch als Regionalbanken ohne Frage ins System der europäischen Bankenaufsicht eingebunden. Gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken haben wir allerdings oft den Eindruck, dass unsere Besonderheiten von den Aufsichtsbehörden nicht gesehen werden. Man misst uns mit Maßstäben, nach denen Großbanken behandelt und beaufsichtigt werden. Die Erleichterungen, die uns inzwischen gewährt werden, sind längst nicht verhältnismäßig. Wir leiden darunter, dass man unser Regionalbanken-Prinzip, die dritte Säule der Finanzwirtschaft, nicht richtig wahrnimmt.

Einlagensicherung

Zweiter Punkt ist die Einlagensicherung. Wir wehren uns hier gegen einen gemeinsamen Topf, in den alle europäischen Banken einzahlen. Es ist nicht angemessen, dass wir Regionalbanken Erträge in die Sicherung abführen, die dann für alle haftet. Unsere Sparer brauchen keine grenzüberschreitenden Sicherungsinstrumente, denn sie wollen ja, dass ihre Einlagen in der Region bleiben. Das brauchen andere Marktteilnehmer, z.B. Großbanken.

GZ: Was muss aus Ihrer Sicht geschehen?

Reuter: Die deutsche Politik muss deutlich machen, dass

man die Einlagensicherung unterschiedlich behandeln muss. Vorstellbar wäre, die regionalen Kreditinstitute aus einer künftigen europäischen Einlagensicherung komplett heraus zu nehmen und abzugrenzen oder zumindest eine Vertiefung nicht für alle gemeinsam voranzutreiben. Also dann eine gemeinsame Einlagensicherung auf Gegenseitigkeit, aber nur für die Bereiche, in denen wirklich europaweit tätige Banken unterwegs sind.

Vorurteile in europäischen Institutionen

GZ: Vor kurzem kritisierte Beata Javorcik, Chefvolkswirtin der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD), die Kreditvergabe öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute sei politisch motiviert. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

Reuter: Diesen Vorwurf machen uns mitunter schon die Großbanken, die damit versuchten, Kunden zu verunsichern. Ich kann aber alle beruhigen: Es gibt klare Entscheidungsstrukturen in den Sparkassen. Die Kreditprüfung erfolgt nach allgemeinen gesetzlichen Vorgaben, die auch eingehalten werden. Hier zeigt sich einmal mehr, dass in vielen europäischen Institutionen immer noch Vorurteile herrschen, weil die klare Kenntnis regionaler Strukturen im deutschen Kreditmarkt fehlt.

Drei-Säulen-System der Finanzdienstleister

GZ: Die Corona-Krise ist, anders als im Jahr 2008/2009, keine Krise des Finanzmarkts. Wie stabil ist er und sehen Sie einen Vorteil für den Mittelstand im deutschen Dreiklang aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Banken?

Reuter: Das dreigliedrige Bankensystem ist eine ausgesprochene Stärke des deutschen Wirtschaftssystems, nicht nur in Krisenzeiten, aber gerade dann. Das haben wir in der Finanzkrise gemerkt, das sehen wir auch jetzt. Wir haben einen sehr breit aufgestellten, sehr erfolgreichen, sehr prosperierenden Mittelstand, der eine genau zu ihm passende Finanzierungsstruktur benötigt. Eine international tätige Schweizer Bank oder eine deutsche Großbank mit weltweitem Anspruch haben kein Interesse daran, dem Handwerksmeister sein Gerüst oder den nächsten LKW zu finanzieren. Hier stehen andere Ziele im Vordergrund. Das können in unserem System nur unsere mittelständischen Geldinstitute, also die Regionalbanken, inklusive Genossenschaftsbanken.

In der Corona-Zeit bemühen wir uns gemeinsam darum, das regionale Angebot an Krediten und Liquiditätshilfen sicherzustellen. Weil wir die Verhältnisse, die Risiken und eben die Kunden gut kennen, können wir sie auch in diesen krisenhaften Zeiten zielgerecht begleiten. Hier haben die bayerischen Sparkassen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit März 2020 sehr gute Arbeit geleistet, für die ich aufrichtig „Danke“ sage.

Verhaltener Optimismus

GZ: Sie haben also keine Sorge, dass es zu massiven Kreditausfällen in 2021 oder 2022 kommen könnte?

Reuter: Im Moment haben wir dafür keine begründeten Anzeichen. Vorausgesetzt, dass wir schrittweise aus dem Lockdown kommen, sehen wir das verhalten optimistisch. Prognosen zufolge wird die Wirtschaft dann relativ zügig anspringen. Und die Stimmung im deutschen Mittel-

stand ist immer noch zuversichtlicher, als dies aus der Perspektive des Jahres 2020 zu erwarten gewesen wäre.

Diskussion um die Zinsen

GZ: Auch wenn Corona gerade alles überstrahlt – das große Thema Niedrig- und Negativzinsen ist nicht vom Tisch. Wenn ein Ende der Niedrigzinsphase nicht absehbar ist, wie verändert sich dann das Geschäftsmodell der Sparkassen?

Reuter: Fakt ist, dass wir es gerade mit zwei Viren zu tun haben: Der Corona-Virus und der Negativzins-Virus, der durch die Geldpolitik der EZB zur Stabilisierung der Inflation eingeleitet und auch über den Transmissionsmechanismus Banken an die Kunden weitergereicht wird, damit mehr Geld ausgegeben wird. Nur gegen den ersten haben wir eine Impfung.

Das betrifft unser Geschäftsmodell natürlich. Eine unserer Stärken ist es, in der Region Einlagen zu sammeln und Kredite auszureichen. Wenn wir jetzt aber mehr Einlagen haben als wir Kredite ausreichen können und weder mit diesem Einlagenüberhang noch über die Kredite ausreichend Erträge erzielen können, weil in beiden Fällen die Zinsen zu niedrig sind, wird es herausfordernd, die Kosten zu decken. Die Aufsicht schlägt deshalb ja z.B. vor, die Leistungen angemessen, also höher, zu bepreisen.

Gegen den „Virus Negativzins“ muss die Politik dringend etwas unternehmen. Wir brauchen endlich einen gesellschaftlichen Schulterschluss gegen diese Geldpolitik der EZB auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger.

Verbundpartner

GZ: Auch die Verbundpartner wie VKB und LBS stehen vor gewaltigen Herausforderungen – Stichwort Altersvorsorge und Bausparen. Was kommt da noch auf uns zu?

Reuter: Für Versicherungskammer und Landesbausparkasse kann ich sagen: Die Anlagen sind sicher. Sie werden angemessen verwaltet und vereinbarungsgemäß verzinst. Zunehmend mit Problemen zu kämpfen haben aber die Alters-Pensionskassen vieler Unternehmen und Branchen. Man spricht davon, dass keine neuen Zusagen mehr für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Kassen erfolgen dürfen, weil ansonsten die Gefahr besteht, Zusagen an bereits Versicherte bzw. an Pensionäre nicht erfüllen zu können. Auch das ist eine Folge der EZB-Geldpolitik.

Digitalisierung

GZ: Stichwort Digitalisierung: Verschiedene Finanzdienstleister profitieren vom Lockdown. Die Nutzerzahlen von PayPal oder Börsen-Apps wie Trade Republic steigen. Dabei sind das Dienstleistungen, die die Sparkassen ebenfalls bereitstellen. Wie sieht die digitale Nachwuchs-Schmiede aus, was können Sparkassen-Kundinnen demnächst erwarten?

Reuter: Wir sind in punkto Digitalisierung gut unterwegs. Unsere Angebote werden sehr intensiv genutzt – wir reden von millionenfachen Klicks täglich, die in den vergangenen Monaten noch einmal deutlich angestiegen sind. In den vergangenen Jahren waren wir im Online-Banking sehr kreativ. Ich denke da zum Beispiel an die Depot-Verwaltung oder auch unsere App „Mobiles Bezahlen“. Auch bei Apple Pay waren die Sparkassen die Vorreiter. Die Innovation „Kwit“ zur Überweisung von Kleinbeträgen per Handy kam ebenfalls von den Spar-



In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens Das Intensivbett

Die Intensivstation gehört neben der Geburtshilfe und der Notaufnahme zu jenen Stationen, die aus Sicht der Öffentlichkeit aus einem Krankenhaus nicht wegzudenken sind. Auf ihr werden Patienten behandelt, die nach einem Unfall oder als Folge einer Erkrankung beatmet werden müssen oder deren Kreislauf instabil ist und deshalb eine permanente Überwachung erforderlich macht.

Neben der „klassischen“ Intensivstation (ITS) haben sich weitere Überwachungsstationen in Deutschlands Krankenhäusern etabliert, etwa die „IMC“ (eine Art Überwachungsstation mit nicht ganz so komplexen Fällen wie auf der ITS) oder die „Stroke Unit“ (auf der vor allem Patienten mit Schlaganfällen betreut werden).

Mediale Aufwertung

Durch die Behandlung der Corona-Patienten mit einem schweren Verlauf hat das Intensivbett in den vergangenen zwölf Monaten eine massive mediale Aufwertung erfahren – nachdem zuvor die Politik durch zahlreiche regulatorische Maßnahmen damit begonnen hatte, diese Versorgungsform stärker einzuhegen und auf größere bzw. zentrale Standorte zu fokussieren. Denn zum einen gab es – vor Corona – recht unterschiedliche Auffassungen über die Belegungsquote, die notwendig ist, um eine solche Station überhaupt betreiben zu können. Zum anderen fehlte es (und fehlt eigentlich auch immer noch) an ausreichend qualifiziertem Personal.

Zusätzlich hatte das Bundesministerium für Gesundheit eine Pflegepersonaluntergrenze für Intensivstationen eingeführt und diese während des vergangenen Jahres ausgesetzt. Inzwi-

schen ist die Regelung allerdings wieder in Kraft und Krankenhäuser, die die vorgeschriebene Personaluntergrenze nicht gewährleisten können, müssen mit Sanktionen rechnen.

Ebenfalls komplexitätserhöhend gestaltet sich der Umstand, dass für viele medizinische Behandlungen in den Krankenhäusern eine Intensivstation als „Back-Up“ vorgehalten werden muss – bestimmte Eingriffe also nur vorgenommen werden können, wenn ein entsprechendes Intensivbett für den Notfall vorhanden ist. Dies gilt freilich nicht für alle Krankenhausleistungen, die Forderungen nach einem Intensivbett für den Fall der Fälle erhöht jedoch vor allem für kleinere Krankenhäuser die Kosten und den Aufwand. Denn bei vielen Eingriffen wiederum werden Mindestmengen definiert, die im Jahr erreicht werden müssen, damit die Eingriffe überhaupt abgerechnet werden.

Medizinisch notwendiges Aushängeschild versus regulatorische Maßnahmen

Damit kommt dem Bett auf der Intensivstation im Gesamtgefüge Krankenhaus eine ganz besondere Rolle zu: Einerseits ist es ein oftmals medizinisch notwendiges Aushängeschild, dessen Betrieb (außerhalb der Pandemie) durchaus teuer erkaufte werden muss. Andererseits stehen ihm regulatorische Maßnahmen gegenüber, die auf eine stärkere Zentralisierung der Intensivmedizin und der damit verbundenen medizinischen Eingriffe abzielen. Die politisch beabsichtigten Veränderungen in der Krankenhausversorgung werden nach Corona wieder an Fahrt aufnehmen. Damit eng verwoben: die Frage, welche Rolle die Intensivstation in kleineren Krankenhäusern spielen wird. □

kassen. In der S-Finanzgruppe haben wir inzwischen mehrere sogenannte Innovationshubs in verschiedenen Branchen etabliert. Wir sehen hier vielversprechende Ansätze, die versuchen, Verbundprodukte, Vernetzung und Kundenbedarf zusammenzuführen.

Strukturwandel

GZ: Stichwort Strukturwandel: Oft ist die Sparkasse neben der Filiale der Genossenschaftsbank, der Post und dem Bäcker die einzige Anlaufstation, die Ortskerne nicht komplett veröden lässt. Aber Personal und ein breites Filialnetz sind kostenintensive Faktoren. Auf welche Entwicklungen werden wir uns einstellen müssen und gibt es vielleicht auch kreative Ansätze?

Reuter: Eine von vielen Möglichkeiten ist ja bereits der Sparkassenbus als mobile Filiale, eine andere der Bargeld-Bring-service als kundenfreundlicher Weg, der gerade von älteren Menschen gelegentlich gerne genutzt wird – auch um sich mit dem Berater zu besprechen. Auch gibt es vielfach bereits Tandem-Filialen, d.h. ein Sparkassen-Team betreut zwei Filialen im Wechsel. Es gibt vereinzelt gemeinsame Filialen und Geldautomaten von Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie schließlich z.B. die Bargeldversorgung im Dorfladen. Wir versuchen sehr kreativ zu sein und entwickeln Kooperationen gerne vor Ort gemeinsam mit den Kommunen. Es geht uns aber wie dem Bäcker oder dem Metzger vor Ort – wenn die Kunden nicht mehr in die Filialen kommen, können wir irgendwann die Infrastruktur nicht aufrechterhalten. Die Sparkassen haben hier aber große Geduld und großes Durchhaltevermögen, auch oft bei geringer Kundenfrequenz – zum Teil über die Schmerzgrenze hinaus, aber nicht dauerhaft!

Zusammenhalt in der Sparkassenorganisation

GZ: Ihr Vorgänger Dr. Ulrich

Netzer setzte auf mehr Arbeitsteilung und eine schlagkräftige Organisations- und Entscheidungsstruktur innerhalb des Sparkassenverbands. Dabei vertraute er auf Kooperationen mit anderen Regionalverbänden. Welche Entwicklungen stehen hier an und wie zukunftsfest ist das Gefüge?

Reuter: Auch in Zukunft werden die Sparkassen eine schlagkräftige zentrale Organisation brauchen, die ihre Interessen vertritt, ihnen Aufgaben abnimmt und bündelt und auch in Sachen Erfahrungsaustausch und Innovation eine wichtige Rolle einnimmt.

Wir tun das schon in Kooperation: Im Bereich der zentralen Banksteuerung und im Betriebsvergleich etwa arbeiten wir mit anderen Regionalverbänden zusammen. Das strafft Kosten und schafft Erfahrungsaustausch. Als Organisation müssen wir insgesamt schneller und schlanker werden. Wir haben tendenziell zu viele und zu große Gremien und die Arbeit mit ihnen ist nicht immer effizient. Andererseits: Wenn man eine große Organisation mit einer partizipativen Herangehensweise ist und alle 64 Sparkassen in Bayern auch ihre eigene Zukunft mitentwickeln wollen, dann braucht es eine gewisse Größe, um zumindest ein angemessenes Maß an miteinander zu ermöglichen. Hier ein gutes Mittelmaß zu finden, ist nicht leicht, wir bleiben aber gemeinsam mit den Sparkassen dran.

SparkassenAkademie bildet Finanzexperten aus

GZ: In der SparkassenAkademie werden die zukünftigen Finanzexperten ausgebildet. Wie läuft das in Zeiten von Lockdown und Distanz-Unterricht?

Reuter: Die Akademie der bayerischen Sparkassen ist in der derzeitigen Situation wie andere bayerische Hochschulen auch. Wir waren bis jetzt noch ausschließlich online tätig und im sogenannten Fernunterricht mit modernen Medien unterwegs. Das wird sehr gut angenommen

und der Erfolg gibt uns recht. Auf lange Sicht sind dann hybride Lehrkonzepte, d.h. der richtige Mix von digitalen und Präsenz-Formaten, gefragt. Denn der persönliche Gedankenaustausch junger Leute aus verschiedenen Sparkassen setzt schließlich auch Kreativität frei, die wir in der Sparkassengruppe dringend brauchen.

Licht am Ende des Tunnels

GZ: Wagen Sie einen Ausblick auf 2021?

Reuter: Mit der Aussicht auf ausreichend verfügbare Impfstoffe ist beim Corona-Virus Licht am Ende des Tunnels sichtbar. Ich hoffe, dass sich ab Jahresmitte das gesellschaftliche Leben wieder deutlich wahrnehmbar in Richtung zumindest gefühlter Normalität entwickelt. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei der Landespolitik und den Kollegen in der Kommunalpolitik für ihr umsichtiges und engagiertes Krisenmanagement. Das war und ist eine wirklich großartige Leistung.

Der Virus Negativzins bleibt uns aber mit allen bereits geschilderten Nebenwirkungen.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz auch in der Finanzindustrie

Wenn Corona abgeklungen ist, gehen wir davon aus, dass die Aufsichtsgremien das Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz auch in der Finanzindustrie betonen werden. Wir müssen das Geschäftsmodell nicht nur mit Blick auf die wirtschaftlichen Herausforderungen neu justieren, sondern auch überprüfen, inwieweit wir ökologische, ökonomische und soziale Kriterien in unserer Arbeit verstärken wollen.

Grundsätzlich brauchen sich die Sparkassen nicht zu verstecken. Wir sind nachhaltig seit 200 Jahren, sind die Stützen des regionalen Wirtschaftskreislaufs, engagieren uns sozial vor Ort, unterstützen ökologische Projekte. Das werden wir auch sicherlich noch stärker im Geschäftsmodell abbilden. DK

Erste Tagung des Bayerischen Energiebeirats:

Fortschritte in der Energiewende

„Wir sind im Ausbau der Erneuerbaren Energien gut vorangekommen und werden mit unserer innovativen Technologieförderung die Energiewende weiter beschleunigen, neue Arbeitsplätze schaffen und für Wertschöpfung sorgen“, erklärte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger anlässlich der ersten Tagung des von ihm gegründeten Bayerischen Energiebeirats. Mit den 75 Mitgliedern wurde die Roadmap zu einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung im Freistaat diskutiert.

Folgende Fortschritte sind Aiwanger zufolge erzielt worden: Das bayerische Kontingent für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Acker- und Grünflächen in benachteiligten Gebieten wurde auf 200 pro Jahr ausgeweitet, womit in 2019 und 2020 insgesamt ein Plus von 800 Megawatt zusätzlicher Solarleistung

installiert werden kann. Ein großer Erfolg sei das PV-Speicherprogramm, das mit über 30.000 Anträgen die flexible Nutzung von PV-Strom für Bürger erheblich erhöht.

Windkraft und Biomasse

Für den Ausbau der Windener-

gie wurde mit der Initiative AUF-WIND und den Windkümmerern für 38 Kommunen eine breite Diskussion angestoßen, die aus Sicht des Ministers zur Akzeptanz von Windkraftanlagen führen wird. Mit der Möglichkeit, Kommunen finanziell am Ertrag von Windrädern zu beteiligen sowie der Berücksichtigung von weniger windstarken Standorten sei es dem Freistaat gelungen, wesentliche Forderungen im neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu verankern. Auch Biomasseheizwerke seien im Trend: Hier wurden mit 2,2 Millionen Euro so viel Fördermittel wie nie zuvor bewilligt.

Darüber hinaus wurde der Etat des Bayerischen Energieforschungsprogramms (EFP), das Technologien zur nicht-fossilen Energieversorgung unterstützt, über die „Hightech-Agenda plus“ um 16,7 Millionen Euro erhöht. Regular betrug der Etat in 2020 14 Millionen Euro.

Mit Wasserstofftechnologie Marktpotenziale erschließen

Ganz klar liegt der Fokus laut Aiwanger auf der Wasserstofftechnologie, mit der im Rahmen der Bayerischen Wasserstoffstrategie Marktpotenziale erschlossen und ausgebaut werden sollen. Mit dem Bayerischen Wasserstoffbündnis, das bereits über 130 Mitglieder zählt, werde sich der Freistaat in Deutschland und Europa als führende Wasserstoffregion etablieren. „Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die sich für bundesweite und europäische Förderprojekte bewerben – in der EU stehen viele Milliarden Euro an Fördermitteln zur Verfügung – werden von uns bestmöglich unterstützt, um Innovationscluster zu etablieren und zu stärken“, bekräftigte der Minister.

Bayern ist Technologieführer

Als ersten Schritt für bayerische Programme hat das Wirtschaftsministerium die Förderung für 100 Wasserstofftankstellen für Nutzfahrzeuge ge-

startet, für die es bereits viele Interessenten gibt. Leuchtturmprojekte wie die Erforschung einer Elektrolyseanlage für die Kombination mit Wind-, Solar- oder Biomasseanlagen oder die Entwicklung einer Brennstoffzelle für Lkws stärkten die Position des Freistaats als Technologieführer und setzten Maßstäbe für eine klimafreundliche Energieerzeugung und -speicherung.

Auch in anderen Bereichen seien smarte Technologien der Schlüssel zum Erfolg der Energiewende: Als Beispiel führte Aiwanger die Überbauung von Agrarflächen mit neuartigen, röhrenförmigen Solarpaneelen an. Dabei handelt es sich ebenfalls um ein vom Wirtschaftsministerium gefördertes Projekt. Das Thema Agri-PV, d.h. die Kombination von landwirtschaftlicher Nutzung und gleichzeitiger Solarenergieerzeugung, soll stärker unterstützt werden. Derzeit werden zwei EU-Agri-PV-Projekte in Bayern geplant.

Neue Landesagentur

„Mit der neu gegründeten Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) in Regensburg werden wir Kommunen und Verbände in der Energiewende unterstützen“, fuhr der Minister fort. LENK-Leiter Dr. Ulrich Buchhauser ergänzte: „Die Verwaltungen können mit unserer Hilfe Projekte der Energiewende effizienter angehen.“ Als Anlaufstelle für Erfinder dient LENK auch als Inkubator für Ideen rund um das Thema Energiewende. LENK wird außerdem die zentrale Anlaufstelle für die angestrebte Klimaneutralität aller Einrichtungen der Staatsverwaltung sein.

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Verbands der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW), Klaus Steiner, ist der Energiebeirat eine sinnvolle Einrichtung. Zu kurz gekommen sei freilich das Thema Netzausbau – dabei sei dieser zentral für die Versorgungssicherheit. Nicht nur was die großen Stromautobahnen angehe, sondern auch die Verteilnetze vor Ort. „Das hat uns Vertretern der klassischen Energiewirtschaft gefehlt“, unterstrich Steiner gegenüber dem Bayerischen Rundfunk. DK



Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben.

Bild: erdgas schwaben

Gasheizungen boomen

erdgas schwaben: In Zukunft CO₂-neutral heizen mit klimaneutralen Gasen

Auch 2020 setzten HäuslebauerInnen und VerbraucherInnen überwiegend auf Gas zum Heizen. Mehr als 600.000 Gasheizungen wurden in Deutschland übers Jahr in Bestandsgebäuden und Neubauten eingebaut. Gas ist nicht nur günstig, sondern bietet auch eine zukunftssichere und klimaschonende Wärmeversorgung. Gas ist schon heute mit Abstand der emissionsärmste aller fossilen Energieträger – und macht den Weg für CO₂-neutrales Heizen frei.

Allein in Bayerisch Schwaben CO₂-Einsparpotenzial von 150.000 Tonnen

Schon jetzt gilt: Würde man veraltete Heizanlagen in ganz Deutschland gegen effiziente Gasheiztechnologien austauschen, könnte man jedes Jahr rund 30 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Allein in Bayerisch-Schwaben sind etwa 150.000 Tonnen CO₂-Einsparung drin. 50.000 Ölheizungen, die älter als 30 Jahre sind, warten hier auf den Austausch.

Und da geht noch mehr: Wer mit Biogas heizt, hat es nicht nur kuschelig warm, sondern heizt sogar nahezu CO₂-neutral und trägt damit aktiv zum Klimaschutz bei.

Das Gasnetz ist fit für die Zukunft: Bis 2050 kann 100 % Wasserstoff fließen

Das bestehende Gasnetz ist dafür bereit. Schon jetzt können dem Gas bis zu zehn Prozent Wasserstoff beigemischt werden und bis 2050 sollen 100 Prozent CO₂-neutrale Gase wie Wasserstoff durch das Gasnetz fließen. Parallel zur Ertüchtigung der Gasnetze soll die Wasser-

stoffherzeugung vor Ort aufgebaut werden – zum Beispiel mit Power-to-Gas. erdgas schwaben beteiligt sich deshalb gemeinsam mit der 100-prozentigen Netztochter schwaben netz am Projekt H2vorOrt, in dem 33 Gasverteilnetzbetreiber aus ganz Deutschland einen Transformationspfad der Gasinfrastruktur hin zur Klimaneutralität entwickelt haben.

Zukunftstechnologien und leistungsfähige Infrastruktur für klimaschonendes Heizen

„Wir setzen uns für eine klimaschonende und sichere Energieversorgung ein“, sagt Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. „Der Weg zum klimaneutralen Heizen besteht aus vielen Bausteinen. Supereffiziente Heizanlagen wie zum Beispiel Brennstoffzellen gehören ebenso dazu wie ein leistungsfähiges Gasnetz, durch das Gas aus erneuerbaren Quellen fließt. Die Technologien, von denen uns viele ja schon zur Verfügung stehen, müssen wir effektiv kombinieren, damit Umwelt und Klima, aber auch der Geldbeutel geschont werden.“ □

Energieeffizienz-Netzwerke Berchtesgadener Land und Südostbayern:

Zukunftstechnologie Wasserstoff im Visier

Die Teilnehmer der Kommunalen Energieeffizienz-Netzwerke Berchtesgadener Land und Südostbayern haben sich bei ihrem 9. Netzwerktreffen virtuell zum Thema „Power-to-Gas“ am Beispiel des ausgezeichneten Wasserstoff-Blockheizkraftwerks in Haßfurt informiert.

Zu Beginn der zwei Online-Netzwerktreffen, durch die Bettina Mühlbauer von der Energieagentur Südostbayern GmbH als Netzwerkmoderatorin führt,

effizienz-Netzwerktreffens wurde von Prof. Brautsch das Thema Wasserstoff am Beispiel des BHKW der Stadtwerke Haßfurt vorgestellt. Die BHKW-Technologie um-



Wasserstoff-BHKW Stadtwerke Haßfurt.

Bild: IFE

waren wieder die verschiedenen Projekte der teilnehmenden Netzwerkkommunen und deren Entwicklungsstand Thema. Herr Prof. Dr. Markus Brautsch vom Institut für Energietechnik (IFE), dem Netzwerkträger, betonte vorneweg, dass im Rahmen der geförderten Energieeffizienz-Netzwerke noch Mittel verfügbar sind und neue Projekte beim IFE zur Bearbeitung eingereicht werden können.

Projekte der Netzwerkkommunen Berchtesgadener Land umfassen, neben vielen anderen, die Prüfung zur Installation eines Klärgas-BHKWs in Bayerisch Gmain, die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Bauhof in Freilassing oder die Energieausweise für die kommunalen Liegenschaften in Schönau am Königssee.

Für die Kommunen des Netzwerkes Südostbayern werden unter anderem folgende Projekte bearbeitet: Die Auslegung einer Photovoltaik-Anlage mit Batteriespeicher auf dem Rathaus Kirchanschöring, die Prüfung eines Wärmeverbundes in Pförring oder die Bearbeitung einer Photovoltaikanlage im Mieterstrommodell im Wohnungsbau in Sauerlach.

Zum Abschluss des Sachstandsberichts der Netzwerke informierte das IFE die Teilnehmer über aktuelle Themen, wie das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG), das mit dem CO₂-Preis für eine kontinuierliche Verteuerung fossiler Energieträger, gerade für Großabnehmer, sorgt, im Gegenzug aber auch das Sinken der EEG-Umlage bewirken soll. Auch die neue Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und Einzelmaßnahmen, die auch die Kommunen nutzen können, wurden vorgestellt und besprochen.

Im fachlichen Part des Energie-

fasst ein weites Anwendungsspektrum mit fossilen und regenerativen Brennstoffen für die Strom- und Wärmeversorgung und bietet damit einen wichtigen Baustein bei der dezentralen und emissionsarmen Energieversorgung. Die Forschung beschäftigt sich bereits mit bivalenten Blockheizkraftwerken, die für Wasserstoff und das bisher übliche Erdgas geeignet sind.

Höhere CO₂-Einsparung

Hiermit kann ein Versorgungsnetz aufgebaut werden, das durch die Nutzung von Wasserstoff aus überschüssigem regenerativem Strom und Erdgas eine größere CO₂-Einsparung zulässt. Das Wasserstoff-BHKW in Haßfurt ist Teil eines umfangreichen strategischen Energie-Netzes, das u.a. aus einem großen Windpark, einer Freiflächen-Photovoltaikanlage, Biogasanlagen, Kraftwärmekopplungs-Anlagen und Batteriespeicher besteht.

Aus dem überschüssigen Strom vom 31 Megawatt-Windpark und der PV-Freiflächenanlage wird im Elektrolyseur Wasserstoff hergestellt, in den Tank gespeist und ins Erdgasnetz in Haßfurt eingespeist. Bei der Einspeisung ins Erdgasnetz liegt der Wirkungsgrad bei rund 70 %, das heißt, dass 30 % der eingebrachten Energie bei der Transmission verbraucht werden. Wird aus dem Wasserstoff im BHKW wieder Strom erzeugt, fällt der Wirkungsgrad auf rund 35 %. Daher ist die Herstellung von Wasserstoff im Moment nur sinnvoll mit überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien. Darin begründet sich auch die Grenze des Wasserstoffs, der ein wichtiger Baustein der Energiewende ist, aber nicht die einzige Lösung bieten kann. □



Energie für heute und morgen

Mein ÖkoGas – 100 % CO₂-neutral

Echt fair für Ihre Zukunft
erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

14 Kommunen im Oberland und der Landkreis Miesbach:

Zusammenschluss für die Energiewende

Mit der Energiewende ist es manchmal wie mit Neujahrsvorsätzen. Die Ambitionen sind oft groß, aber im Laufe des Jahres wird so mancher Wunsch dem Alltag geopfert. Leider taucht dieses Phänomen auch in Bezug auf Klimaschutz und Energiewende immer wieder auf. Genau hier setzt die Idee eines gemeinsamen Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland an.

14 Gemeinden und Städte aus dem Oberland und der Landkreis Miesbach wollen sich zu einem kommunalen Energieeffizienz-Netzwerk zusammenschließen. Das ist das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative des Instituts für nachhaltige Energieversorgung (INEV) an der Technischen Hochschule Rosenheim und der Energiewende Oberland mit Sitz in Penzberg. Der dazugehörige Förderantrag wurde noch vor Weihnachten beim Projektträger Jülich gestellt, der das Programm im Auftrag des Bundesumweltministeriums betreut. Die Bewilligung des Förderantrags wird im Sommer 2021 erwartet.

Impulse liefern

Alle teilnehmenden Kommunen sind auch Stifter der Energiewende Oberland und unterstützen das Ziel, die Energiewende im Oberland bis zum Jahr 2035 zu erreichen. „Wir möchten mit dem Netzwerk regelmäßig Impulse bei den teilnehmenden Kommunen liefern, an der Energiewende vor Ort dran zu bleiben“, erklärt Stefan Drexler, Vorstandsvorsitzender der Energiewende Oberland.

„Das Energieeffizienz-Netzwerk ist eine gute Gelegenheit, auch bei den landkreiseigenen Lie-

genschaften und der Verwaltung in Sachen Energiewende am Ball zu bleiben, voranzukommen und neue Impulse zu setzen!“, freut sich Landrat Olaf von Löwis (Landkreis Miesbach).

Breites Wissensspektrum

Im Rahmen der Netzwerktreffen werden klassische Themen wie Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften, Einführung von Energiemanagement-Systemen und beispielsweise Unterstützung bei Nahwärme-Netzen erarbeitet, aber auch Zukunftsthemen wie Elektromobilität und die Kombination von Strom, Wärme und Mobilität forciert. „Durch die Partnerschaft zwischen INEV und dem Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland können wir ein sehr breites Spektrum an Wissen und Praxiserfahrung anbieten“, beschreibt Prof. Dr. Dominikus Bucker die Vorteile für teilnehmende Kommunen.

Folgende Kommunen haben sich am Förderantrag beteiligt: Gemeinde Bad Wiessee, Gemeinde Benediktbeuern, Gemeinde Berrried (Starnberger See), Gemeinde Egling, Gemeinde Fischbachau, Gemeinde Gmund (Tegernsee), Gemeinde Hausham, Markt Holzkirchen, Landkreis Miesbach, Gemeinde Otterfing. □



Stadt und Stadtwerke: schon immer fest verwurzelt. Im Sommer haben Oberbürgermeister Peter Reiß (l.) und Stadtwerke-Geschäftsführer Winfried Klinger (r.) gemeinsam Schwabachs erste Schnellladesäule eingeweiht. Bild: Stadtwerke Schwabach GmbH

Schwabacher Energieversorger wurde vor 50 Jahren zur „GmbH“

1971 wurde die erste Folge der Sendung mit der Maus ausgestrahlt, in Ägypten fand die Einweihung des großen Assuan-Staudammes statt und in Schwabach wurden die Stadtwerke als Gesellschaft mit beschränkter Haftung, kurz GmbH, gegründet.

Freilich sind die Stadtwerke älter und die Energieversorgung in Schwabach gibt es schon länger als 50 Jahre. Bis dato agierten sie allerdings als sogenannter Eigenbetrieb der Stadt Schwabach. Die Umfirmierung im Januar 1971 bedeutete nicht nur, dass künftig ein Aufsichtsrat anstelle des gesamten Schwabacher Stadtrats die Arbeit des Energieversorgers lenken und überwachen würde, sondern brachte vor allem auch unternehmerische Vorteile bei Ausschreibungen und Finanzen mit sich. Als GmbH erhielten die Stadtwerke eine schnellere und flexiblere Handlungsfähigkeit und konnten sich zu einem modernen Unternehmen in der Energiewirtschaft – und später auch im neu liberalisierten Strommarkt – weiterentwickeln.

Heute ist die Stadtwerke Schwa-

bach GmbH weiterhin fest verwurzelt mit der Stadt. Im Verbund mit dem Stadtverkehr, den Stadtbädern und den Stadtdiensten gehören die Stadtwerke der Muttergesellschaft „Städtische Werke Schwabach GmbH“ an, deren Gesellschafterin zu 100 Prozent die Stadt Schwabach selbst ist. Aufsichtsratsvorsitzender ist zudem der Oberbürgermeister.

Rund um die Uhr im Einsatz

Ein Verteilungsnetz von zusammen gerechnet fast 1.000 Kilometern Länge für Strom, Gas, Wasser und Wärme liegt heute in der Verantwortung der Stadtwerke. „Wir können mit Stolz sagen, dass wir Schwabach seit vielen Jahren zuverlässig mit Energie und Wasser versorgen. Auch weitere Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Busverkehr, die Schwimmbäder, Recycling und die Bereitstellung von Parkraum gehören zu unserem Portfolio. Der Dank gilt vor allem unseren rund 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die tagtäglich, oft sogar rund um die Uhr, für Schwabach im Einsatz sind!“, betont Geschäftsführer Winfried Klinger, der seit dem Jahr 2009 für die Stadtwerke in dieser Funktion tätig ist.

Wichtige Schwerpunkte für die nächsten Jahre sind die stetige Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in allen Bereichen und die Umsetzung der Energiewende, worunter z.B. auch die dezentrale Energieerzeugung vor Ort und der Ausbau von Elektromobilitätsangeboten fällt. Neben der Energielieferung können Kunden bei den Stadtwerken u.a. auch eine PV-Anlage auf dem eigenen Dach installieren lassen oder eine kostenlose Energieberatung in Anspruch nehmen.

Die Stadtwerke handeln seit jeher nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge, während Unternehmen der freien Wirtschaft in erster Linie das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgen. Ihre Gewinne führen die Stadtwerke daher der örtlichen Gemeinschaft zu. Auch Oberbürgermeister Peter Reiß weiß um die Bedeutung der Leistungen der Stadtwerke. „Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wird die Arbeit meist als selbstverständlich wahrgenommen. Daher ein herzliches Dankeschön an unsere Stadtwerke, dass wir uns um Strom, fließend Wasser und so vieles mehr keine Gedanken machen müssen!“, so Reiß.

Auch der Stadtverkehr, die Stadtbäder und die Muttergesellschaft Städtische Werke Schwabach feiern ein zumindest kleines Jubiläum: die drei Unternehmen wurden vor 20 Jahren auch jeweils als „GmbH“ umfirmiert.

„Wir haben den Schwabachern richtig viel zu bieten und freuen uns darauf das auch in Zukunft so selbstverständlich zu tun wie bisher“, fasst Klinger zusammen. □

Dena Energiewende-Kongress digital:

„Jetzt ist Zukunft“

Hochkarätig besetzte Plenen, spannende Diskussionen und viel Produktions-Technik im Hintergrund: Der jüngste dena Energiewende-Kongress fand als Online-Veranstaltung statt und war nach Angaben des Veranstalters ein voller Erfolg.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingrid Liebing zufolge muss bei der Planung der Netze die Sektorenkopplung bei Strom, Wärme und Mobilität stärker abgebildet werden. Verteilnetze dürfen dabei nicht aus dem Blick geraten.

„Die Klimakrise duldet keinen Aufschub“, betonte Bundesumweltministerin Svenja Schulze in ihrer Rede zum Thema „Aufbruch in die Klimaneutralität“. Mehr als 40 Milliarden Euro würden in die ökologische Modernisierung des Landes investiert, etwa in Klimaschutz-Technologien. Schätzungen zeigten, dass mit dem Klimaschutzprogramm bis 2030 eine Minderung der Treibhausgasemissionen um 51 bis 52 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen ist. Dies hätte vor wenigen Jahren niemand für möglich gehalten.

Das Bundes-Klimaschutzgesetz vom vergangenen Herbst sorgt für Planungssicherheit und Verlässlichkeit in der deutschen Klimapolitik, so Schulze weiter: „Es verpflichtet uns auf mindestens 55 Prozent CO₂-Minderung bis 2030 und auf Treibhausgasneutralität bis 2050. Es legt feste CO₂-Budgets für die Sektoren Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft fest und es verankert einen Mechanismus zum Nachsteuern, wenn wir vom Kurs abkommen sollten.“

Rekordinvestition in den Klimaschutz

Die Bundesregierung wird laut Ministerin 2021 so viel wie nie zuvor in den Klimaschutz investieren. Der Etat des Energie- und Klimafonds sei auf insgesamt knapp 27 Milliarden Euro im Jahr 2021 verdreifacht worden. Dadurch werde es möglich, wichtige Förderprogramme besser auszustatten, die den Umstieg auf klimafreundliche Lösungen voranbringen, zum Beispiel den Hochlauf von grünem Wasserstoff, die Dekarbonisierung der Industrie oder die energetische Gebäudesanierung.

Ein Blick in die Zukunft zeigt laut Schulze, dass eine Anschlussregelung benötigt wird, die den Weiterbetrieb ermöglicht für alte Windkraftanlagen, die noch gut funktionieren, wenn der Ersatz durch Neuanlagen am Standort ausscheidet. Zudem sollten bei Neubauten künftig Solaranlagen von Anfang an mitgebaut werden.

Ausbau Erneuerbarer Energien:

Neuer Online-Wertschöpfungs-Rechner für Kommunen

Die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) und das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) entwickeln eine Aktualisierung des Online-Rechners der AEE, der Kommunen unterstützt, die lokalen Wertschöpfungseffekte durch den Ausbau Erneuerbarer Energien zu berechnen und entsprechend faktenbasierte Entscheidungen in den Kommunen zu treffen. Bereits 2012 hatte das IÖW den ersten Wertschöpfungsrechner kreiert und seither kontinuierlich verbessert.

Der Online-Rechner kann die Wertschöpfungseffekte für 27 verschiedene Erneuerbare-Energien-Technologien für die Jahre 2019, 2025 und 2030 berechnen. Konkret lassen sich die Effekte in die Bestandteile der Beschäftigungseinkommen, der Unternehmensgewinne und der kommunalen Einnahmen in Form von Steuern und Abgaben auf die Einkommen und Gewinne darstellen. Dabei wird die gesamte Wertschöpfungskette einer Anlage – von ihrer Planung über die Installation bis hin zum eigentlichen Betrieb – berücks-

Im Rahmen des Energiewende-Kongresses verlieh die dena in vier Kategorien den Energy Efficiency Award für innovative Energieeffizienzprojekte privater und öffentlicher Unternehmen. Dabei gewann in der Kategorie „Von clever bis digital! Die Bandbreite der Energieeffizienz“ der bayerische Werkzeughersteller Hofmann & Vratny für die fossilfreie Beheizung und Kühlung von Gebäuden und Produktion. Die durch die Maßnahmen erreichte Energieeinsparung am Standort Aßling liegt bei sechs Prozent.

Im Rahmen einer Energieberatung wurde ein Konzept entwickelt, das energieeffiziente und umweltfreundliche Methoden zum Beheizen und Kühlen kombiniert, so dass das Unternehmen ohne Heizungsessel und fossile Brennstoffe auskommt. Um das zu ermöglichen, wurde eine durchgängige Gebäudedämmung installiert und die vier Werke des Unternehmens über Wärmeleitungen verbunden, damit Wärme und Kälte übertragen werden können. Gleichzeitig stellte das Unternehmen die Beheizung auf Niedertemperatur um. Dies ermöglichte zusätzlich die Nutzung von Abwärme.

Für eine präzise Herstellung der Werkzeuge ist eine gleichbleibende Umgebungstemperatur von 25 °C notwendig. Die dafür erforderliche Belüftung wurde mittels Kreuzstrom-Wärmetauscher energieeffizient umgesetzt. An sehr warmen Tagen im Sommer wird die Kälteerzeugung durch einen Flächen-Erdkollektor unterstützt. Alle Aufenthalts-, Büro- und Sanitäräume werden in der Heizperiode durch die Abwärme des Druckluftkompressors und die zur Kühlung eingesetzte Absorptionskältemaschine beheizt. Überschüssige Wärme wird in einem Pufferspeicher gelagert und in der Nacht und bei höherem Bedarf genutzt. Bei kalten Außentemperaturen wird durch die Nutzung des Prinzips der freien Kühlung die Kälte für alle Werke besonders energieeffizient bereitgestellt. Überschüssig gewonnene Kälteenergie wird in einem Kältespeicher gelagert.

Zur optimalen Energieausnutzung wurde eine Steuerung eingebaut, die die Betriebsweise aller Energiespeicher und -verbraucher aufeinander abstimmt. **DK**

Anna föhnt jetzt auch mit Windkraft.

Unser intelligentes Energienetz verbindet Wind-, Sonnen-, Wasserkraft und Biomasse mit fossilen Energien. Damit garantieren wir den Menschen in Bayern volle Versorgungssicherheit bei großer Nachhaltigkeit.

Energie, die Bayern weiterbringt. Bayernwerk.

Mehr unter bayernwerk.de

bayernwerk

8. Monitoring-Bericht zur Energiewende:

Auf Erfolgskurs

Wasserkraftanlagen leisten wichtigen Beitrag zur Stromversorgung mit erneuerbaren Energien

Die Energiewende kommt in vielen Handlungsfeldern deutlich voran und liegt insgesamt auf Erfolgskurs, wie der vom Bundeskabinett beschlossene 8. Monitoring-Bericht belegt. Er stellt den Stand der Umsetzung der Energiewende in den Berichtsjahren 2018 und 2019 dar und ist Teil des im Jahr 2011 gestarteten Monitoring-Prozesses „Die Energie der Zukunft“.

Fakt ist: Die erneuerbaren Energien tragen immer stärker zur Stromversorgung in Deutschland bei. So lag der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch 2019 bei 42 Prozent und 2020 bereits bei ca. 46 Prozent. Die Stromerzeugung aus Kohle sinkt erneut deutlich und damit auch die energiebedingten CO₂-Emissionen.

Laut Bericht fiel der Energieverbrauch in Deutschland 2019 auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre. Trotz Fortschritten bleibt es eine Herausforderung, die ambitionierten Ziele bei Verbrauch und Effizienz so schnell wie möglich zu erreichen.

Entgegen der Zielsetzung im Jahr 2019 ist der Energieverbrauch im bundesweiten Verkehr gegenüber dem Vorjahr und dem Referenzjahr (2005) angestiegen. Somit sind erhebliche weitere Anstrengungen erforderlich, um so schnell wie möglich eine Trend-

umkehr einzuleiten. Ein weiteres Ergebnis: Das Klimaziel 2020, bei dem noch vor wenigen Jahren eine Lücke von 5 bis 8 Prozentpunkten prognostiziert wurde, wird nun voraussichtlich mit einer Minderung der Treibhausgasemissionen von mehr als 40 Prozent gegenüber 1990 sogar übertroffen.

Hohes Maß an Versorgungssicherheit

Auch vor dem Hintergrund des Ausstiegs aus der Kernenergie und der Kohleverstromung ist Deutschlands Stromversorgung sicher. Die Energienachfrage in Deutschland ist jederzeit gedeckt, so dass ein auch im internationalen Vergleich hohes Maß an Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Die Energiewende ist eine Modernisierungsstrategie, die umfangreiche Investitionen am Wirtschaftsstandort Deutschland aus-

löst. Sie leistet somit auch einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung nach den Belastungen durch die Covid-19-Pandemie.

Einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung mit erneuerbaren Energien leisten laut Monitoring-Bericht die Wasserkraftanlagen in Deutschland. Von den 243 Terrawattstunden Bruttostromerzeugung aus regenerativen Energiequellen im Jahr 2019 stammen rund 20 Terrawattstunden aus Wasserkraftanlagen. „Mit ihrer Grundlastfähigkeit und der konstanten Energieerzeugung auch in der Nacht sind Wasserkraftanlagen eine ideale Ergänzung zu den volatilen Quellen Windenergie und Photovoltaik“, betont Fritz Schweiger, Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V.

Erläuternde Informationen zum Beitrag der Wasserkraft liefert die Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat) des Umweltbundesamtes. Sie teilt mit, dass die Stromerzeugung aus Wasserkraft 2019 mit 19,7 Milliarden Kilowattstunden wieder über dem Wert des trockenen und deshalb ertragsarmen Vorjahres (17,7

Mrd. kWh) lag. Laut Umweltbundesamt schwankt die jährliche Einspeisung von Strom aus Wasserkraftanlagen seit Jahren um den Wert von 20 Milliarden Kilowattstunden. „Die installierte Leistung der Wasserkraft ändert sich seit einigen Jahren ebenfalls nur noch wenig und lag am Ende des Jahres 2019 bei 5.595 Megawatt“, so das Umweltbundesamt auf seiner Website.

Zur Wasserkraft zählen rund 6.800 sogenannte kleine Wasserkraftanlagen bis ein Megawatt Leistung.

„Wasserkraft ist grund-, mittel- und spitzenlastfähig sowie speicherfähig. Neben der CO₂-freien, dezentralen Stromerzeugung trägt sie zur Stabilität und Flexibilität der regionalen Netze bei“, unterstreicht Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. Darüber hinaus sichern sie das Überleben zahlreicher mittelständischer Unternehmen wie Müller und Sägewerksbetreiber. Viele betreiben die Anlagen im Familienbetrieb seit mehreren Generationen. Die Wasserkraftwerke spielen deshalb in vielen Gemeinden in Bayern eine große Rolle. Schweiger und Lang fordern darum gemeinsam faire Bedingungen für den Weiterbetrieb kleiner Wasserkraftanlagen.

Als positives Signal werten und begrüßen VWB und LVBW die Erhöhung der Einspeisevergütung aus Wasserkraftanlagen bis 500 Kilowatt Leistung im EEG 2021. „Diese Erhöhung gilt aber nur für bestehende Anlagen in dieser Größenordnung. Deshalb kann sie kein Anreiz für den Bau neuer Wasserkraftanlagen sein, wie es von Naturschutzverbänden jüngst konstatiert wurde“, stellt VWB-Vorstandsvorsitzender Schweiger klar. **DK**



Kleine Wasserkraftanlagen erzeugen CO₂-frei Strom und stabilisieren durch ihre Grundlastfähigkeit das Stromnetz.

Bild: Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern

Gemeinde Grünwald:

Thermografie-Aktion wird bezuschusst

Die Gemeinde Grünwald bietet seit einigen Jahren in Kooperation mit einer qualifizierten Fachfirma eine Thermografie-Aktion für Wohnobjekte in Grünwald zu besonders günstigen Konditionen an. Vor dem Hintergrund der Energiepreise und dem Thema Gebäudesanierung sowie Energieausweis gewinnt eine genaue Untersuchung der Bausubstanz hinsichtlich Energieleckschäden zunehmend an Bedeutung.

Thermografie-Aufnahmen können wertvolle Hinweise über den Ist-Zustand des eigenen Anwesens liefern, eine wirtschaftliche Durchführung von Sanierungsmaßnahmen unterstützen und als Kontrollinstrument vor einer Abnahme dienen. Im Rahmen des gemeindlichen Förderprogramms Umweltschutz übernimmt die Gemeinde Grünwald für Objekte im Gemeindegebiet 50 Prozent dieser Untersuchungs-

kosten inklusive des Kurzberichts. Im Rahmen des gemeindlichen Förderprogramms Umweltschutz übernimmt Grünwald für Objekte im Gemeindegebiet 50 Prozent dieser Untersuchungskosten inklusive des Kurzberichts. Die Kosten für die thermografische Untersuchung eines Einfamilienhauses liegen zwischen 304 Euro und 284 Euro. Für Wohnobjekte ab 150 Quadratmeter wird ein individuelles Angebot erstellt. **□**

Interaktive Netzdarstellung für ganz Bayern

Neues Tool zeigt freie Netzkapazitäten für EEG-Anlagen

Ein neues Tool im Energie-Atlas Bayern zeigt mit einem Klick, an welchen Abschnitten es freie Kapazitäten zum Anschluss neuer EEG-Anlagen in der Mittelspannungsebene des Verteilnetzes gibt. Die Netzkapazitäten für den Anschluss von Anlagen mit einer Leistung von bis zu 750 kW werden anhand der Farben Grün für freie und Orange für begrenzte Kapazitäten dargestellt. Energieminister Hubert Aiwanger: „Hier wird zum ersten Mal in Deutschland das Verteilnetz eines ganzen Bundeslandes interaktiv gezeigt. So können potenzielle Betreiber sofort sehen, ob ihre geplante Anlage auf kurzem Weg an den nächstgelegenen Netzverknüpfungspunkt angeschlossen werden kann.“

Aiwanger betonte die Bedeutung des Verteilnetzes: „Wir treiben den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran, welche weitestgehend an das Verteilnetz angeschlossen werden. Ein leistungsstarkes und zuverlässiges Verteilnetz ist somit von hoher Bedeutung für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Die bayerischen Verteilnetzbetreiber, allen voran Bayernwerk, LEW Verteilnetz und N-ERGIE Netz GmbH, sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Sie ertüchtigen fortwährend das Netz, damit es seinen neuen Aufgaben, wie etwa der Verteilung des Stroms nach unten und oben, gewachsen ist.“

„Durch den starken Zubau an dezentralen Einspeiseanlagen in unserem Netzgebiet haben wir uns früh damit befasst, wie wir die Anlagenplanung für unsere Kunden erleichtern können. Unser Tool Simply Connect ist eine Lösung, die wertvolle Transparenz

über verfügbare Anschlusskapazitäten schafft“, betont Bayernwerk-Vorstand Egon Westphal. Er richter einer PV-Freiflächenanlage oder anderer EE-Anlagen können sich mit der Anwendung auf einen Blick Transparenz über die Netz-situation vor Ort verschaffen und sich so frühzeitig mit den technischen Gegebenheiten für einen Anschluss auseinandersetzen.

„Wir freuen uns, dass dieses Instrument durch die Zusammenarbeit der drei großen Flächennetzbetreiber in Bayern jetzt schon auf einen Großteil der Fläche des Freistaats ausgerollt wird und so hilft, die Energiewende in Bayern wieder ein Stück weiter voranzubringen. Wir laden alle übrigen Netzbetreiber herzlich ein, sich der Initiative anzuschließen“, so Westphal. Die wachsende Nachfrage nach verfügbaren Netzkapazitäten macht laut Westphal deutlich, dass die Energiewende nur durch eine massive Verstärkung

des Verteilnetzes gelingen kann, für die die Netzbetreiber die richtigen politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen benötigen.

„Die regionalen Verteilnetze sind die Herzkammer der Energiewende. Hier kommen Erzeuger und Verbraucher zusammen, hier geschieht Energiezukunft. Die Netze stellen enorme Kapazitäten für Aufnahme und Verteilung von Strom aus Erneuerbaren Energien bereit: In unserem Netzgebiet decken die Erneuerbaren schon heute rechnerisch 80 Prozent des Strombedarfs“, sagt Dr. Markus Litphfer, Vorstandsmitglied der Lechwerke (LEW). „Den weiteren Umbau des Energiesystems gestalten wir mit hohen Investitionen und neuen Technologien. Neben Nachhaltigkeit sind dabei Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit die anderen wichtigen Parameter. Innovative Lösungen helfen, diesen Weg dynamisch und effizient zu gestalten. Dabei sind wir auch auf die richtigen energiepolitischen Rahmenbedingungen angewiesen, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Energielandschaft im Freistaat nachhaltig und zukunftsicher weiterzuentwickeln.“

Gerald Höfer, Geschäftsführer N-ERGIE Netz GmbH: „Wir Verteilnetzbetreiber stehen selten im Fokus, sind aber ganz wesentliche Gestalter der Energiewende: Immerhin sind 96 Prozent aller EEG-Anlagen am Verteilnetz angeschlossen. Da uns die Dynamik des weiteren Ausbaus von Erneuerbaren gleichermaßen vor riesige Herausforderungen stellt – gerade im sonnen- und PV-starken Bayern – sind gemeinsame Initiativen wie die Veröffentlichung von Netzanschlusskapazitäten umso bedeutsamer. Gemeinsam schaffen wir Transparenz und tragen dazu bei, das Tempo der Energiewende hoch zu halten.“

Das gesamte Verteilnetz in Bayern hat eine Länge von 350.000 Kilometer. Die daran angeschlossenen 586.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen bringen es derzeit auf rund 20 Gigawatt Leistung. Dabei handelt es sich zu etwa 98 Prozent um PV-Anlagen, drei Viertel davon Dachanlagen und ein Viertel Freiflächenanlagen. **□**

Amprion erteilt Zuschlag für neue Gasturbinenanlage

Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion hat den Zuschlag für ein neues Gaskraftwerk am Standort Leipheim (Landkreis Günzburg) erteilt. Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger zeigt sich erfreut: „Nicht zuletzt auf hartnäckiges Drängen der Bayerischen Staatsregierung wurde das Ausschreibungsverfahren endlich erfolgreich abgeschlossen. Damit kommt ein weiteres Gaskraftwerk nach Bayern, das zusammen mit Irsching Block 6 einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit und Systemstabilität Bayerns ab 2022/2023 leisten wird.“

Das Gaskraftwerk in Leipheim mit einer Kapazität von 300 MW ist ein sogenanntes besonderes netztechnisches Betriebsmittel, das als Sicherheitsinstrument für kritische Netz-situationen dienen und nicht am regulären Strommarkt teilnehmen wird. Die besonderen netztechnischen Betriebsmittel wurden in einem wettbewerblichen Ausschrei-

bungsverfahren der Übertragungsnetzbetreiber bestimmt.

Insgesamt vier Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von 1.200 MW sollen ab Herbst 2022 in Betrieb gehen und zur Systemstabilität Süddeutschlands beitragen. Sie entstehen neben Leipheim und Irsching an den Standorten Biblis (Hessen) und Marbach (Baden-Württemberg). **□**



WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

Lfa Förderbank
Bayern

Konstant gute Betriebstemperatur

Bayernwerk und Stadt Freising verlängern Fernwärme-Partnerschaft

Das Energieunternehmen Bayernwerk und die Stadt Freising haben ihr gemeinsames Engagement in der Fernwärmeversorgung Freising GmbH (FFG) verlängert. Nach umfangreichen Gesprächen haben sich beide Partner in einem Konsortialvertrag auf die Fortführung der Gesellschaft über weitere 15 Jahre, die Belieferung mit Fernwärme und die technische Betriebsführung geeinigt.

In Zukunft versorgt das Bayernwerk die Stadt Freising und weitere Kunden in Zolling und Hallbergmoos mit einer jährlichen Wärmemenge von rund 170.000 Megawattstunden (MWh), was dem Wärmebedarf einer ganzen Kleinstadt entspricht. Die Abnahme und Lieferung von Fernwärme aus dem Heizkraftwerk Zolling über eine 27 Kilometer lange Transportleitung erfolgen durch die Bayernwerk Natur GmbH.

„Ich freue mich sehr, dass die erfolgreiche Partnerschaft zur Wärmeversorgung in Freising fortgesetzt werden kann“, sagt Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher über den Vertragsabschluss. „Wärme hat Zukunft! Wir sehen im Ausbau des Wärmenetzes einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung unserer Klimabschlüsse und zur Zukunftsvorsorge. Durch unser Engagement in dieser Richtung schaffen wir die Möglichkeit, den Einsatz fossiler Brennstoffe zu reduzieren.“

Neben den drei größten Kunden der Fernwärme, der Flugha-

fen München GmbH, der TU Weihenstephan und der Texas Instruments GmbH werden Reihenhäuser, Wohnanlagen, Geschäftsgebäude und Gewerbeobjekte sowie auch öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, das Krankenhaus Freising oder das Amtsgebäude der Stadt versorgt.

Kraft-Wärme-Kopplung

Basierend auf dem energieeffizienten Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung werden fast 90 Prozent der Wärmeenergie im Fernwärmenetz in dem nahegelegenen Heizkraftwerk in Zolling erzeugt. Fast die gesamte Wärmemenge ist damit primärenergieeffizient erzeugt und umweltfreundliche Endenergie. Daneben stehen das erdgasgefeuerte Heizwerk Weihenstephan sowie die Kesselanlage Hallbergmoos zur Versorgung bei Spitzenlasten oder als Reservebedarf zur Verfügung.

„Ich freue mich sehr, dass es

uns gelungen ist, die Wärmeversorgung in Freising und Umgebung weiterhin gemeinsam zu gestalten. Dies beweist einmal mehr das gegenseitige Vertrauen der Partner auf Basis der nun 34-jährigen Zusammenarbeit“, sagt Werner Dehmel, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur GmbH, zum Abschluss der Verhandlungen. Bereits 1987 gründeten die Bayernwerk AG bzw. die damalige Isar-Amper-Werke AG und die Stadt Freising die Fernwärmeversorgung Freising GmbH mit dem Ziel des Aufbaus und des Betriebs einer Fernwärmeversorgung im Raum Freising und Umgebung.

Nachdem die seinerzeit geschlossenen Verträge zur bisherigen Zusammenarbeit am 31. Dezember 2020 endeten, wurden

Energieallianz Bayern:

Zweites Standbein mit Solarenergie

Die Energieallianz Bayern mit Sitz in Hallbergmoos bei München erweitert ihr Portfolio mit der Entwicklung neuer Solarprojekte. Hierfür hat sie für die strategische Erweiterung des Unternehmens und zukünftige Projektentwicklung vor kurzem die Solarenergie Bayern GmbH & Co. KG gegründet.

An der Solarenergie Bayern GmbH & Co. KG haben sich 30 Stadtwerke aus dem bestehenden Gesellschafterkreis der Energieallianz Bayern beteiligt und bieten ihre Zusammenarbeit für zukünftige Solarprojekte an. Das Augenmerk der Solarenergie Bayern GmbH & Co. KG liegt auf der Entwicklung und Errichtung von neuen Solarparks in Bayern. Ziel ist es, mit neuen Photovoltaik-Anlagen ca. 40 MW umzusetzen. Erste Akquise für Freiflächen sind bereits angefallen. Dazu Geschäftsführer Ulrich Geis: „Mit der Solarenergie Bayern haben wir eine Bündelgesellschaft für Solarparks gegründet, um die Flexibilität zu ha-

bereits frühzeitig Gespräche für eine Folgekooperation geführt. Nach vielen Gesprächen zu möglichen Szenarien und den entsprechenden Vertragsverhandlungen ist es nun gelungen, die bestehende Partnerschaft auch in Zukunft aufrecht zu erhalten.“

Neben dem neuen Konsortialvertrag zum Weiterbestand der gemeinsamen Gesellschaft wurden weitere Einigungen zur Nutzung, Wärmelieferung und Betriebsführung getroffen. In diesem Zusammenhang wurde die Fernwärmetransportleitung auf Freisinger Flur eigentumsmäßig an die Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH (FSV) übertragen.

Die Betriebsführung übernimmt in Zukunft die Bayernwerk Natur GmbH, die bayernweit bereits über 200 energieeffiziente und überwiegend regenerative Wärmeerzeugungs- und Heizkraftwerksanlagen betreibt. Die Bayernwerk Natur übt auch die technische Betriebsführung der FFG- und anderer FSV-Fernwärmeanlagen aus. □



Baustelle zur Erneuerung des Wärmenetzes an der Unteren Hauptstraße in Freising.

Bild: Nina Reitz/Stadtwerke Freising

Wettbewerb Energie Start-up 2020 Bayern:

Dreifache Siegerehrung

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat die drei Gewinner des Wettbewerbs Energie Start-up 2020 Bayern ausgezeichnet. Das Augenmerk lag dabei auf Digitalisierung, Versorgungssicherheit und Wasserstoff. Teilnehmen konnten Start-ups aus Deutschland, Österreich und der Schweiz mit Bezug zur Energiezukunft Bayerns.

„Trotz der Corona-Krise haben wir die Energiewende nicht aus den Augen verloren“, betonte Aiwanger. Mit 62 eingereichten Bewerbungen war der Wettbewerb auch unter diesen schwierigen Umständen ein Erfolg: Im Vergleich zur letzten Ausschreibung 2018 hatten sich mehr als doppelt so viele Start-ups beworben. „Das zeigt, wie das Thema Energie noch einmal deutlich an Bedeutung gewonnen hat, vor allem in der Gründerszene“, so der Staatsminister.

Betreiber einer IoT-Plattform

Zu den Gewinnern 2020 zählt die gridX GmbH, ein Start-up aus Aachen mit Niederlassung in München. Das Unternehmen entwickelt und betreibt eine IoT-Plattform, mit der dezentrale Energieressourcen wie beispielsweise Photovoltaik-Anlagen, Batteriespeicher oder Ladesäulen für E-Autos untereinander vernetzt und gesteuert werden können. Dynamisches Lastmanagement für Elektrofahrzeuge, intelligente Energieverteilung im Eigenheim oder die Sektorenkopplung innerhalb von Stadtquartieren sorgen für effiziente Energienutzung, um eine nachhaltige Zukunft zu gestalten. Das Unternehmen hat knapp 50 Mitarbeiter.

Die Enmacc GmbH wiederum

ist eine unabhängige und innovative Handelsplattform für die Energiewirtschaft, die die Liquidität in den europäischen Energiemärkten erhöht und den Handel für Strom, Gas und Erneuerbare Energien vorantreibt. Die Mission des Start-ups ist es, einen einfachen, sicheren und kosteneffizienten Zugang zum professionellen Energiehandel zu ermöglichen. Das junge Unternehmen mit 60 Mitarbeitern hat seinen Hauptsitz in München.

Das Münchner Start-up VoltStorage GmbH entwickelt und produziert Solarstromspeicher auf Basis der ökologischen Vanadium-Redox-Flow (VRF) Technologie, um überschüssige Solarenergie tagsüber zu speichern und in sonnenarmen Zeiträumen nutzen zu können. VoltStorage ist das weltweit erste Unternehmen, das die im Großspeichersegment erfolgreiche VRF-Technologie als Heimspeicherlösung für Privathaushalte verfügbar macht. Das Start-up hat 35 Mitarbeiter.

Der Wettbewerb ist eine gemeinsame Initiative des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der Bayern Innovativ GmbH mit dem Zentrum Digitalisierung Bayern, der BayStartUp GmbH sowie der Bayernwerk AG, des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft und der Verbund AG. □

Münchens zweites „Windrad“ ist in Betrieb

Im Sommer 2020 wurde mit den Fundamentarbeiten begonnen, im Dezember Turm und Flügel montiert. Die Inbetriebnahme ist nun abgeschlossen und Helge-Uve Braun, Technischer SWM Geschäftsführer, hat grünes Licht für die Betriebsaufnahme gegeben. Damit ist die zweite lokale Windkraftanlage der SWM offiziell „am Netz“ und speist Ökostrom ein.

Nach 200 Betriebsstunden wird die Anlage dann für etwa eine Woche für Wartungsarbeiten stillstehen, bevor sie in den Regelbetrieb geht. Sie steht auf der Deponie Nord-West im Stadtteil Freimann. Ihr Turm ist 80 Meter hoch, die Rotorblätter sind 69 Meter lang. Damit überragt die neue Windkraftanlage ihre „Schwester“ aus dem Jahr 1999 auf der anderen Seite der Autobahn deutlich. Auch bei der Energieproduktion liegt sie vorne: Mit rund 7,1 Millionen Kilowattstunden pro Jahr erzeugt sie genug Ökostrom für mehr als 2.800 Haushalte – etwa viermal so viel wie die ältere Anlage.

„Mit der Inbetriebnahme unserer zweiten Münchner Windkraftanlage komplettieren wir einen weiteren lokalen Baustein unserer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien“, so Braun. „Wir arbeiten bereits an den nächsten Projekten, um unser Ziel zu erreichen: Soviel Ökostrom in eigenen Anlagen zu produzieren wie ganz

München benötigt. Dabei nutzen wir die Potenziale hier vor Ort sowie an weiteren Standorten in Deutschland und in Europa – für das Gelingen der Münchner Energiewende und für den globalen Klimaschutz.“

Im Jahr 2008 haben die SWM ihre Ausbauoffensive Erneuerbare Energien gestartet mit dem Ziel, bis 2025 so viel Ökostrom in eigenen Anlagen zu produzieren, wie ganz München benötigt, seinerzeit rund 7 Terawattstunden. Aufgrund des Bevölkerungswachstums, der steigenden Zahl von Wärmepumpen und nicht zuletzt zunehmender Elektromobilität wurde dieses Ziel jüngst an den damit steigenden Strombedarf angepasst: Bis 2035 wollen die SWM bis zu 8,4 Terawattstunden Ökostrom erzeugen, um auch den Bedarf der Zukunft regenerativ zu decken. Schon heute betreiben die SWM in und um München knapp 70 Strom-, Wärme- und Kälteerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energien nutzen. □

Doppelter Haushaltsstromverbrauch mit Elektroauto

Während in den vergangenen Jahren der Stromverbrauch in den meisten privaten Haushalten aufgrund effizienterer Gerätetechnik tendenziell zurückgegangen ist, kehrt sich dieser Trend derzeit wieder um. Neue Stromverbraucher, wie immer mehr Computer, Klimageräte, Wärmepumpen und nicht zuletzt Elektroautos, erhöhen den Haushaltsstrombedarf signifikant.

„Diese Entwicklung ist gut für die Umsetzung der Energiewende, denn immer mehr Strom wird in Bayern aus erneuerbaren Energien bereitgestellt – und damit müssen klimaschädliche Energieträger wie Mineralöl und Kohle entsprechend weniger eingesetzt werden. Die nächste Aufgabe unseres Wirtschaftszweiges ist es, auch die Gasversorgung „grün“ zu machen“, erklärt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

Ein sparsamer Drei-Personen-Haushalt benötigt in Bayern etwa 3.000 kWh Strom im Jahr (das entspricht einer Stromrechnung von rund 80 Euro pro Monat). Wird die Warmwasserbereitung ebenfalls elektrisch durchgeführt, sind dafür weitere 1.500 kWh anzusetzen. Kommt bei einem Einfamilienhaus noch die Heizung über eine Wärmepumpe hinzu, müssen je nach eingesetzter Technik und zu beheizender Wohnfläche nochmal 6.000 bis 10.000 kWh zusätzlich veranschlagt werden. Entscheidet sich die Familie für ein Elektroauto, ist mit weiteren 3.000 kWh jährlichem Stromverbrauch pro Fahrzeug zu rechnen. Hierbei ist eine Jahreskilometerleistung von 15.000 km und ein Stromverbrauch von 20 kWh/100 km (inkl. Ladeverluste) angesetzt worden.

Eine „voll elektrische“ Familie kommt somit leicht auf einen Jahresstromverbrauch von weit über 10.000 kWh, benötigt aber klimaschädlichere Energieträger wie Heizöl und Benzin/Diesel entsprechend weniger. Immer mehr Stromkunden, die über geeignete Flächen verfügen, produzieren einen Teil ihres Stromes über eine Photovoltaikanlage selbst. Das funktioniert in Bayern zumindest von März bis Oktober, insbesondere wenn man über einen eigenen Batteriespeicher verfügt,

auch recht ordentlich. Da im Elektroauto der Speicher schon drin ist, bietet es sich geradezu an, die eigene Photovoltaikanlage auch zum Aufladen des Autos so gut es irgendwie geht zu nutzen. „Den Weg zur Tankstelle können sich jetzt immer mehr unserer Stromkunden sparen. Sie laden bequem zu Hause oder am Arbeitsplatz ihr Elektroauto aus dem Stromnetz oder über die eigene Photovoltaikanlage auf. So ist man günstig und umweltschonend zugleich unterwegs“, betont Fischer.

Günstig und umweltschonend unterwegs

Lädt man sein Elektroauto über eine eigene Photovoltaikanlage auf, sind etwa 3 Euro Stromkosten auf 100 km zu veranschlagen. Entnimmt man den Strom vollständig aus dem Stromnetz, ist mit 6 Euro auf 100 km zu kalkulieren. Die Mehrkosten werden durch die staatlichen Lasten auf den Strombezug aus dem Netz verursacht. Dies ist aber immer noch deutlich günstiger als Benzin oder Wasserstoff zu tanken (10 Euro/100 km).

Mit dem Erdgasauto ist man in etwa genauso günstig unterwegs wie mit dem Stromauto. Richtig teuer kann es werden, wenn man das Elektroauto häufig an der Autobahn aufladen muss. Die dafür zu entrichtenden Stromkosten mit 16 Euro auf 100 km können die Treibstoffkosten eines mit Benzin betriebenen Fahrzeuges deutlich überschreiten.

„Wer von einem Wasserstoffauto träumt, muss sich darüber im Klaren sein, dass dies eine verhältnismäßig teure Form der Individualmobilität sein wird. Man wird niemals günstig selbsterzeugte Energie zum Fahren einsetzen können“, stellt Fischer fest und saust lautlos mit seinem Elektroauto davon. □

Kommunales Energieeffizienznetzwerk Ebersberg-München:

Die Wärmewende im ländlichen Raum

Den Klimaschutz in den eigenen Gemeinden voranbringen und vom Erfahrungsschatz der anderen profitieren – das ist das Ziel des Energieeffizienznetzwerks Ebersberg-München. Anfang Februar trafen sich die 14 teilnehmenden Gemeinden zusammen mit dem Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) und der Energieagentur Ebersberg-München zum zweiten Netzwerktreffen. Wie bereits im November 2020 musste auch dieses Treffen online stattfinden.

Den Auftakt bei den Fachvorträgen übernahm Tobias Huter von der Naturstrom AG, der die Wärmewende im ländlichen Raum am Beispiel des Nahwärmenetzes in Moosach vorstellte. Das von der Gemeinde und dem Energieversorger gemeinsam realisierte Projekt nutzt zur Wärmeherzeugung eine Kombination aus einem Hackschnitzelheizwerk und Solarthermie. Damit kann in den Übergangsmoaten zwischen Sommer und Winter auf die Kraft der Sonne zurückgegriffen und der Verbrauch an Biomasse gesenkt werden.

Nahwärmenetz Moosach

Wie innovativ und zugleich zukunftsweisend die Gemeinde bei der Errichtung dieses Nahwärmenetzes gehandelt hat, zeigte sich in der anschließenden Diskussion. Neben allgemeinen Nachfragen zum Projekt entwickelte sich auch ein Gespräch über das Potenzial von Abfallprodukten aus der Landwirtschaft als Energieträger.

Andreas Scharli von der Ener-

gie, verschiedene Parkgrößen zu realisieren. Dies ist ein weiterer Baustein für die Energiewende in kommunaler Hand.“

Enger Austausch

Christoph Schromm, Projektentwickler der Energieallianz Bayern: „Wir wollen unsere Projekte dort verwirklichen, wo es energetisch sinnvoll und verträglich mit der Umgebung ist. Hierzu stehen wir im engen Austausch mit allen Beteiligten: Kommunen, Behörden sowie Grundstückseigentümer. Jeder wird miteinbezogen, so dass eine gemeinsame Lösung erarbeitet wird. Nur so kann die Energiewende gelingen.“ □

10.000. DBU-Projekt erfolgreich abgeschlossen:

EULE – ein Beitrag zur Erhöhung der Artenvielfalt durch die Energiewende

Will unsere Gesellschaft die Energiewende schaffen und gleichzeitig die Artenvielfalt sowie die ästhetische Qualität der Landschaften erhalten, muss eine umsichtige und intelligente Einbindung der Erneuerbaren Energien in Natur und Landschaft erfolgen. Aus diesem Grund beauftragte die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) die regionalwerke GmbH & Co. KG mit dem Projekt EULE – Evaluierungssystem für eine umweltfreundliche und landschaftsverträgliche Energiewende. Weitere Projektpartner waren die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, die Prof. Schaller UmweltConsult GmbH sowie die Erzeugergemeinschaft für Energie in Bayern eG.

Nach neuen Monaten Laufzeit konnte im Oktober 2020 die erste Projektphase erfolgreich abgeschlossen werden, in der ein Auditsystem zur Ermittlung eines ökologischen Mehrwerts für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) entwickelt wurde. Als 10.000. Projekt der DBU lobte DBU-Generalsekretär Alexander Bonde das Projekt EULE als „einen weiteren Meilenstein in der Geschichte der DBU“. Es handle sich um ein klassisches Beispiel für die Vielfalt der Förderthemen, denn es vereine so unterschiedliche Aspekte wie Erneuerbare Energien, Digitalisierung und Natur- und Artenschutz. Außerdem könne es zu mehr Akzeptanz für die Energiewende führen, weil Bürger direkt beteiligt würden und deutlich werde, dass Naturschutz und das Erzeugen von Strom zugleich möglich seien.

Als Projektleiter und Geschäftsführer der regionalwerke betont Andreas Engl, dass mit Hilfe von EULE die Auswirkungen Erneuerbarer-Energien-Anlagen auf Landschaft und Natur konkret be-

wertet werden können. Im Kontext des Landschaftsraums sowie nach standortspezifischen Vorgaben ermittelt EULE ein optimales Entwicklungskonzept für PV-FFA-Standorte und ermöglicht somit eine sinnvolle doppelte Flächennutzung. Die Anlagenbetreiber erhalten hierfür einen Katalog an ökologischen Aufwertungsmaßnahmen, die ausgewählt und umgesetzt werden können. In regelmäßigen Abständen erfolgen anschließend Audierungen, wie die vorgesehene EULE-Maßnahmen realisiert wurden und wie sich die Artenvielfalt auf dem entstehenden Solarfeld-Biotop entwickelt.

„Wir konnten bereits während der Projektlaufzeit feststellen, dass mit Hilfe von EULE die notwendige Akzeptanz für den weiteren Ausbau der dezentralen Energiewende in der Bevölkerung erreicht wird“, erläutert Engl. Stromkunden erhalten mit Hilfe von EULE erstmals einen Einblick in die Betriebsführung erneuerbarer Energieanlagen und die Gewissheit, dass Natur und

Landschaft trotz der Energieproduktion geschützt werden. Gleichzeitig können die Energieproduzenten eine höhere Produktqualität – ein umfassend ökologisches und regionales Qualitätsprodukt – vermarkten und Mehreinnahmen generieren, was insbesondere bei den aktuell geringen Strommarkterlösen und für Ü20-Anlagen wichtig ist. „Wenn sich beide Seiten freuen und auch die stark bedrohte Artenvielfalt profitiert, dann kann das EULE-Konzept nur sinnvoll sein“, fasst Engl zusammen.

EULE für eine Energiewende im Einklang mit der Natur

Mit EULE wurde ein Auditsystem für PV-FFA erarbeitet, um den jeweiligen ökologischen Ist-Zustand zu bewerten und diesen anhand eines standortspezifischen Maßnahmenkatalogs gezielt zu verbessern. Jeder Maßnahme ist eine Punktebewertung zugeordnet, die dem Anlagenbetreiber gutgeschrieben wird. Entsprechend der erreichten Gesamtpunkteanzahl nach EULE wird der ökologische Mehrwert ersichtlich, der dem Anlagenbetreiber finanziell honoriert wird. Neben ökologischen Aspekten werden zudem soziale Maßnahmen bewertet, beispielsweise öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie Führungen und Informationsangebote für die Bevölkerung. Die Vernetzung der Ener-

gieerzeuger und -verbraucher soll dabei digital erfolgen. Eine eigene EULE-Plattform ermöglicht die Ablage und Analyse vorhandener räumlicher und technischer Daten, um sie für Auditoren, Anlagenbetreiber und Energieversorger mit individuellen Zugriffsrechten zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen der EULE-Projektphase 1 wurden neben dem Auditsystem zudem eine Software-Architektur sowie eine erste Version der benötigten Plattform, mit einem CRM-System und unterschiedlichen Services (Applikationen) entwickelt. Auch das notwendige Geoinformationssystem ist bereits Bestandteil des Prototyps. „Damit können raumbegrenzte Daten effizient verwaltet und für die verschiedenen Nutzer wie Betreiber, Gutachter, Energieversorger, Verbraucher oder auch interessierte Bürger veranschaulicht werden, erläutert Dr. Johannes Gnädinger, vom Landschaftsplanungsbüro Prof. Schaller UmweltConsult GmbH.

EULE wird fortgesetzt

Nachdem in den Fachmedien zunehmend über die Möglichkeit einer ökologischen Integration von PV-FFA berichtet wird, will EULE darüber hinaus konkrete ökologische Entwicklungsziele und die dafür erforderlichen Aufwertungsmaßnahmen definieren, begleiten und überwachen. Prof. Dr. Markus Reinke, Landschaftsplaner und Vizepräsident der HS Weihenstephan betreute ein studentisches Projekt im Rahmen von EULE. Er betont, dass die Kombination von erneuerbaren Energien, digitalen Technologien und Umweltmaßnahmen ein erstaunliches Engagement bei den Studierenden hervorgerufen hat. „Selten waren die Studenten mit einem solch großen Tatendrang bei der Sache, was darauf schließen lässt, dass EULE ein zukunftsfähiges Themenfeld besetzt“, so Prof. Reinke.

EULE soll als Zertifizierungsstandard etabliert werden, mit dem die Produktqualität erneuerbarer produzierter Strommengen hinsichtlich ökologischer und sozialer Kriterien bewertet und bepreist werden kann. Damit dies deutschlandweit gelingt, erfolgt in Projektphase 2 eine Evaluation der bisherigen Ergebnisse für eine bundesweite Übertragbarkeit. Zudem wird eine Umsetzungsstrategie erarbeitet, die mögliche Organisationsstrukturen sowie Vermarktungsmöglichkeiten aufzeigen und die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells überprüfen soll.

Noch sind viele Herausforderungen beim Ausbau einer umweltfreundlichen Energiewende zu meistern. Das Projektteam und die DBU sind sich sicher, dass EULE einen wichtigen Teil dazu beitragen wird. □

Auszeichnung für Stadtwerke Bamberg:

Gutes Preis-Leistungsverhältnis bei Strom und Gas

Das unabhängige Energieverbraucherportal gibt den Stadtwerken Bamberg erneut das Prädikat „nachhaltiges Unternehmen mit verantwortungsbewusster Unternehmensphilosophie sowie einem Interesse an langfristiger Kundenzufriedenheit“. Verbraucher können sich darauf verlassen, dass sie dort „faire Energie mit regionalem Mehrwert“ erhalten, so das Urteil der Jury.

Die Auszeichnung TOP-Lokalversorger erhält der Bamberger Energieversorger vor allem wegen seiner fairen Tarifbedingungen, dem Kundenservice sowie seinem sozialen, ökologischen und regionalen Engagement.

Bei den meisten Vergleichsportalen landen Versorger mit den niedrigsten Preisen auf den vordersten Plätzen. Für Verbraucher ist dabei kaum nachvollziehbar, wie der günstige Preis zustande kommt. So stehen auch Billiganbieter mit zweifelhaften Tarifbedingungen ganz oben. Im Gegensatz dazu stellt das unabhängige



Studentische Gruppe der HSWT am Solarpark Goldach, zusammen mit ihrem Betreuer Dr. Christoph Moning (4. v. r.), Professor für Zoologie und Tierökologie an der HSWT. Bild: Andreas Engl

Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft:

Die Bayerische Stromwende ist ins Stocken geraten

Der VBEW hat die Entwicklung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren in Bayern analysiert. Danach war ein signifikanter Zuwachs in den vergangenen fünf Jahren nicht mehr zu verzeichnen. Hinzu kommt ein wieder ansteigender Stromverbrauch. Allein die volatile Photovoltaik kann nennenswerte Zuwächse für sich verbuchen und liegt als Spitzenreiter mittlerweile gleichauf mit der bedarfsgerechten Stromerzeugung aus Wasserkraft.

„Bayern hat seine Vorrangstellung bei der klimafreundlichen Stromerzeugung längst an andere Bundesländer verloren. Insbesondere im Winter sind wir zunehmend auf Stromimporte angewiesen. ‚Mir san Mir‘, dieses bayerische Selbstwertgefühl gilt in der Stromversorgung nicht mehr. Das wäre vor zehn Jahren noch ein undenkbarer Zustand in Bayern gewesen, lässt sich aber zumindest für die nächsten zehn Jahre wohl nicht mehr entscheidend korrigieren“, betont Detlef Fischer, VBEW-Geschäftsführer.

In Bayern wurde in den vergangenen Jahren knapp die Hälfte der benötigten Elektrizität aus heimischen Erneuerbaren Energien gedeckt. Das ist ein beachtlicher Erfolg! Dabei wird vereinfacht davon ausgegangen, dass jede in Bayern erzeugte Kilowattstunde (kWh) auch zeitgleich wieder in Bayern verbraucht wird, was physikalisch nicht für alle Stunden im Jahr gilt. So nimmt Bayern rege am Stromaustausch mit anderen Bundes- und Nachbarländern teil. Im Jahresaldo verbraucht Bayern seit einigen Jahren mehr Strom als es selbst erzeugt.

Seit 2017 steigt der Stromverbrauch in Bayern wieder an. Effizienzfortschritte durch sparsamere Geräte werden mittlerweile durch die fortschreitende Elektrifizierung, die gute Konjunktur der vergangenen Jahre und das Bevölkerungswachstum wieder aufgezehrt. Wenn sich das Stromverbrauchsverhalten nach der Corona-Krise wieder normalisiert hat, erwartet der VBEW einen weiter ansteigenden Stromverbrauch. Immer mehr Wärme-

pumpen und Elektroautos werden mit Elektrizität zu versorgen sein. Auch die zunehmende Anzahl von Computern und Rechenzentren sorgt für steigende Anforderungen nicht nur an die Stromerzeugung, sondern insbesondere auch an die Stromnetze.

Eine moderne, hochentwickelte Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass dann genügend Strom vorhanden ist, wenn dieser benötigt wird. Eine stabile Stromversorgung zu jeder Stunde, bei jeder Wetterlage und zu jeder Jahreszeit ist die unabdingbare Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Weiterentwicklung in Bayern. Dafür braucht es mit dem Abschalten der Kernkraftwerke in Bayern durch die Dezentralisierung der Stromversorgung mehr Erzeugungsanlagen, mehr Speicher und mehr Netzkapazitäten als früher.

„Dieser Winter hat es anschaulich aufgezeigt: Die Photovoltaik steht in den dunklen Monaten in Bayern quasi nicht zur Verfügung. Da nützt auch die größte Batterie nichts, wenn die Sonne tagelang nicht scheint und der Strombedarf weiter gedeckt werden muss. Die Batterie ist dann längst leer und bleibt auch leer“, stellt Detlef Fischer fest.

Plädoyer für ein modernes Stromversorgungssystem

Die derzeitige Konzentration auf eine tages-, witterungs- und jahreszeitabhängige Stromerzeugung aus Photovoltaik und Windkraft springt daher viel zu kurz. Ein modernes Stromversorgungssystem besteht aus dem intelligenten Zusammenspiel von bedarfsgerechter Erzeugung, Speicherräumen, Netzen und Verbrauchern. Die Bayerische Energiewirtschaft arbeitet mit Hochdruck an der Lösung dieser komplexen Aufgabe. Der Erfolg und die Kosten für die Verbraucher sind ganz maßgeblich abhängig von der Akzeptanz der Bevölkerung für die jeweils erforderlichen Maßnahmen.

„Die Politik darf die Probleme bei der Umsetzung der Energiewende nicht weiter kleinspielen. Sie muss, vergleichbar mit der Bewältigung der Corona-Pandemie, der Bevölkerung beherzt den dringenden Handlungsbedarf verdeutlichen und den Rahmen für den Systemumbau durch die Energiewirtschaft mit möglichst wenig Details vorgeben.“

Die Beschleunigung der Energiewende ist nach der Bewältigung der Corona-Krise die nächste große gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch sie wird die eine oder andere Zumutung von der Bevölkerung abverlangen“, resümiert Fischer. □

Kleinanlagen im Verteilnetz ergänzen Großkraftwerke

Bayernwerk Netz und TenneT testen digitale Lösung, um gemeinsam Netzengpässe zu vermeiden

Die Bayernwerk Netz GmbH geht zusammen mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT und Wissenschaftlern der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. (FFE) neue Wege beim Netzengpassmanagement. Über zwei digitale Plattformen haben die beiden Netzbetreiber nun erfolgreich ein freies Energieangebot aus dem Verteilnetz zur Behebung eines möglichen Engpasses im vorgelagerten Höchstspannungsnetz eingesetzt. Der Test dieses neuen Werkzeugs zur Spannungsebenen übergreifenden Nutzung von Flexibilität gibt einen Einblick in die Energiezukunft: ergänzend zu großen Kraftwerken sollen zukünftig viele an das Verteilnetz angeschlossene, dezentrale Kleinanlagen die stabile Energieversorgung im Stromnetzverbund mit sichern und Ausfälle verhindern helfen.

Bei dem erfolgreichen Testablauf wurde nun gezeigt, wie bei Bedarf der Austausch von freien Flexibilität zwischen Verteil- und Übertragungsnetz technisch umsetzbar ist. Die Projektbeteiligten kopierten zwei im Projekt C/sells entwickelte Flexibilitätsplattformen zu einem Zeitpunkt, als in der niederbayerischen Projektregion im Bayernwerk-Netzgebiet keine Engpass-Situation vorlag. Eine Voraussetzung für den Abruf war, dass für die sichere Netzsteuerung auf Verteilnetzebene in dem Moment kein Bedarf für den Einsatz vorhandener Flexibilität bestand.

Über den sogenannten Altdorfer Flexmarkts (ALF) konnten freie Flex-Potentiale an die von TenneT entwickelte comax-Plattform übermitteln, um Netzengpässe im Übertragungsnetz zu beheben. Zusammen wurden sowohl die Angebote aller PV-Anlagen im Feldversuchsgebiet als auch das Flexibilitätsangebot von drei Batteriespeichern abgegeben. Im Ergebnis waren auf der comax-Plattform des Übertragungsnetzbetreibers an einem Netzknoten zwei zusätzliche Flexibilitätsangebote verfügbar, um gemeinsam die stabile Energieversorgung zu sichern.

„Bereits heute finden sich mehr als 175.000 Wärmepumpen, Direkt- und Speicherheizungen, 30.000 Kleinspeicher und etwa 4.000 intelligente Messsysteme im Bayernwerk-Netz. Nach Ergebnissen einer Studie rechnen wir bis 2035 mit 1,5 Millionen steuerbaren Einhei-

ten in unserem Netzgebiet“, erklärte Dr. Egon Westphal, Technikvorstand der Bayernwerk AG. In Zukunft werden die zahlreichen steuerbaren Kleinanlagen im Verteilnetz Aufgaben mit übernehmen, die heute vor allem durch große, zentrale Kraftwerke wahrgenommen werden. Der erhöhte Bedarf an Flexibilität ergibt sich zum einen aufgrund der stetig steigenden Erzeugung aus Erneuerbaren Energien und zum anderen durch die höhere Zahl an Lastspitzen durch den allgemeinen Trend zur Elektrifizierung. „Durch die voranschreitende Digitalisierung in der Energiewirtschaft werden zugleich innovative Lösungskonzepte ermöglicht. Für Anlagenbesitzer bietet die Energiezukunft und die gezielte Bereitstellung von Flexibilität eine langfristige Perspektive“, erklärte Dr. Egon Westphal.

Das Energiesystem intelligent nutzen

Laut TenneT-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens konnte bei dem Testablauf gezeigt werden, dass der Flexibilitätseinsatz nicht auf Netzebenen beschränkt ist, sondern Flexibilität aus unteren Netzebenen auch zum Lösen von Engpass-situationen im Übertragungsnetz beitragen kann. Die Kopplung der Plattformen ermöglichte außerdem einen Abruf für dezentrale Flexibilität, insbesondere für jene, die in der Niederspannungsebene angebunden sind. Letztendlich ha-

be der Test einen Einblick ermöglicht, wie das Energiesystem zukünftig deutlich stärker vernetzt und damit intelligenter genutzt werden kann.

Für Professor Wolfgang Mauch, Geschäftsführer der FFE, war die Kopplung ein wichtiger Meilenstein: „Die Koordination und das Matching von Flexibilitätsangebot und -nachfrage im Netzgebiet des Altdorfer Flexmarkts hatten wir bereits erfolgreich demonstriert. In Zukunft wird das aber nicht ausreichen, denn die Netzebenen werden zusammenarbeiten und sich koordinieren müssen. Der Abruf der Anlagen in Altdorf und Arzberg für die Unterstützung der Stabilität im Netz hat erfolgreich gezeigt wie das künftig funktionieren kann. Dies ist ein ganz wichtiger Schritt, um unser Stromnetz fitter für den weiteren Lauf der Energiewende zu machen, wo die vielen dezentralen Anlagen die Aufgaben der Kraftwerke ergänzen werden.“

ALF, der Altdorfer Flexmarkt, wurde von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. in Kooperation mit der Bayernwerk Netz GmbH konzipiert, entwickelt und in der Region Altdorf erprobt. Über ALF kann im Verteilnetz vorhandene Flexibilität gesammelt und angeboten werden. Die Flexibilitätsplattform comax wurde von TenneT entwickelt und bietet in der Höchstspannungsebene auch die Möglichkeit, das Angebot und die Nachfrage von Flexibilität zusammenzubringen.

Durch die Kopplung der Plattformen wird das Flexibilitätsangebot, auf welches die jeweiligen Netzbetreiber für das Engpassmanagement zurückgreifen können, erweitert. Das Forschungsprojekt C/sells ist Teil des Förderprogramms „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende (SINTEG)“ des BMWi und wird vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. □

VDV-Jahrespressekonferenz:

Neustart der Verkehrswende

Auf coronabedingter Berg- und Talfahrt waren im vergangenen Jahr die Fahrgastzahlen im ÖPNV sowie im Nahverkehr auf der Schiene. Wie VDV-Präsident Ingo Wortmann bei der Vorstellung der Jahresbilanz 2020 hervorhob, stieg vor der Pandemie die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr um vier bis sechs Prozent. Dann kamen die Beschränkungen mit bis zu 80 Prozent weniger Kundinnen und Kunden.

Während der Lockerungen von Mai bis September erholte sich die Nachfrage wieder auf rund 80 Prozent, so Wortmann. „Ab dem erneuten Lockdown von Dezember bis heute sanken die Fahrgastzahlen dann unter 50 Prozent, aktuell sind es bundesweit im Schnitt 30 bis 40 Prozent“. Vor allem mehr Homeoffice und Kurzarbeit, geschlossene Schulen und Unis, weggebrochene Verkehre zu Freizeit- und Großveranstaltungen sowie ein Rückgang beim Tourismus führten zu dieser Entwicklung. Dennoch haben die Verkehrsunternehmen seit Beginn der Pandemie nahezu das volle Bus- und Bahnangebot bei etwa gleichen Kosten aufrechterhalten.

Sinnvoller Rettungsschirm

„Der von Bund und Ländern beschlossene Rettungsschirm hat uns vor dauerhaften wirtschaftlichen Schäden bewahrt“, erklärte der VDV-Präsident. Bis zu fünf Milliarden Euro wurden zur Verfügung gestellt. Nach Berechnungen des VDV werden diese noch bis zum Ende des ersten Quartals 2021 reichen. „Wir fahren weiterhin monatlich

Verluste in dreistelliger Millionenhöhe ein“, betonte Wortmann.

Weitere Einnahmeausfälle

Der VDV geht davon aus, dass es zwar ab Herbst einen deutlichen Anstieg der Fahrgastzahlen geben wird, bis Ende 2021 aber noch nicht wieder die sonst übliche Zahl an Fahrgästen befördert und weiterhin Verluste eingefahren werden. „Das heißt, dass wir mit der Politik zeitnah über einen erneuten Rettungsschirm sprechen müssen“, erläuterte der Präsident. Der VDV und seine Mitgliedsunternehmen kalkulieren mit weiteren Einnahmeausfällen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Nach Abzug der noch vorhandenen Mittel aus dem Rettungsschirm von 2020 bliebe ein zusätzlicher Bedarf von rund zwei Milliarden Euro.

Auf der Pressekonferenz forderte Wortmann zudem frischen Schwung für Modernisierung, Digitalisierung und Ausbau bei der Eisenbahn sowie einen Neustart der Verkehrswende. Zunächst gehe es jedoch darum, die Corona bedingten

Rückschläge für den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene wegzustecken. Allein für den Schienengüterverkehr lägen die Umsatzeinbußen bei rund 300 Millionen Euro.

Aufgrund der schwierigen, pandemiebedingten Umstände solle aber bisher Erreichtes nicht vergessen werden. „Ich möchte daran erinnern, dass in der aktuellen Legislaturperiode viel Gutes für die Stärkung der Schiene passiert ist“, unterstrich Wortmann: „Der Bund hat im Verkehrssektor einen Paradigmenwechsel eingeleitet, um mehr Beförderung und Transport auf der Schiene mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele zu ermöglichen.“ Doch krisenbedingt sei dazu im vergangenen Jahr kaum Zeit gewesen.

Neu- und Ausbau des Eisenbahnnetzes

Die seitens der EU und des Bundes politisch geforderten Zuwächse auf der Schiene setzen aus seiner Sicht deutlich wachsende Kapazitäten im Eisenbahnnetz voraus. Die finanziellen Mittel für den Neu- und Ausbau des Eisenbahnnetzes reichten jedoch nicht aus, um die Maßnahmen des dafür maßgeblichen Bundesverkehrswegeplans 2030 fristgemäß realisieren zu können, eine Voraussetzung für die gewünschte Verkehrsverlagerung.

Wortmann zufolge sind im

Masterplan Schienenverkehr zwölf prioritäre Projekte festgeschrieben, die möglichst zügig umgesetzt werden müssen. Hierzu sei eine Erhöhung der Haushaltsmittel für Neu- und Ausbaumaßnahmen auf jährlich drei Milliarden Euro in der kommenden Legislaturperiode erforderlich. Mittelfristig, in der zweiten Hälfte der 2020er Jahre, sei eine weitere Erhöhung auf vier Milliarden Euro jährlich nötig, um die Ziele zu erreichen.

Zu den prioritären Großvorhaben, „besonders dringlich zur Realisierung des Deutschlandtakts und zur Beseitigung von Engpässen mit netzweiter Wirkung“, zählten u.a.: NBS (Neubaustrecke) Würzburg – Nürnberg; ABS (Ausbaustrecke)/NBS Hanau – Würzburg/Fulda – Erfurt; ABS Hof – Marktredwitz – Regensburg – Obertraubling (Ostkorridor Süd); ABS Burgsinn – Gemünden – Würzburg – Nürnberg sowie Großknoten Frankfurt am Main/Hamburg/Hannover/Köln/Mannheim/München.

Zahl der Fahrgäste verdoppeln

„Deutschland und Europa brauchen mit Blick auf die zunehmenden klimapolitischen Herausforderungen eine starke Eisenbahn. Der Grundstein dafür wurde in dieser Legislaturperiode durch wichtige Entscheidungen des Bundes gelegt“, machte der Präsident deutlich. So sei das Ziel formuliert worden, in diesem Jahrzehnt die Zahl der Fahrgäste im Nah- und Fernverkehr zu verdoppeln und den Marktanteil des Schienengüterverkehrs auf mindestens 25 Prozent zu erhöhen. Dafür müsse die nächste Bundesregierung aus Sicht der Branche an folgenden Punkten ansetzen:

1. Infrastruktur ausbauen, d.h. unter anderem die Mittelerhöhung für den Neu- und Ausbau des Schienennetzes spätestens ab Mitte der Legislaturperiode auf mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr erhöhen sowie langfristige Absicherung mittels eines Bahninfrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild.
2. Das Bahnsystem auf den Stand der Technik bringen, sprich unter anderem das Bundes schienennetz bis 2035 digitalisieren sowie die Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung forcieren.
3. Der Bund muss weg vom Prinzip „Straße finanziert nur Straße“. Mit dem Aufkommen aus der Lkw-Maut, mit dem Abbau klimaschädlicher Subventionen und mit CO₂-Abgaben lässt sich das höhere Tempo bei der Mobilitätswende finanzieren. Dazu gehört auch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen.

Konkrete Maßnahmen

Dafür gilt es laut Wortmann, die Bahnen von der Stromsteuer zu befreien, die EEG-Umlage für elektrisch betriebene Züge zu senken, einen Rahmen für zukunftsfähige Einzelwagenverkehre zu setzen und die Entgelte für die Infrastrukturnutzung im Personen- und Güterverkehr dauerhaft zu reduzieren. „Gebühren, die als Sonderlast nur den Eisenbahnsektor treffen, müssen abgeschafft werden“, so der VDV-Präsident. **DK**

fentlichen Nahverkehr zusammengehalten 17 Prozent der Befragten für nicht ausreichend. Von ihnen wünscht sich wiederum ein gutes Drittel, dass die Abstände in den Zügen besser eingehalten werden können, ein knappes Drittel fordert bessere Kontrollen der Fahrgäste. Die große Mehrheit der Befragten (69 Prozent) hält die Schutzmaßnahmen im öffentlichen Nahverkehr dagegen für angemessen. **□**



V.l.: Landrat Matthias Dießl, Ester Bürgermeister Kurt Krömer, Michael Lang vom Ingenieurbüro Lippert. Bild: Andreas Brettreich

Dynamische Fahrgastinformation für mehr Service in Stein

Wann kommt der nächste Bus? Und wie komme ich am schnellsten ans Ziel? Diese Fragen, die sich Fahrgäste tagtäglich stellen, können zukünftig mittels einer digitalen Anzeige bzw. Echtzeitinformation an zahlreichen Steiner Bushaltestellen beantwortet werden. Die Umsetzung dieser sogenannten Dynamischen Fahrgastinformation (DFI) ist nun nahezu abgeschlossen.

Die moderne Technik erlaubt es, immer und verlässlich die aktuellen Abfahrtszeiten zu übermitteln, auch wenn Stau, Großbaustelle oder kurzzeitige Umleitung die Fahrt beeinflussen. Auch an der Bushaltestelle in der Steiner Albertus-Magnus-Straße gibt es nun eine dieser DFIs.

Freude bei Krömer und Dießl

Erster Bürgermeister Kurt Krömer und Landrat Matthias Dießl machten sich vor Ort ein Bild davon. „Die Stadt Stein war die einzige Kommune im Landkreis Fürth, die sich an dem Bundesförderprogramm beteiligt hat, da dieses Programm für die Großstädte direkt und angrenzenden Nachbargemeinden aufgelegt wurde. Insgesamt 13 Haltepunkte in Stein wurden nun mit dynamischen Fahr-

gastinformationen ausgestattet, die es unseren Fahrgästen ermöglichen, die tatsächlichen Abfahrtszeiten aller dort verkehrenden Bus-Linien auf einen Blick abzulesen. Hierfür ein großes Dankeschön an den Landkreis Fürth und alle an der Realisierung der DFI's beteiligten Behörden und Unternehmen“, so Steins Bürgermeister Kurt Krömer.

Auch Landrat Dießl freute sich über die Neuerung: „Ich freue mich, dass die Stadt Stein jetzt im Rahmen des Programmes „Saubere Luft“ flächendeckend im Stadtgebiet DFI-Anlagen installiert hat. Der Landkreis hat mit dem zentralen System die Grundlage geschaffen und wir werden das auch nochmal weiter ergänzen. Die Haltestellen Stein-Kirche und Gymnasium Stein kommen in der nächsten Zeit auch noch mit dazu.“ **□**

MVGO macht Mobilität in München noch einfacher

Das ist der Startschuss für noch einfachere Mobilität in München: Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) hat die erste Version ihrer neuen App MVGO gelauncht. Sie steht ab sofort in den App-Stores zur Verfügung.

Die MVG und der litauische Technologieanbieter Trafi, mit dem die App gemeinsam entwickelt wird, laden alle Münchnerinnen und Münchner ein, die Pilot-Version der App jetzt herunterzuladen und zu testen. Die Entwickler freuen sich auf Feedback.

Rundum mobil mit einer App

Die MVGO bietet den Nutzerinnen und Nutzern künftig einen zentralen Zugang zu einer Vielzahl von Mobilitätsdiensten. Egal, ob es sich um öffentliche Verkehrsmittel oder private Sharing-Anbieter handelt, MLogo inklusive. Denn der Schlüssel zur Lösung von Münchens Verkehrsproblemen liegt im Umstieg vom privaten PKW auf den öffentlichen geteilten Verkehr samt smarter Verknüpfung.

Startaufstellung mit ÖPNV, Voi, TIER und Emmy

Zum Start ist in MVGO – neben dem ÖPNV mit Echtzeitdaten – ein Sortiment an MVV-Tickets sowie die direkte Fahrtbuchung von E-Scootern und EMopeds bei den Anbietern Voi, TIER und Emmy verfügbar. Das Mietradsystem MVG Rad kommt in Kürze dazu. Weitere Angebote zusätzlicher Mobilitätspartner werden schrittweise folgen. Dank Tiefenintegration der Anbieter erfolgt auch die Rückgabe des Fahrzeugs und die Abwicklung der Zahlung direkt aus der App heraus. **□**

Pilotprojekt – weiterer Ausbau geplant

MVGO ist in den App-Stores von Apple und Google erhältlich. Noch befindet sich die App in der Pilotphase. Sie wird Schritt für Schritt weiterentwickelt. Martin Sauer, MVG-Projektleiter, betont: „MVGO ist ein lebendiges Produkt, das sich ständig verbessern wird. Wir freuen uns darauf, die App immer weiter zu entwickeln, weitere Anbieter zu integrieren und uns dabei immer eng an den Erfahrungen und Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer zu orientieren.“

Zusammenarbeit mit Trafi

Hinter MVGO steckt eine Software-Plattform des 2013 gegründeten litauischen Unternehmens Trafi. Als weltweit führender Anbieter entwickelt Trafi in Zusammenarbeit mit Städten hochwertige „Mobility-as-a-Service“ (MaaS)-Lösungen. Das Unternehmen will den Stadtverkehr weltweit revolutionieren, indem es mit Städten, Ländern und Unternehmen auf der ganzen Welt zusammenarbeitet, um die besten MaaS-Lösungen zu schaffen. Trafi bietet mit seiner Software die Möglichkeit, alle Mobilitätsanbieter auf einer einzigen Plattform zu bündeln, auf der die Nutzer Routen prüfen und ihre Fahrten buchen können.

Trafi ist derzeit mit seinen MaaS-Lösungen in sieben Städten auf vier Kontinenten aktiv. **□**

Umfrage zum Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern:

Nutzung sinkt, Zufriedenheit steigt

Die Zufriedenheit mit dem Schienenpersonennahverkehr in Bayern erreichte 2020 neue Höchstwerte. Dagegen sank die Nutzung von Regionalzügen und S-Bahnen wegen der Corona-Pandemie deutlich. Das ergab eine repräsentative Umfrage der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahn-Verkehr im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert. Die Umfrage wurde im Herbst 2020 vom Marktforschungsinstitut Ipsos durchgeführt und umfasste 3.000 telefonische Interviews mit Personen ab 14 Jahren, die ihren Wohnsitz in Bayern haben.

Besonders geschätzt wird der Schienenpersonennahverkehr als umweltfreundliches Verkehrsmittel: 79 Prozent stimmen dieser Eigenschaft zu. Auch die angenehme Reisequalität lobt eine Mehrheit der Befragten (58 Prozent). 34 Prozent gaben an, dass sich die Qualität des Regional- und S-Bahn-Verkehrs in den vergangenen Jahren verbessert habe. Eine Verschlechterung sahen lediglich 15 Prozent. Das ist die beste Bewertung seit Beginn der regelmäßigen Umfrage im Jahr 2005.

Diese Entwicklung fand allerdings vor dem Hintergrund deutlich sinkender Fahrgastzahlen statt. Die Corona-Pandemie hat den langjährigen Positivtrend unterbrochen: Die Nutzungsintensität fiel 2020 ungefähr auf das Niveau von 2013 zurück. Der Anteil der Befragten, die nie oder sehr selten mit Regionalzügen und S-Bahnen fahren, stieg erstmals seit drei Jahren wieder auf über die Hälfte (52 Prozent). Dagegen sank der Anteil der Menschen, die den Schienenpersonennahverkehr mindestens einmal pro Monat nutzen auf 27 Prozent – ein Minus von sieben Prozentpunkten gegenüber 2019.

Große Mehrheit der Fahrgäste will nach Corona wieder zurückkehren

Ein Großteil der Fahrgäste (90 Prozent), die den Schienenpersonennahverkehr wegen der Corona-Pandemie weniger nutzen, wollen nach dem Ende der Pandemie wieder häufiger mit S-Bahnen und Regionalzügen

fahren. Ein Fünftel plant parallel zur Rückkehr zum Schienenpersonennahverkehr, andere Verkehrsmittel auch weiterhin etwas stärker zu nutzen als vor der Pandemie. Neun Prozent waren im Herbst 2020 der Meinung, dass sie auch dann seltener mit dem Schienenpersonennahverkehr fahren würden, wenn Corona keine Gefahr mehr darstellt.

Lücken im Fahrplan beseitigen

„Die wachsende Zufriedenheit der Fahrgäste ist ein ermutigendes Zeichen für die Zukunft“, kommentiert BEG-Geschäftsführerin Bärbel Fuchs die Ergebnisse der Umfrage. „Gleichzeitig steht der Schienenpersonennahverkehr durch Corona vor großen Herausforderungen. Wir werden gemeinsam mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen alles dafür tun, dass die Fahrgäste nach dem Ende der Pandemie wieder möglichst zahlreich zurückkehren und wir an die positive Entwicklung vor Corona anknüpfen können. Unter anderem werden wir Lücken im Fahrplan schrittweise beseitigen und das stündliche Grundangebot vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf weiteren Strecken einführen.“

Die große Mehrheit der Fahrgäste im bayerischen Regional- und S-Bahn-Verkehr befürwortet die Corona-Schutzmaßnahmen und hält sich auch an die entsprechenden Regeln. Besonders hoch ist die Zustimmung zum Mund-Nasen-Schutz, sowohl in Zügen als auch an den Stationen. 87 Prozent aller Befragten halten

diese Maßnahme für geeignet, um die Ansteckungsgefahr durch das Corona-Virus im Schienenpersonennahverkehr zu minimieren. Da die Umfrage im Herbst 2020 durchgeführt wurde, beziehen sich die Aussagen auf jegliche Form der Mund-Nasen-Bedeckung und nicht auf die seit 18. Januar geltende Verpflichtung zum Tragen einer FFP2-Maske.

Verantwortungsbewusste Fahrgäste

92 Prozent der Befragten, die mindestens ein paar Mal im Jahr den SPNV nutzen, geben an, dass sie selbst die Schutzmaßnahmen befolgen, um sowohl ihr eigenes Ansteckungsrisiko zu senken als auch andere nicht zu gefährden. Lediglich 3 Prozent lehnen diese Verantwortung ab. „Das deckt sich mit unserer Erfahrung und derjenigen der Eisenbahnverkehrsunternehmen“, sagt Bärbel Fuchs, Geschäftsführerin der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. „Lediglich eine verschwindend kleine Minderheit der Fahrgäste in den Zügen trägt keinen Mund-Nasen-Schutz. Positiv ist für uns die Erkenntnis aus der Umfrage, dass die Menschen die Masken ganz überwiegend aus freien Stücken tragen, weil sie von deren Sinnhaftigkeit überzeugt sind; und nicht, weil Strafen drohen.“

Reinigung, automatische Türöffnung, Abstand

Ähnlich hohe Zustimmungswerte wie der Mund-Nasen-Schutz erhält das kontaktlose automatische Öffnen der Türen an den Stationen, soweit dies technisch möglich ist: 85 Prozent aller Befragten sind davon überzeugt, dass diese Maßnahme sinnvoll ist. Die häufige Reinigung von Kontaktflächen in den Zügen und an den Stationen halten 78 Prozent aller Befragten für geeignet.

Alle Schutzmaßnahmen im öf-

Henne nimmt komplettes Goupil Programm ins Portfolio auf:

100 % elektrische Nutzfahrzeuge

Der Nutzfahrzeugexperte Henne übernimmt als Premiumpartner die Vertretung für die Elektrotransporter des französischen Herstellers Goupil. Ab sofort steht am Standort Heimstetten das neueste Fahrzeug der Modellreihe G6 für Probefahrten bereit. Henne schließt damit die Lücke, die der eingestellte StreetScooter der Deutschen Post hinterlässt.

Die effizienten Nutzfahrzeuge der vollelektrisch angetriebenen Transporter. Die Modellpalette überzeugt einen gro-

ßen Kreis von Anwendern durch vielseitige Aufbaumöglichkeiten, geringe Betriebskosten und moderne Antriebs- und Batterietechnik.

Als Goupil Premiumpartner betreut Henne seine Kunden exklusiv rund um die Themen Beratung, Kauf, Service, Ersatzteile und Förderung.

Vielfältig unter Strom

Ob Garten- und Landschaftsbau, öffentlicher Dienst oder Baugewerbe – Henne bietet mit dem modularen Fahrzeugkonzept von Goupil nachhaltige Mobilitätslösungen für verschiedene Branchen.

Die 100% elektrischen Nutzfahrzeuge sind dank integrierter Ladeinfrastruktur überall aufladbar und können mit An- und Aufbauten für unterschiedlichste Einsatzbereiche ausgerüstet werden.

Goupil G6 – wirtschaftlicher Leistungsträger

In der Nutzfahrzeugklasse bis 3,5 Tonnen bietet Henne den Elektrotransporter G6 exklusiv als Goupil Premiumpartner an. Der G6 ist mit einer Brutto Nutzlast von bis zu 1,2 Tonnen, einer Mindestreichweite von 110 km und einer Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h ideal für vielfältige Aufgaben von



Goupil Modellpalette: v.l. G2, G4, G6 Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Technische Verstärkung für den Bauhof

Fast wie an Weihnachten fühlten sich die Bürgermeister und Bauhofmitarbeiter der Gemeinde Auerbach. Ausgeliefert wurde der neue Unimog, der künftig für geräumte Straßen, Sauberkeit und Ordnung in der Gemeinde sorgen soll.

Die Firma Beuthauser liefert einen neuen Unimog U427 an den gemeindlichen Bauhof aus. Dies freute neben Bürgermeister Gerhard Weber auch die Bürgermeisterkollegen Christoph Spann und Franz Strasser sowie die Mitarbeiter des Bauhofes, Manfred Kraus, Franz Süß und Helmut Maier.

Das 272 PS starke Gefährt verfügt über eine Winterdiensthydraulikanlage, zusätzlich für die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern, über einen Abbiegeassistenten, ein automatisiertes EAS-Getriebe, einem neuen Schmidt-Schneepflug und einem Edelstahl-Streuer von Bucher Municipal. Mit diesem neuen Gefährt können alle allgemeinen kommunalen Aufgaben erledigt werden, erklärte Bürgermeister Gerhard Weber. Mit seinen sechs Zylindern hat der neue Unimog auch deutlich mehr Kraft und kann so die stei-

len Straßen zu den höhergelegenen Ortschaften besser räumen und den Vorgänger, das mittlerweile 20 Jahre alte Gemeindefahrzeug, entlasten. □



Pascal Ulrich überreichte zusammen mit Kollege Ewald Schiehandl an Bürgermeister Gerhard Weber mit Bürgermeisterkollegen Christoph Spann und Franz Strasser einen Mini-Unimog. Die Herren des Bauhofes freuen sich über das Original-Fahrzeug. Text + Bild: Bianca Nickl

Stadt Altötting:

Freie Fahrt auf allen Fahrradwegen!

Die Stadt Altötting ersetzte ein älteres Fahrzeug durch einen neuen, universellen Geräteträger aus dem Hause Hansa-Maschinenbau. Der APZ 1003 wurde mit einem vollwertigen IceFighter® Solestreuer (Flüssigkeitsstreuer FS 100) von ecotech sowie einem Keil-Vario-Pflug der Firma KIF GmbH ausgestattet. Der IceFighter® wurde individuell an die Achslasten des Hansas angepasst und ist aus hochwertigen Komponenten gefertigt. Dank der verwendeten Sole werden Splitteinkehr- und Splittbeseitigungskosten verhindert und die Feinstaubbelastung in der Stadt stark reduziert. Der Hansa sorgt so im Winter für freie Geh- und Fahrradwege.

Im Sommer wird der Aufbau des Kraftstoffverbrauchs mittels einer Load-Sensing-Arbeitshydraulik, das GIT-Drive-System sowie die Dieselvorbereitung bewiesen, wofür großen Wert die Firma HANSA-Maschinenbau auf den Umweltschutz legt. Auslieferung an die Stadt Altötting und auch die Wartung erfolgt durch Henne Nutzfahrzeuge. CH

des Kraftstoffverbrauchs mittels einer Load-Sensing-Arbeitshydraulik, das GIT-Drive-System sowie die Dieselvorbereitung bewiesen, wofür großen Wert die Firma HANSA-Maschinenbau auf den Umweltschutz legt. Auslieferung an die Stadt Altötting und auch die Wartung erfolgt durch Henne Nutzfahrzeuge. CH



V.l. Klaus Balda, Henne Nutzfahrzeuge, Bauhofleiter Simon Estermeier, Hansa-Fahrer Jürgen Wiedl und ein weiterer Bauhofmitarbeiter. Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Die Zukunft der Wälder

Kaniber gibt Startschuss für landesweite Erhebung

Wälder in Bayern werden seit 1986 alle drei Jahre von den Forstverwaltungen auf Verbiss-Spuren untersucht.

Forstministerin Michaela Kaniber startete die Aktion gemeinsam mit Josef Ziegler, Präsident des Waldbesitzerverbands, Ernst Weidenbusch, Präsident des Jagdverbands, Walter Heidl, Präsident des Bauernverbands und Albrecht Fürst zu Oettingen-Spielberg, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst.

An 22.000 Aufnahmeorten werden Daten erhoben und fließen dann in die „Forstlichen Gutachten zur Situation der Waldverjüngung“ ein. Anhand dieser Zahlen wird bewertet, ob in den landesweit 750 Hegegemeinschaften der Verbiss für den Wald tragbar ist.

„Die Forstlichen Gutachten sind unverzichtbar, denn sie zeigen objektiv und transparent, wo Wald und Wild im Einklang stehen und wo es noch Handlungsbedarf gibt“, sagte Forstministerin Kaniber. □

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik Hydrostatischer Fahrtrieb

Bedeutung

Ein hydrostatischer Fahrtrieb kommt in Nutzfahrzeugen und Baumaschinen zum Einsatz. Mit Hilfe einer Hydraulikpumpe in Verbindung mit einem oder mehreren Hydraulikmotoren kann unter anderem durch die Veränderung des Förderstroms die Fahrgeschwindigkeit stufenlos verändert werden.

Funktionsweise

Der hydrostatische Fahrtrieb besteht aus zwei Einheiten, der Hydraulikpumpe und dem Hydraulikmotor. Die von der Hydraulikpumpe umgewandelte mechanische Leistung wird über Hydraulikleitungen an den Hydraulikmotor geleitet. Dort erfolgt die Rückwandlung in mechanische Bewegungsenergie. Über die stufenlose Regelung des Ölflusses zwischen Hydraulikpumpe und Hydraulikmotor lässt sich die Leistung unabhängig von der Drehzahl des mechanischen Motors regeln.

Einsatzbereiche

Vor allem als Antriebsalternative bei Nutzfahrzeugen und Geräteträgern sowie als Hauptantrieb bei Baumaschinen kommt der hydrostatische Fahrtrieb zum Einsatz. Durch die stufenlose Geschwindigkeitsregelung lassen sich auch

komplexe Arbeitsvorgänge vereinfachen, weil keine Schaltvorgänge mehr erforderlich sind. Baumaschinen wie Bagger oder Radlader verfügen oft ausschließlich über einen hydrostatischen Fahrtrieb. Geräteträger wie zum Beispiel der Unimog werden zusätzlich zum konventionellen Antrieb mit einem hydraulischen Hilfsantrieb ausgestattet. Durch die Kombination beider Antriebsmethoden bei einem Unimog wird auch die Nutzung der jeweiligen Vorteile ermöglicht. So lassen sich zum Beispiel mehrteilige Arbeitsgänge bei der Straßenrandpflege mit dem hydrostatischen Fahrtrieb im Ein-Mann-Betrieb darstellen. Mit dem gleichen Unimog sind durch den konventionellen Fahrtrieb aber ebenso schnelle Transportfahrten uneingeschränkt möglich.

Vorteile

- Stufenlose Geschwindigkeitsregelung, unabhängig von der Motordrehzahl
- Vereinfachung der Bedienkomplexität bei mehrteiligen Tätigkeiten wie z.B. Mäharbeiten

Nachteile

- Geringerer Wirkungsgrad im Vergleich zum mechanischen Getriebe
- Begrenzte Höchstgeschwindigkeit □

Kommunen, Handwerkern und Logistikern geeignet.

Goupil G4 und G2 runden das Angebot ab

Der Allrounder G4 ist für fle-

xible Aufbauten und den Stop & Go Betrieb konzipiert. Das kleinste Modell, G2, ist besonders wendig und für den Einsatz Outdoor und sogar Indoor geeignet.

Klare Vorteile eines Elektrofahrzeugs sind die langlebige An-

triebstechnik sowie deutlich geringere Betriebs- und Instandhaltungskosten als bei einem vergleichbaren Verbrenner.

Dazu kommen umfangreiche Fördermöglichkeiten für den Umstieg auf Elektromobilität. □



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Schlüsselübergabe an den Bauhof der Gemeinde Tiefenbach.

Bild: Astrid Kerpen, Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG

Tiefenbach:

Unimog mit 3-Seiten-Kipper

Kurz vor Weihnachten gab es noch ein besonderes Geschenk für die Gemeinde Tiefenbach im Landkreis Passau, genauer gesagt für den örtlichen Bauhof. Pascal Ulrich, Verkaufsberater bei Beutlhauser, lieferte pünktlich für den Winterdienstseinsatz 2021 einen neuen Mercedes Benz Unimog U 219 an Bauhofleiter Alfons Erner und seine Mannschaft aus. Der neue Unimog ersetzt einen 14 Jahre alten U 290.

Wegen der genormten Anbauplatte des Unimogs können die bisherigen Winterdienstgeräte problemlos übernommen werden.

Das 190-PS-starke Fahrzeug wird neben dem Winterdienst überwiegend für Transporte benötigt. Deshalb hat sich der Bauhof Tiefenbach zusätzlich für eine Stahlbrücke entschieden.

Der 3-Seiten-Kipper aus dem Hause Hecke ist eine Sonderanfertigung und ist durch seine Konstruktion besonders robust und stabil. Bei der Übergabe war auch Bürgermeister Christian Fürst mit dabei und unter Einhaltung aller Hygiene- und Sicherheitsregeln gab es im Anschluss noch eine technische Einweisung. □

Parkbänke von AWAG:

Komfortabel und langlebig

Auch im Jahr 2021 werden sich die Menschen in den Städten wieder verstärkt im Freien aufhalten. Kontaktbeschränkungen und Abstandsregeln laden geradezu ein, sich im öffentlichen Raum zu treffen. Die Gestaltung der Innenstädte bietet die Chance, diese frequentierten Plätze zum beliebten Treffpunkt für alle Generationen zu machen.

Bürger und Bürgerinnen sollen sich trotz Einschränkungen wohlfühlen und gerne hier leben. Gästen soll die Stadt oder Region in guter Erinnerung bleiben. Parkbänke in Grünanlagen, Fußgängerzonen oder auf Stadtplätzen sind aus den Innenstädten nicht mehr wegzudenken. Auch auf dem Firmengelände bieten Unternehmen den Mitarbeitern Sitzgelegenheiten an, um die Mittagspause im Freien verbringen zu können. Nicht zuletzt stellt der demographische Wandel Planer und Entscheider vor neue Herausforderungen.

Sitzbänke von AWAG Fahnen und Fahnenmasten bestechen durch ein optisch ansprechendes Design und robuste, langlebige Ausführung. Speziell für die ältere Generation konzipierte Senioren-Bänke haben sich vor allem in Seniorenwohnanlagen, im Krankenhauspark und in Kurzentren etabliert und bewährt.

Farbechtheit und Korrosionsschutz

Seniorenbänke haben eine erhöhte Sitzposition und einen optimalen Sitzwinkel. Breite Armlehnen geben Halt, Fußauflagen dienen zur Entlastung und Erholung müder Beine. Die Seniorenbank KOMI-Plus Lift besitzt zudem eine integrierte Gasrucksfeder, die zusätzlich beim Hinsetzen und Aufstehen unterstützt. Parkbank-Serien kombinieren

herkömmliche Parkbänke und spezielle Seniorenbänke und ergeben so ein einheitliches Stadtbild. Alle Parkbänke werden aus verzinktem Stahl gefertigt, der in Standard-RAL-Farben pulverbeschichtet wird. Farbechtheit und besonders langer Korrosionsschutz sind dadurch gewährleistet. Die Farbe lässt sich auf das Raumkonzept anpassen und die Sitzbänke fügen sich harmonisch in die Umgebung ein. Sitzflächen und Rückenlehnen aus witterungsbeständigem Hartholz geben ein natürliches Erscheinungsbild. Um den Reinigungs- und Pflegeaufwand für kommunale Bauhöfe und Hausmeister auf ein Minimum zu reduzieren und Sitzgruppen über Jahre nutzen zu können bietet AWAG beispielsweise mit der Serie ELEA Bänke komplett aus Stahl an. Die Stahlrahmen sind besonders robust, Sitzflächen und Rückenlehnen werden aus nahezu vandalismussicherem Drahtgitter gefertigt. Dies garantiert eine lange Nutzungsdauer bei geringem Wartungseinsatz, selbst bei hoher Nutzungsintensität.

Die mehr als 25-jährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Kommunen und Unternehmen spornt AWAG immer wieder an, auch in schwierigen Zeiten stets die besten Produkte für Kunden anzubieten und mit einem umfassenden Portfolio alle Bereiche des kommunalen Bedarfs abzudecken. □



Seniorenbank KOMFORT-Plus

Bild: AWAG



Weigendorfer Bauhof nimmt den Unimog in Empfang.

Bild: Astrid Kerpen, Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG

Weigendorf:

Kommunalfahrzeug mit neuester Umwelttechnologie

Ein freudiges Ereignis gab es gleich zum Jahresanfang in der Gemeinde Weigendorf im Oberpfälzer Landkreis Amberg-Weizbach. Nach 13 Jahren wurde das kommunale Einsatzfahrzeug am Bauhof ausgetauscht. Bis vor kurzem war noch ein Mercedes Benz U 300 im Winterdienstseinsatz und für Transportaufgaben zuständig, ab sofort ist das Team vom Bauhof mit einem U 319 unterwegs.

Die bereits vorhandenen Winterdienstgeräte, wie Streuer und Pflug, passen auch für den neuen Unimog und mussten daher nicht extra beschafft werden. Ein weiterer großer Pluspunkt ist die Schadstoffklasse. Mit der Abgasnorm Euro 6 des U 319 ist man am Weigendorfer Bauhof auch gleichzeitig mit der neuesten Um-

welttechnologie jetzt ausgestattet. Das Fahrzeug wurde an Bürgermeister Reiner Pickl und der Mannschaft vom örtlichen Bauhof von Beutlhauser-Verkaufsberater Jürgen Rieger übergeben. Die technische Einweisung des 190-PS-starken Fahrzeuges übernahm im Anschluss Ewald Schiehandl von Beutlhauser. □

Umsetzung der EU-Richtlinie für emissionsarme Fahrzeuge:

Kommunen nicht überfordern

Das Bundeskabinett hat über den Regierungsentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Förderung sauberer und emissionsfreier Straßenfahrzeuge in den Kommunen beraten. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) begrüßen die Richtlinie als wichtigen Impuls für den Einsatz alternativer Antriebe in kommunalen Fuhrparks sowie bei ÖPNV-Linienbussen und plädieren im Sinne der Kosteneffizienz und wirksamer Einsatzmöglichkeiten für eine größtmögliche Flexibilität für öffentliche Auftraggeber und eine deutschlandweite Quote.

Die Verbände hätten sich im aktuellen Entwurf eine Klarstellung gewünscht, dass die Quote auf Bundesebene summiert und damit gemeinsam erreicht werden kann, statt diese für jede einzelne Beschaffung vorzu-

schreiben. Dies führe letztlich bei den öffentlichen Auftraggebern zu einem zusätzlichen und erhöhten administrativen Aufwand. Dazu sagten die Präsidenten Oberbürgermeister Burkhard Jung (Deutscher Städtetag),

BMI und BBSR geben Förderaufruf bekannt

Projekte zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel gesucht.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) haben am 15. Januar 2021 den Förderaufruf des Bundesprogramms „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ bekannt gegeben.

Städte und Gemeinden sind zur Einreichung beispielgebender Projekte aufgerufen, die öffentlich zugängliche Grün- und Freiräume wie Parks und Gärten erhalten und entwickeln – und damit zu Klimaschutz und Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel beitragen.

Förderfähig sind sowohl investive wie auch investitionsvorbereitende, begleitende und konzeptionelle Maßnahmen zur Stärkung der Vitalität und Funktionsvielfalt von städtischen Grün- und Freiräumen. Voraussetzung für eine Förderung ist eine hohe fachliche Qualität, ein überdurchschnittliches Investitionsvolumen oder ein hohes Innovationspotenzial der Maßnahmen.

„Parks, Gärten und andere Grünanlagen sind den Folgen des Klimawandels ausgesetzt, beispielsweise sommerlicher Trockenheit. Gleichzeitig verringern sie im Sommer die Hitze in der Stadt und sorgen dafür, dass Wasser bei extremem Regen schnell versickert“, sagt der Leiter des BBSR, Dr. Markus Eltges. „Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass Grünräume sehr wichtig für gesunde, lebendige und lebenswerte Wohnorte sind. Ihre vielen Funktionen gilt es in den Projekten mitzudenken.“

15. März 2021

Das Programm wird aus dem Energie- und Klimafonds des Bundes finanziert. Bundesmittel stehen in den Jahren 2021 bis 2024 bereit. Kommunen sind aufgerufen, bis zum 15. März 2021 Projektvorschläge beim BBSR einzureichen. Alle Informationen zur Förderung und zum Bewerbungsverfahren können Interessierte online hier abrufen: www.bbsr.bund.de/klima-raeume □



Nach 18 Jahren bekommt der Bauhof einen neuen Unimog.

Bild: Astrid Kerpen, Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG

Windischeschenbach:

U 219 weckt Erinnerungen

Als zum Jahresanfang der neue Mercedes Benz Unimog U 219 an die Stadt Windischeschenbach übergeben wurde, war nicht nur die Freude am Bauhof sehr groß, sondern die Übergabe weckte Erinnerungen beim Beutlhauser Verkaufsberater Jürgen Rieger. Denn der neue U 219 ersetzt den bisherigen U 300. Der U 300 war das erste von Herrn Rieger verkaufte Fahrzeug, als dieser 2003 bei Beutlhauser als Neufahrzeugverkäufer für Unimog begann.

Das neue Einsatzfahrzeug des Bauhofes hat mit 190 PS mehr Leistung und ist auch effizienter als sein Vorgänger.

Winterdiensttausrüstung von Bucher Municipal

Dank seiner kompakten Abmessungen ist der Unimog noch wendiger und für seinen Haupt-

seinsatz im Winterdienst bestens geeignet. Ausgeliefert wurde das Universalmotorgerät mit einem Schneepflug und einem Streuer von der Firma Bucher Municipal. Die technische Einweisung für Fahrzeug und Geräte übernahm am Nachmittag dann Vorführer Ewald Schiehandl von Beutlhauser für das „orange Team“ von Bauhofleiter Andreas Bogner. □

aller Voraussicht nach sogar übererfüllt“, so Jung, Sager, Spiegler, Ebling und Wortmann. Gerade ländliche Gebiete dürften jetzt nicht überstrapaziert werden. „Deshalb brauchen wir eine deutschlandweite Quote, die es ermöglicht, die Kräfte dort zu bündeln, wo es finanziell und ökologisch am sinnvollsten ist. Zudem bedarf es ausreichender Fördermittel, um den Systemwechsel in den Kommunen zu unterstützen.“

Hintergrund

Die sogenannte Clean-Vehicles-Richtlinie der EU definiert Mindestziele für die öffentliche Auftragsvergabe, indem sie Quoten für die Beschaffung von sauberen sowie emissionsfreien Fahrzeugen vorschreibt. Demnach müssen beispielsweise in Deutschland ab August 2021 mindestens 45 Prozent aller neu anzuschaffenden Linienbusse „saubere“ Fahrzeuge im Sinne der Richtlinie sein, für Lkw gilt eine Quote von 10 Prozent. Ab Jahresbeginn 2026 gelten 65 Prozent für Busse und 15 Prozent für Lkw. Für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge gelten von August 2021 an ohne Abstufung 38,5 Prozent. Die Hälfte davon muss wiederum komplett emissionsfreie Antriebe haben. Umzusetzen sind die Vorgaben von öffentlichen Auftraggebern, Gebietskörperschaften oder zentralen Regierungsbehörden sowie in bestimmten Fällen öffentlichen und privaten Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung, der Postdienste, der Verkehrsleistungen in der Bereitstellung oder dem Betreiben von Netzen zur Versorgung oder der Allgemeinheit mit Verkehrsleistungen. □

Flexible Lösung

Wenn jeder kommunale Auftraggeber gesetzlich verpflichtet würde, die Quote individuell zu erfüllen, drohten möglicherweise Einschränkungen im ÖPNV-Angebot oder Tarifierhöhungen. „Dies widerspräche den Zielen des Klimaschutzes und gleichwertiger Lebensverhältnisse und widerspräche einem sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel“, so die fünf Präsidenten. Die von der EU vorgegebene nationale Quote an sauberen und emissionsfreien Fahrzeugen werde auch mit einer flexiblen Lösung erreicht. „In den Ballungszentren wird der Anteil der Elektromobilität stark ansteigen. Mit ausreichenden Fördermitteln werden die Quoten

Mehr Naturschutz im Wald

Verbesserte Fördermöglichkeiten im Vertragsnaturschutz

Der Freistaat wird private und kommunale Waldbesitzer künftig bei der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im Wald noch besser unterstützen. Im Jahr 2020 haben bereits über 1.900 Waldbesitzer am Programm teilgenommen und eine Förderung in Höhe von rund 8,4 Millionen Euro erhalten. Das Vertragsnaturschutzprogramm Wald honoriert freiwillige Leistungen von Waldbesitzern bei der Bewirtschaftung ihrer Wälder, beispielsweise der Erhalt wertvoller Strukturen wie Horst- oder Höhlenbäume oder Totholz.

Die Antragstellung ist bis zum 31. Mai 2021 möglich. Nähere Informationen erhalten private und kommunale Waldbesitzer bei den unteren Naturschutzbehörden sowie den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. □

Jahrespressekonferenz Messe München:

Trotz Umsatzeinbruch mit Zuversicht in die Zukunft

Eine „Vollbremsung auf der Überholspur“ war aus Sicht von Klaus Dittrich das Jahr 2020 für die Messe München. Wie der Vorsitzende der Messe-Geschäftsführung bei der traditionellen Jahrespressekonferenz mitteilte, mussten insgesamt über 20 Veranstaltungen, darunter viele Weltleitmesse, abgesagt werden. Dennoch blickt die Messe München zuversichtlich in die Zukunft. Innovative digitale Formate und Produkte sollen das bestehende Portfolio erweitern.

Seit dem Frühjahr 2020 hat die Corona-Pandemie das klassische Messegeschäft weltweit so gut wie unmöglich gemacht. Dittrich zufolge betrug die Gesamtbesucherzahl der Messe München im vergangenen Jahr weltweit rund 23.000. Allein in Deutschland konnten von den geplanten 15 Eigenveranstaltungen nur 6 tatsächlich als Präsenzmesse stattfinden. Die Zahl der Aussteller belief sich dabei auf 7.056 (-6 Prozent zu den Vorveranstaltungen), während 288.023 Besucher zu verzeichnen waren (-11 Prozent zu den Vorveranstaltungen). An den 15 Eigenveranstaltungen im Ausland, die als Präsenzmesse stattfinden konnten, waren knapp 500.000 Besucher und 10.747 Aussteller aktiv. Die 14 digitalen Eigenveranstaltungen, auf denen 583 Aussteller präsent waren, erreichten über 38.000 Unique User.

Umsatz 70 Prozent unter Plan

Mit 94 Millionen Euro liegt der hochgerechnete Umsatz der Messe München GmbH laut Dittrich um 70 Prozent unter Plan (302 Millionen Euro). Dieser Umsatzverlust habe dramatische Auswirkungen auf die Wirtschaft der Region, denn jeder Euro Umsatz der Messe München erzeuge 10 Euro Kaufkraft bundesweit.

Um den Umsatzeinbrüchen entgegenzuwirken, habe die Messe München nach Angaben ihres Geschäftsführers umgehend ein Effizienzprogramm mit 900 Einzelmaßnahmen aufgesetzt, mit dem eine Senkung der Sachkosten um 30 Prozent

erreicht werden konnte. Aufgrund der anhaltenden Umsatzverluste müssten jetzt auch die Personalkosten gesenkt werden. Für den geplanten Abbau von ca. 170 Stellen werde gerade mit dem Betriebsrat über sozialverträgliche Lösungen verhandelt.

Rekordjahr 2019

Im Rekordjahr 2019 hatte sich die Messe München auf den fünften Platz der Messeveranstalter weltweit vorgearbeitet. Für Klaus Dittrich ist es „Glück im Unglück, dass die Pandemie uns in einer Position der Stärke getroffen hat“. „Wir haben die guten Jahre genutzt, um unsere Strategie konsequent umzusetzen und unsere Angebote und Fähigkeiten weiterzuentwickeln.“ So habe sich im Corona-Jahr die Internationalisierung der Messe München positiv bemerkbar gemacht und die erfolgreichen Auslandsgesellschaften der Messe München hätten die Liquidität gestützt.

Digitalisierung forciert

Systematisch vorangetrieben habe man in den vergangenen Jahren die Digitalisierung, fuhr Dittrich fort. Deshalb konnten nach der Absage vieler Messen im Jahr 2020 in kürzester Zeit 14 digitale Veranstaltungen aufgesetzt werden, etwa die ISPO ReStart.Days, die Analytica virtual und die IFAT Impact. An diesen digitalen Events haben insgesamt über 38.000 Besucherinnen und Besucher teilgenommen.

Im Rahmen der komplett di-

gitalen IFAT impact Business Summit wurden vielfältige Technologien von Recycling bis Wasser-Management präsentiert, virtuelle 1:1-Gespräche geführt und Wege zu einer echten Kreislaufwirtschaft diskutiert. Die drei Tage des Events waren dicht gepackt mit B2B-Networking und Wissenstransfer für die internationale Umweltbranche.

Fundament des digitalen Summit war das IFAT Ausstellerportal mit mehr als 3.000 gelisteten Unternehmen sowie ihren Produkten und Lösungen. Während des Events fanden 154 Produktpräsentationen statt und mehr als 1.400 1:1-Meetings konnten gebucht werden. Parallel dazu lief ein Konferenzprogramm mit 20 Sessions und rund 70 Speakern. Einen Großteil davon realisierten die Partner der IFAT sowie die IFAT-Spin-offs aus China, Indien und Afrika. Rund 2.100 Teilnehmer aus 104 Ländern nutzten die verschiedenen Angebote des Summits.

Kein Zurück zu Vor-Corona

Für die Messe München ist klar, dass es kein Zurück zum Geschäftsmodell vor Corona geben wird. Nicht nur die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Effekte der Pandemie werden nachhaltig sein, auch das Messegeschäft werde sich dauerhaft verändern. Deshalb soll die Organisation für die neuen Herausforderungen fit gemacht werden. Konsequente Kundenorientierung, Agilität, Flexibilität und ein noch stärkerer Fokus auf die Digitalisierung sind die Ziele der anstehenden Restrukturierung.

„Die Corona-Krise ist eine Naturkatastrophe – doch gemeinsam werden wir diese Katastrophe überwinden“, zeigte sich Dittrich überzeugt. Das Unternehmen habe rasch reagiert und konsequente Entscheidungen

getroffen, weshalb die Chancen gut stünden, noch stärker aus der Pandemie herauszukommen. Im Zentrum stehe die Weiterentwicklung des bisherigen Geschäftsmodells. „Digitalisierung ist für uns heute keine reine Sache von Spezialisten mehr. Sie muss breit und tief im gesamten Unternehmen verankert werden. Hier sind wir im Markt sicher Vorreiter“, so der Geschäftsführer.

Menschen verbinden

„Unser Geschäftsmodell ist es, Menschen zu verbinden. Wir sehen uns nicht mehr nur als Vermieter von Hallenfläche, sondern als Manager von Plattformen – in physischer Form auf einer Messe oder digital 365 Tage im Jahr. Die Pandemie hat diesen Trend verstärkt“, erläuterte Dittrich. Jetzt gelte es, digitale Zusatzangebote zu schaffen, die echten Mehrwert für die Kunden stiften.

Neben der Digitalisierung wird sich die Messe München künftig noch stärker auf das Thema Nachhaltigkeit konzentrieren. Ziel der Messe ist es, so Dittrich, klimaneutrale Angebote zu entwickeln – auf der Messe selbst, aber auch bei der An- und Abreise, beim Aufenthalt in München oder bei der Infrastruktur. DK

Familienstützpunkte finden weiterhin den Weg zu Familien

Als Anlauf- und Kontaktstellen konzipiert, bilden Offene Treffs für und mit Eltern das Herzstück der Angebote in den sieben Familienstützpunkten in Würzburg.

Da Gruppen-Treffen in Zeiten von Corona gar nicht oder eben nur sehr eingeschränkt möglich sind, „haben sich die pädagogischen Fachkräfte kreative, spritzige, lebensnahe Angebote überlegt, bei denen eben beides geht: Abstand halten und trotzdem in Kontakt bleiben“, erläutert Christiane Matzewitzki, Koordinatorin der Familienstützpunkte in der Stadt Würzburg. Und weiter: „Familien leisten momentan Großartiges. Unser Ziel ist es, ihnen zu signalisieren, dass wir weiterhin für sie gut erreichbar und ansprechbar sind und sie entlasten wollen.“

Offenes Ohr für die Alltagsorgen

Dazu haben sich die Fachkräfte einiges einfallen lassen. Bei den begleiteten Spaziergängen, und der aufsuchenden Arbeit im Stadtteil z. B. auf den Spielplätzen gibt es aus dem Bollerwagen heraus interessante Infos und Flyer aber auch kreative fertig gepackte Bastelpakete zum mit nach Hause nehmen. Natürlich mit Bastelanleitung und dem entsprechenden Material, z.B. zur Herstellung von Knete.

Bei online Einzelgesprächen oder telefonischen Kontakten hat die Leitung des Familienstützpunkts ein offenes Ohr für die Alltagsorgen, sie hört

Bodenplaketten informieren über Straßengeschichten

Insgesamt 27 Bodenplaketten informieren in der Innenstadt von Erlangen über den Zusammenhang der Gasthäuser, die als Namensgeber für Straßen und Gassen fungierten.

Wie das Referat für Planen und Bauen der Stadtverwaltung informiert, gehörten die Gasthäuser seit Jahrhunderten zum lebendigen Alltag der Erlanger und dienten Reisenden zum Zwischenaufenthalt. Viele bis dahin namenlose Gassen der schnell wachsenden Stadt wurden nach einem dort ansässigen Gasthaus benannt. Zugleich waren sie Orientierungspunkte in der städtebaulich gleichförmigen Planstadt. Manche trugen so fantasievolle Namen wie zum Beispiel „Goldenes Einhorn“.

Auf die Historie dieser Stra-

Schulterschluss für die Region

Oberfranken Offensiv e.V. und Regionalinitiativen arbeiten gemeinsam am Image Oberfrankens

Der Imageprozess Oberfranken hat den nächsten wichtigen Schritt gemacht. In einem digitalen Dialog haben sich Oberfranken Offensiv e.V. und weitere Regionalinitiativen über ihre Projekte ausgetauscht und Kooperationsmöglichkeiten erörtert. Weitere Treffen sind bereits geplant.

Das Projekt „Imagepaket und Imagekampagne Oberfranken“, das im Rahmen des Programms zur Stärkung regionaler Identitäten im Freistaat Bayern des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat umgesetzt wird, ist gegenwärtig eine der zentralen Aufgaben von Oberfranken Offensiv e.V.

Ziel ist es, das Image von Oberfranken weiter zu verbessern, sowohl im Innenverhältnis als auch von außen betrachtet. Die Entwicklungsagentur setzt dabei auch auf Kooperation mit den Regionalinitiativen, ganz im Sinne ihres Mottos #esgehtungemeinsam. Die Vorsitzende von Oberfranken Offensiv e.V., Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz: „Es ist wichtig, dass alle an einem Strang ziehen. Nur dann kann das Image Oberfrankens gewinnbringend

weiterentwickelt werden und Oberfranken Offensiv als Klammer für alle Akteure vor Ort wirken. Dafür sind die Regionalinitiativen und ihre Ideen und Projekte ein wichtiger Baustein. Ich möchte mich ganz herzlich für die geleistete Arbeit bedanken und freue mich auf konkrete innovative Vorschläge im laufenden Strategieprozess.“

Viele Schnittpunkte und Ideen für Kooperationen

Die Treffen mit den Regionalinitiativen sind Bestandteil vieler Gespräche, die Oberfranken Offensiv e.V. im Projekt Imagekampagne und Imagepaket führt. Ihr Ziel ist es, die Kernbotschaften, Zielgruppen und Zielregionen zu definieren, die die Basis für die folgende Imagekampagne bilden. In diesem Zusammenhang wird auch ausgelotet, in welchen Bereichen künftig ein enger Austausch mit den Regionalinitiativen stattfinden wird. Bereits im ersten Treffen wurden Ideen diskutiert und Projekte der Initiativen präsentiert, die im Rahmen des Imageprozesses Schnittpunkte für eine weiterführende Zusammenarbeit bieten. Staatsministerin Melanie Huml MdL: „Ich freue mich, dass die Fortsetzung unseres Imageprozesses in Oberfranken so hervorragende Anerkennung und Unterstützung findet. Oberfranken Offensiv wird auf Basis unserer aktuellen Imageanalyse intensiv daran arbeiten, die Stärken der Region weiter sichtbar zu machen. Innerhalb Oberfrankens, aber auch darüber hinaus. Das wird der Nukleus unserer Arbeit in den kommenden Jahren sein und dazu laden wir jeden mit ein, der mit anpacken will. Kommunen, Politik, Regionalinitiativen und selbstverständlich auch die Wirtschaft.“

Heimatministerium unterstützt Imageprozess

Die Stärkung regionaler Identitäten und die Positionierung der Stärken nach außen werden unterstützt vom Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Gerade in einer heterogenen Region wie Oberfranken ist dabei wichtig, die Akteure vor Ort einzubeziehen und für das gemeinsame Ziel zu begeistern. Der Austausch mit den Regionalinitiativen ist daher für Oberfranken Offensiv e.V., aber auch für das Ministerium, ein wichtiger Bestandteil des Projekts. Dr. Hellmut Fröhlich, Leiter des Referats „Regionale Identität“ im StMFH: „Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Imageprozess in Oberfranken gemeinschaftlich angegangen wird. Die Ansatzpunkte, mit denen sich Oberfranken positionieren kann, sind vom Feinsten, und es ist absolut richtig, diese vielen Facetten zu fokussieren.“

Weitere Gespräche sind in Planung. Das Gemeinschaftsprojekt Image Oberfranken wird auch weiterhin gemeinschaftlich angepackt. Die Gespräche mit den Regionalinitiativen wird Oberfranken Offensiv e.V. in den kommenden Wochen vertiefen. Zeitgleich werden mit den oberfränkischen Spitzen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die inhaltlichen Eckpfeiler für die Imagekampagne gesetzt. So entsteht ein Schulterschluss für die Region. □

Demokratiebildung vor Ort gestalten

Demokratiebildung bietet viele Gestaltungsmöglichkeiten: Bürgerbeteiligungen, Jugendparlamente oder Anti-Rassismus-Projekte bei Sportvereinen sind nur einige Beispiele einer breiten Angebotspalette. Ihnen allen kommt aktuell eine stetig wachsende Bedeutung zu.

In Zeiten emotional geführter politischer Debatten, veränderter Mehrheiten in Parlamenten und dem Einfluss von Social Media auf politische Willensbildung investieren daher viele Kommunen verstärkt in Angebote politischer Bildung. Die in der Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg angesiedelte Transferagentur Bayern hat diese Impulse aufgegriffen und zeigt in der aktuellen Ausgabe des Magazins „Transfer aktuell“, wie Kommunen vorgehen und was dabei zu beachten ist.

Der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Johann Kalb, betont: „Die Metropolregion steht für eine offene und demokratische Gesellschaft. Die Gestaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger haben höchste Priorität.“ Auch in seinem Landkreis Bamberg haben Angebote zur politischen Mitbestimmung deshalb einen hohen Stellenwert. Diese werden im Magazin als Praxisbeispiele aufgezeigt, ebenso wie Aktivitäten der Stadt Weiden und weiterer Kommunen aus ganz Bayern.

Kommunen prägen den Stellenwert von Demokratiebildung entscheidend. Gefordert sind somit auch die Verwaltungen selbst: Wie kann man das eigene demokratische und partizipative Handeln reflektieren? Welche Strategien bieten sich an?

Was hat sich bisher bewährt? Antworten darauf gibt das Interview mit Dr. Elisabeth Preuß, gewählte Vertreterin der Kom-



Dr. Elisabeth Preuß, Vertreterin der Kommunen im Vorstand der Allianz gegen Rechtsextremismus. Bild: Metropolregion Nürnberg

munen im Vorstand der Allianz gegen Rechtsextremismus: „Die Kommune kann sehr viel in der Bevölkerung bewirken, wenn sie freiwillige Bildungsangebote zusätzlich zu den rein schulischen Angeboten aktiv bereithält. Es ist zudem wichtig, alle demokratischen Strukturen bei ihrer eigenen Präventionsarbeit zu stärken. Beispielsweise durch die Unterstützung von „Schulen gegen Rassismus“ oder des

Ausländerbeirates. Die Kommune kann dadurch zum einen Rechtsextremismus vorbeugen und zum anderen die Stadtgesellschaft und die NGOs stark machen.“

Dr. Christa Ständecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, verdeutlicht die Relevanz des Bildungsfeldes: „Das Thema Demokratiebildung ist aktueller denn je. Viele Kommunen identifizieren sich mittlerweile als Bürgerkommune und lassen Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen teilhaben. Demokratie wird dadurch für alle – von der Kita bis zum Senior-erlebbar! Das seit 2009 bestehende Netzwerk zwischen 152 Kommunen und 247 zivilgesellschaftlichen Initiativen – die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg – unterstreicht zudem das regionale Engagement und Bekenntnis zu einer vielfältigen und weltoffenen Region, in der Toleranz, Demokratie und Respekt gelebt wird.“

Das aktuelle Magazin der Transferagentur Bayern ist online abrufbar unter www.transferagentur-bayern.de oder kann als Print-Ausgabe kostenfrei bestellt werden. Unter der Rubrik Materialien ist ebenfalls zum gleichen Thema die Dokumentation zur virtuellen Themenwoche „Demokratie. Partizipation. Verwaltung“ von Oktober 2020 zu finden. Die Transferagentur wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. □

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Oberbürgermeisterin der Stadt Regensburg und vertrete rund 168.000 Einwohner. Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Zur Oberbürgermeisterin bin ich im März 2020 gewählt worden. Allerdings habe ich bereits seit Januar 2017 den vorläufig vom Dienst suspendierten Oberbürgermeister Joachim Wolbergs bis zu den letzten Kommunalwahlen vertreten.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bietet jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzel-



Bild: Stadt Regensburg/Stefan Effenhauser

Ich glaube ich bin nicht die einzige Oberbürgermeisterin, die sich derzeit vor die Herkulesaufgabe gestellt sieht, immer mit dem Blick auf die aktuellen Infektionszahlen das Optimum für die Stadt zu erreichen. Das ist nicht einfach, zumal uns die wirtschaftliche Lage dazu zwingen wird, den Rotstift anzusetzen. Es ist aber auch deshalb schwierig, weil wir immer auf Sicht fahren müssen und fast täglich auf die Vorgaben reagieren müssen, die uns Bundes- und Landespolitik auferlegen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Wie vermutlich alle Menschen hoffe ich auf ein Ende der Pandemie und damit auf eine Situation, in der die Zukunft unserer Stadt wieder erste Priorität genießt.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Gut informiert sein, stets die Ruhe bewahren, sich nicht von Schlagzeilen treiben lassen und immer so agieren, dass man vor sich selbst gerade stehen kann.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich schätze die Gespräche mit der Bürgerschaft, aber auch im Kollegenkreis sehr. Ehrlich geführte Unterhaltungen helfen, den Blickwinkel auf die Dinge zu verändern und die notwendige Distanz zu gewinnen, die im hektischen Arbeitsalltag vielleicht manchmal abhanden kommt. Auch da freue ich mich sehr auf Zeiten, in denen wieder ein naher persönlicher Kontakt möglich ist.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sicherlich einen sehr großen. Wie viel Handlungsbedarf hier noch besteht, das sehen wir jetzt gerade durchaus schmerzlich.

Dennoch glaube ich, dass auch künftig der persönliche Kontakt in keinem Bereich zu kurz kommen darf, und ich bin mir sicher, dass er in Zukunft vielleicht noch mehr geschätzt werden wird.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Da halte ich es mit Nelson Mandela, der gesagt hat: „Jeder kann über sich hinauswachsen, wenn er es mit Hingabe und Leidenschaft tut.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Es ist mir nicht wichtig, dass man von mir sagen wird, ich hätte immer Recht behalten. Aber ich möchte, dass sich die Menschen an mich als eine Oberbürgermeisterin erinnern, die stets ihr Bestes für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger gegeben hat

Gertrud Maltz-Schwarzfischer

Oberbürgermeisterin der Stadt Regensburg
Bezirksvorsitzende der kreisfreien Städte
in der Oberpfalz, Bayerischer Städtetag

nen Bürger unzählige Möglichkeiten, sich aktiv in unsere Gesellschaft einzubringen und diese mitzugestalten. Ich engagiere mich in der Politik, weil ich der Meinung bin, dass man die Möglichkeiten und Potenziale, die unsere Demokratie bietet, ausschöpfen sollte, statt sich passiv zurückzulehnen und darauf zu vertrauen, dass es andere schon richten werden. Speziell die Kommunalpolitik liegt mir deshalb sehr am Herzen, weil ich Regensburg liebe und die Stadt, in der ich groß geworden bin, für die Zukunft lebenswert erhalten möchte.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich stamme aus einer sozial und politisch engagierten Familie und bin selbst seit 1995 Mitglied der SPD. Seit vielen Jahren sitze ich im Stadtrat, war dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende und habe den unterschiedlichsten Ausschüssen angehört. Nach den Kommunalwahlen 2014 wurde ich zur zweiten Bürgermeisterin gewählt. Und – wie gesagt – bereits Anfang 2017 habe ich die Verantwortung als Stadtoberhaupt übernommen – wenn auch zunächst „nur“ in Vertretung.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Als ich mein Amt offiziell angetreten habe, hatte die erste Corona-Welle gerade ihren Höhepunkt erreicht. Niemand konnte damals so genau sagen, wie es weitergehen und welche Auswirkungen der Lockdown haben würde. Das war keine einfache Zeit und es ist bis heute auch nicht einfacher geworden.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Landkreis Lindau setzt mobile Luftreinigungsgeräte in Schulen ein

Lindau (Bodensee) – Der Landkreis Lindau hat 30 mobile Luftreinigungsgeräte für Schulen, die in seiner Trägerschaft sind, beschafft. Landrat Elmar Stegmann hat die Geräte nun gemeinsam mit Andreas Hiel von der Kreiskämmerei in Empfang genommen und sie sich präsentieren lassen.

Die Geräte kommen dort zum Einsatz, wo aufgrund der baulichen Gegebenheiten Unterrichtsräume nicht ausreichend

durchlüftet werden können und sind somit eine Ergänzung zum vorhandenen Corona-Hygiene-Konzept der Schulen. Dies be-

trifft Räume am Bodenseegymnasium, am Valentin-Heider-Gymnasium sowie am Beruflichen Schulzentrum. Die Gesamtkosten für die 30 mobilen Luftreinigungsgeräte betragen rund 87.000 Euro. Da die Beschaffung zu 100 Prozent über den Freistaat Bayern gefördert wird, belastet diese den Landkreishaushalt nicht.

CO₂-Meßgeräte

Zusätzlich wurden die landkreiseigenen Schulen, die noch über keine kontrollierte Be- und Entlüftungsanlage verfügen, mit CO₂-Meßgeräten für alle Unterrichtsräume ausgestattet. Auch diese Investition in Höhe von etwa 31.000 Euro wurde komplett vom Freistaat gefördert.

Die Luftreinigungsgeräte wurden unter anderem speziell für die Kontrolle luftübertragener Infektionen in Krankenhäusern, medizinischen Kliniken und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens entwickelt. Die Effizienz liegt laut Hersteller bei über 99,99 Prozent.

Luftaustausch viermal pro Stunde

Bis zu viermal in der Stunde wird die Luft im Klassenzimmer



V.l.: Landrat Elmar Stegmann und Andreas Hiel von der Kreiskämmerei. Bild: LRA Lindau

Oberfränkische und oberpfälzische Integrationspreise 2020:

Leuchtende Vorbilder

Initiativen aus Bamberg und Bayreuth sind von Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz für ihr gesellschaftliches Engagement mit dem Oberfränkischen Integrationspreis 2020 ausgezeichnet worden. Der Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz ging an die Stadt Wörth a. d. Donau sowie an Initiativen aus Regensburg, Trabit, der Stadt Amberg bzw. dem Landkreis Amberg-Weizbach, und der Stadt Weiden.

Mit ihrem Projekt „Deutsch lernen mit allen Sinnen“ leistet die Erlöser-Mittelschule Bamberg seit vielen Jahren hervorragende Arbeit beim Spracherwerb sowie der schulischen und kulturellen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dabei ist vor allem der ganzheitliche Ansatz hervorzuheben, den die Schule verfolgt. Kunst, Kultur, aber auch das Kennenlernen bestimmter Kulturtechniken tragen in hohem Maße dazu bei, dass die Schüler das Leben in der neuen Heimat Deutschland gut meistern, schulisch vorankommen und Beziehungen zu Gleichaltrigen aufbauen können.

Die Erlöserchule wird von Schülern aus 34 Nationen besucht. Es gibt zwei Deutsch-Klassen, in denen Schüler mit Migrationshintergrund besonders gefördert werden. Sie umfassen die Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie 7 bis 9 und werden seit 2018 im Ganztage geführt.

Deutsch lernen mit allen Sinnen

Die besondere Qualität des Projekts „Deutsch lernen mit allen Sinnen“ liegt darin, dass es über die Kerninhalte des Unterrichtsfachs „Kulturelle Bildung und Werteerziehung“ hinaus mit zahlreichen Einzelprojekten zum Beispiel aus den Bereichen Musik, Theater, Film und Heimatgeschichte verknüpft ist. Das von einer Deutsch-Klasse entwickelte Theaterprojekt „Black-Light-Show“ wurde in diesem Jahr mit dem renommierten CC-Buchner-Preis ausgezeichnet.

Ein weiterer Preisträger, die Integrationslotsenstelle der Stadt Bayreuth, koordiniert das Engagement von insgesamt 62 aktiven Ehrenamtlichen, die einzelne oder auch mehrere Familien

ausgetauscht. Die Geräte lassen sich zentral über das vorhandene Netzwerk steuern. Sie sind aber nicht nur handlich in der Bedienung, sondern auch im Vergleich zu anderen Modellen relativ klein und daher sehr gut für Klassenzimmer mit vielen Schülerinnen und Schülern geeignet. Der Geräuschpegel liegt je nach Stufe beziehungsweise Auslastung bei 33-68 dB(A).

Einbau kontrollierter Be- und Entlüftungsanlagen

„Parallel möchten wir in allen drei Gymnasien kontrollierte Be- und Entlüftungsanlagen einbauen“, erklärt Landrat Elmar Stegmann. Denn mobile Geräte filtern zwar Viren aus der Luft, verbessern aber nicht die Luftqualität. „Es ist wichtig, dass wir ein gutes Lernumfeld für unsere Schülerinnen und Schüler schaffen. Ich freue mich deshalb, dass die Mitglieder des Haushaltsausschusses den Einbau der zentralen Geräte befürwortet haben. Dezentrale Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung sind auch ökologisch sinnvoller“, ergänzt Stegmann. Dafür sind im Haushaltsentwurf 2021 des Landkreises 1,1 Millionen Euro vorgesehen. Für das Jahr 2022 wären nochmals knapp 1,1 Millionen Euro notwendig. Bisher sind beide Realschulen in der Trägerschaft des Landkreises mit einer kontrollierten Be- und Entlüftungsanlage ausgestattet.

liert mit Migrationshintergrund betreuen und sie in den verschiedensten Lebenslagen unterstützen. Im März 2020 mussten, bedingt durch den Lockdown, die Schulen geschlossen und die Beschulung auf „Home-schooling“ umgestellt werden. Gerade Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund wurden dadurch vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. Hier half die Integrationslotsenstelle mit ihrem Projekt „Hausaufgabenunterstützung und Betreuung von Kindern“.

Engagement für die Kinder in Gemeinschaftsunterkünften

Der Hauptamtliche Integrationslotsen der Stadt Bayreuth, Ibukun Koussemodu, engagierte sich in dieser Zeit besonders für die Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften in Bayreuth. Geeignete Unterrichtsräume für die Kinder fanden sich schließlich durch die Anmietung eines Mehrzweckraumes vom Verein „Come and See“. Die hierfür erforderlichen Aufwendungen wurden aus Eigenmitteln und aus Spenden der Adalbert-Raps-Stiftung in Kulmbach bestritten. Für die Beschulung konnten 13 Ehrenamtliche gewonnen werden, Studierende der Universität Bayreuth und Schüler verschiedener Schulen. Gebildet wurden zwei Klassen mit insgesamt 15 zu beschulenden Kindern.

Verlässliche Institutionen

Die Regierung der Oberpfalz verlieh den ersten Preis an die Stadt Wörth a. d. Donau im Landkreis Regensburg mit dem Arbeitskreis „Wörth ist bunt“ und dem Familienstützpunkt Donau-Wald. Im Jahr 2016 wurde der Arbeitskreis „Wörth ist bunt“ gegründet, der Migranten aller Nationalitäten willkommen heißt und Familien und Einzelpersonen als Basis für ein friedliches und sozialverträgliches Miteinander unterstützt. „Wörth ist bunt“ ist ein Zusammenschluss von ehrenamtlich engagierten Bürgern, Stadträten, Kindergarten, Schulen, der Jugendpflegerin, dem Familienstützpunkt sowie der Behindertenbeauftragten der Stadt Wörth. Der Arbeitskreis steht für ein offenes, tolerantes und diskriminierungsfreies Wörth. Zu den Aktionen des Arbeitskreises gehören regelmäßige Veranstaltungen, Nachhilfeprojekte in den Ferien für Migrantenkinder, Aktionen gegen Rassismus, Theaterstücke, Vorträge, Filmnachtsmutter, Aktionstage im Bürgersaal, gemeinsames Malen, ein Elterncafé sowie Kinoabende.

Helferkreise und Netzwerke

Den zweiten Preis erhielt der „Helferkreis GU Regensburg“ aus dem Landkreis Regensburg. Die sieben Ehrenamtlichen engagieren sich seit Bestehen der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Regensburg im Jahr 2017 für um die 70 bis 80 Asylbewerber. Der Helferkreis ist eine verlässliche Institution für die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Regensburg und wird von der Unterkuftsverwaltung der Regierung als wertvoller Ansprechpartner geschätzt.

Ein dritter Preis ging an Gisela

und Ernst Schmutterer aus Trabit im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab. Das Ehepaar hat bewiesen, dass jeder von uns seinen individuellen Beitrag zur gelingenden Integration von geflüchteten Menschen leisten kann.

Arbeitskreise

Einen weiteren dritten Preis erhielt das Bündnis Migration & Integration der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Weizbach, das mehrere Arbeitskreise aufgebaut hat mit dem Ziel, die Integration in verschiedenen Bereichen zu forcieren. Ebenfalls mit einem dritten Preis wurde das „Netzwerk Asyl Weiden“ bedacht, das alle ehrenamtlichen Tätigkeiten in Weiden rund um die Flüchtlingsarbeit unter einen Hut gebracht hat.

Die Preisgelder

Die Erstplatzierten wurden mit einem Preisgeld von 2.500 Euro ausgezeichnet, die Zweitplatzierten durften sich über 1.500 Euro freuen. Die drei Drittplatzierten wurden mit einem Preisgeld von je 500 Euro gewürdigt. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.500 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zur Verfügung. DK

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Startschuss für die Krisendienste

Bezirkstagspräsident Franz Löffler: „Eine frühe Intervention kann verhindern, dass aus einer psychischen Krise eine längere Krankheit wird“

Eine Trennung, der Tod eines Angehörigen, der Verlust des Arbeitsplatzes oder eine schwere Krankheit – all das kann eine Krise auslösen und so belastend werden, dass sie nicht mehr allein, mit Hilfe der Familie oder im Freundeskreis zu bewältigen ist. Auch chronisch psychisch kranke Menschen können immer wieder in krisenhafte Situationen geraten, in denen sie qualifizierte Hilfe benötigen. Das kann Betroffene und ihr soziales Umfeld vor große Herausforderungen stellen. Wo bekomme ich Hilfe, um aus diesem Zustand herauszufinden? Antworten erhalten Betroffene bei den Krisendiensten Bayern, die am 1. März 2021 bayernweit starteten. Dahinter verbirgt sich ein psychosoziales Beratungs- und Hilfeangebot, das Menschen in psychischen Krisen sowie deren Angehörigen unter der kostenlosen Rufnummer 0800 655 3000 zur Verfügung steht. Vorrangiges Ziel ist es, Menschen in seelischen Notlagen zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam einen Ausweg aus ihrer Situation zu finden.

Die Einführung der Krisendienste wurde mit dem Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG), das im August 2018 in Kraft getreten ist, beschlossen. Darin wurden die sieben Bezirke mit dem bayernweiten Ausbau von Krisendiensten beauftragt. Für den Präsidenten des Bayerischen Bezirkstags, Franz Löffler, ist das eine wegweisende Ergänzung in der psychiatrischen Versorgungslandschaft: „Krisen gehören zum Leben dazu und können jederzeit jeden treffen. Mit den Krisendiensten Bayern sollen Betroffene frühzeitig die Hilfe bekommen, die sie in dem jeweiligen Moment brauchen. Wir bieten damit eine Art ‚Erste Hilfe in seelischen Notlagen‘. Denn durch eine frühe Intervention lässt sich oft eine weitere Zuspitzung vermeiden und verhindern, dass aus einer Krise eine längere Krankheit wird.“

Flächendeckendes Angebot zur Soforthilfe

Bisher gibt es Krisendienste nur in einzelnen Städten und Regionen Deutschlands. Mit den Krisendiensten Bayern steht erstmalig ein flächendeckendes Angebot zur Soforthilfe bei psychischen und psychiatrischen Notfällen in einem Bundesland zur Verfügung.

Die Krisendienste Bayern sind

ein Netzwerk aus sieben eigenständigen regionalen Krisendiensten. Das Beratungs- und Hilfeangebot ist dabei in allen Bezirken gleich. Die Krisendienste bestehen aus jeweils einer Leitstelle, die mit Fachkräften besetzt ist. Dort erhalten Betroffene und Angehörige und Bezugspersonen telefonische Krisenhilfe. Wenn die telefonische Beratung nicht ausreicht, hilft das Fachpersonal in der Leitstelle den Betroffenen bei der Vermittlung in das medizinische und psychosoziale Versorgungssystem vor Ort, beispielsweise an eine psychiatrische Praxis, den Sozialpsychiatrischen Dienst oder an die Akutstation einer psychiatrischen Klinik – je nach Bedarf. In besonders dringenden Fällen kommen mobile Teams zum Einsatz, die die Anrufenden vor Ort aufsuchen. Diese mobilen Vor-Ort-Einsätze werden von den Fachdiensten der Freien Wohlfahrtspflege und privater Anbieter durchgeführt.

Unterstützung von vielen Seiten

Dass die Krisendienste nun endlich an den Start gehen können, ist ein großer Erfolg für die Bezirke und alle beteiligten Kooperationspartner. „Die Krisendienste Bayern leben vom Engagement der beteiligten Ak-

teurinnen und Akteure. Nur mit der tatkräftigen Unterstützung der Betroffenen, der Wohlfahrtsverbände und anderer Anbieter sozialer Dienste, der Politik sowie der Mobilfunkanbieter können wir dieses Projekt stemmen. Das erfüllt mich durchaus mit einem gewissen Stolz“, so Bezirkstagspräsident Löffler.

Insgesamt mussten fünf Leitstellen neu aufgebaut werden, da es in den Bezirken Mittelfranken und Oberbayern bereits Krisendienste gab.

Die Kosten trägt der Freistaat

Die Kosten für die sieben Leitstellen trägt der Freistaat Bayern. Im aktuellen Doppelhaushalt wurden dafür insgesamt über 18 Millionen Euro vorgesehen. Die Finanzierung der mobilen Einsatzteams und aller sonstigen Kosten, wie zum Beispiel für den Aufbau von Netzwerken, in mindestens der gleichen Höhe wird von den Bezirken geschultert. „Mittelfristig wäre es allerdings wünschenswert“, so Verbandspräsident Franz Löffler, „wenn der Bundesgesetzgeber die Voraussetzungen dafür schaffen würde, dass Krankenkassen an der Finanzierung mitbeteiligt werden können. Denn durch eine frühe Intervention können Krankenhausaufenthalte verhindert und dadurch Kosten eingespart werden.“

Die Weichen für die Krisendienste Bayern sind nun aber erst einmal gestellt. Für Verbandspräsident Franz Löffler ist der Startschuss ein besonderer Anlass zur Freude: „Wir haben viel Arbeit und Kraft in den Aufbau der Krisendienste Bayern investiert. Ich freue mich, dass wir endlich loslegen können und hoffe, dass dieses Angebot in allen bayerischen Bezirken gut angenommen wird“, so Bezirkstagspräsident Löffler.

Informationen: www.krisendienste.bayern □

Rathauschefs mit gemeinsamer Vision

Bürgermeister-Versammlung erstmals digital
Weichen gestellt für das erste Virtuelle Gemeindegewerk

Landkreis Landshut. Entsteht in der Region Landshut das erste Virtuelle Gemeindegewerk? In der Online-Bürgermeisterversammlung wurden jetzt die Möglichkeiten diskutiert. Eine Machbarkeitsstudie für das interkommunale Unternehmen liegt bereits vor, nun sind die Gemeinderäte gefragt. Denn verbindliche Entscheidungen zur Gründung können nur die Bürgervertreter der einzelnen Kommunen beschließen. Geben diese grünes Licht, könnte das Projekt beispielhaft für ganz Bayern werden, mit dem Ziel, durch kluge Zusammenarbeit die großen Herausforderungen wie Klimawandel und Digitalisierung zu meistern. Das Projekt wird von der Verwaltung für ländliche Entwicklung unterstützt und begleitet.

Motor hinter dem Virtuellen Gemeindegewerk ist Andreas Engl, Gründer des regionalen Stromversorgers „Regionalwerke“ und selbst Gemeinderat in Bodenkirchen. Er beschäftigt sich seit über zehn Jahren mit den Möglichkeiten der Energiewende und konnte schon einige erfolgreiche Projekte umsetzen. Jetzt

sorgte er dafür, dass die Bürgermeisterversammlung erstmals digital stattfinden konnte und präsentierte den zahlreichen Teilnehmern, was in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Partnern erarbeitet wurde. Mit im Boot waren die Kanzlei Becker Büttner Held aus München und Consolinno Energy aus Re-

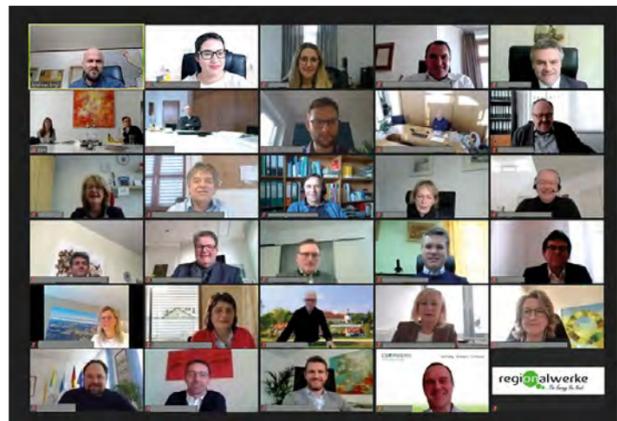
gensburg sowie die HeimatUnternehmer Isar-Inn.

Blaupause für ganz Bayern

Seit gut einem Jahr beschäftigt sich Engl im Auftrag des Freistaats intensiv mit der Entwicklung eines Virtuellen Gemeindegewerks. Am Beispiel des Landkreises Landshut, wo insgesamt 34 der 35 Gemeinden kein eigenes Stadt- oder Gemeindegewerk besitzen, soll eine Blaupause für ganz Bayern erstellt werden. Es gab mehrere Treffen mit den Bürgermeistern, die Engl überzeugen will. „Hier ist meine Heimat und deshalb ist es mir ein großes Anliegen, dass dieses Projekt von Landshut aus zum Vorbild für ganz Bayern wird.“

Wichtiges Werkzeug zur Entwicklung der Heimat

2019 konnten sich viele noch nicht vorstellen, was sich hinter dem Begriff eines virtuellen Gemeindegewerks verbirgt, erklärte Bodenkirchens Bürgermeisterin Monika Maier in der Online-Konferenz. Inzwischen sei aber klar, dass damit ein wichtiges Werkzeug für die Entwicklung der Heimat gegeben sei. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt, die rechtlichen Grenzen und Möglichkeiten wurden ausgelotet und auch eine Satzung ist entworfen. Sogar ein Beispiel für eine Softwarelösung gibt es schon als App zu sehen.



Die erste digitale Bürgermeisterversammlung im Landkreis Landshut war gut besucht: Was durch ein Virtuelles Gemeindegewerk digital noch alles möglich ist, erläuterte Andreas Engl.

Bild: regionalwerke GmbH & Co. KG

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Sich was gönnen in der Fastenzeit. Corona bringt doch alles durcheinander!“ Mein Chef, der Bürgermeister, war heute recht entspannt etwas später ins Büro gekommen. Er war beim Friseur. Endlich kann ich nur sagen. Das war höchste Zeit.

Ich weiß nicht, ob es theologisch vertretbar ist zu behaupten, man habe die Fastenzeit quasi vorweggenommen. Aber hallo: Genau so fühlt sich die Zeit zwischen Beginn des jüngsten Lockdowns und jetzt an – als eine lange, lange Zeit des Verzichts. Ok, keines gänzlich freiwilligen Verzichts, der wohl zur Umsetzung des Fastengebots unabdingbar ist, aber doch eines schmerzlichen.

Gott, was ist die Staatsregierung von Besessenen aller Art attackiert worden, weil

Endlich wieder Haare schneiden!

Friseur und Nagelstudios seit 1. März ihre Dienste wieder anbieten dürfen. „Was ist an einer guten Frisur so wichtig?“, wird da getönt. Warum die, warum nicht andere. Solchen Zeitgenossen entgegne ich nur, dass es sehr wohl einen Unterschied macht, ob sich jemand um die Körperpflege kümmert, der das gelernt hat und die richtigen Handgriffe beherrscht oder ob man sich ein YouTube-Video reinzieht und meint, damit eine Handwerksausbildung ersetzen zu können. Jeder, der es für sich ok findet, dass der Partner seine Haare mithilfe eines Haartrimmers im Zaume hält, sei die Freude belassen. Jede, die es nicht stört, sich mit Hilfe von abenteuerlichen Verrenkungen die Zehennägel zu schneiden, nur um dann doch inegale und nicht gleich lange Zehen in den Sandalen zu präsentieren, hat mein Mitgefühl.

Aber es gibt halt mal auch Leute wie mich, die einerseits einen gewissen ästhetischen Anspruch haben, es andererseits aber auch sehr angenehm und entspannend finden, sich alle vier bis sechs Wochen in professionelle Hände zu begeben, um sich verwöhnen zu lassen. Das mag nun der eine oder die andere dekadent finden. Wer meint, einen Pferdeschwanz könne man auch mit einer Hanfschnur bändigen oder gleich lange, rund gefeilte Fingernägel seien keine notwendige Bedingung zum Über-

leben der Spezies Mensch, dem sei gesagt: „Möglich, möglich, aber all das hat sehr wohl mit zivilisiertem Auftreten zu tun.“

Vielleicht hat ja die Pandemie auch was Gutes, indem sie uns die Bedeutung von Berufen und Gewerken vor Augen führt, deren Existenz und Inanspruchnahme wir bisher als selbstverständlich angesehen haben.

Dazu gehören definitiv auch Bau- und Gartenmärkte. Jetzt, wenn die Natur erwacht und die Sonne in der Nase kitzelt, will man nur raus aus seinen vier Wänden. Dann fährt man entweder zu bekannten Ausflugszielen, in denen es am Wochenende zugeht wie am lausigen Kopf oder man erweitert diszipliniert den Radius des Hausarrestes auf Garten, Terrasse und Balkon aus. Dann braucht man aber frische Pflanzen, Sämlinge sowie Werkzeug, das im Herbst kaputt oder über den Winter abhanden gekommen ist.

Klar, kann man sich auch alles im Internet bestellen, die großen Gartenmultis haben alle attraktive Webseiten, die Pflanzen in voller Pracht und Schönheit mit detaillierten und informativen Beschreibungen feilbieten. Alles gut. Bis auf den Duft. Lieben Sie Rosen? Ja? Sicherlich wegen ihrer Schönheit aber bestimmt nicht minder wegen des Duftes. Und ich finde an meinem Computer trotz heißem Bemühen noch nicht den Smell-Button, der es mir erlauben würde, die angebotene „Gloria Dei“ mit der Mitbewerberin „Marie Curie“ (beides tolle Rosensorten) olfaktorisch zu vergleichen.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmt mir zu: Die Öffnungen waren überfällig. Er hat seiner Frau versprochen, am kommenden Samstag mit ihr zur hiesigen Gärtnerei zu fahren und die Pflanzen für's Frühjahr zu besorgen. Und ich? Ich werde ebenfalls zum Friseur gehen und mich so richtig verwöhnen lassen. Dabei denke ich nicht nur an mich, sondern auch daran, dass die Menschen, die mir seit Jahren soviel Gutes tun, endlich wieder Umsatz machen müssen. Ein ordentliches Trinkgeld wird auch noch drin sein.

Einig sind mein Chef und ich uns auch darüber, dass der Schweizer Max Moor Recht hat: „Der Mensch funktioniert nicht über Verzicht.“

Ihre Sabriula

Würzburg im 2. Weltkrieg:

Chronologie der Zerstörung

Ausstellung der Geschichtswerkstatt nur online

Am 16. März 1945 wurde Würzburg fast völlig von Bomben zerstört. Dem Feuersturm fielen 4.000 bis 5.000 Menschen zum Opfer. Zum letztjährigen 75. Jahrestag wollte die Geschichtswerkstatt im Verschönerungsverein Aufnahmen im Würzburger Rathaus zeigen, die die Zerstörung Würzburgs im Zweiten Weltkrieg dokumentieren. Aufgrund des ersten Lockdowns im März 2020 musste diese Ausstellung abgesagt werden. Die Geschichtswerkstatt stellt nun in Zusammenarbeit mit der Stadt Würzburg in einer einmaligen Kooperation einen Teil dieser Ausstellung online aus.

Die Bilder zeigen von den Vorbereitungen auf die befürchteten Luftangriffe über erste Bombenangriffe vom Februar 1942 bis zum Sommer 1944 natürlich auch die Zerstörung am 16. März 1945. Dies war zwar der Höhepunkt, aber nicht das Ende der Kämpfe. Diese wurden erst am 6. April 1945 beendet. Die beeindruckenden Fotografien vermitteln ein Bild des Alltags in Ruinen der damaligen Würzburgerinnen und Würzburger.

Die Ausstellung ist den ganzen Monat März freigeschaltet auf www.wuerzburg.de/16maerz und auf der Homepage des Kulturamtes Würzburg unter 16. März zu finden. Begleithefte sind bei der Geschichtswerkstatt bestellbar [gw@www-online.com](http://www-online.com). □

taikanlage vor Ort vermarkten, all das sei möglich, stellte Engl in der Bürgermeisterversammlung klar. Dabei werde die Datenhoheit der Bürger und Betriebe sichergestellt und gleichzeitig die regionale Wertschöpfung gestärkt, die schließlich neue Investitionen erlaube. Mit dem Rückhalt von 160.000 Einwohnern könnte ein Innovationsmotor geschaffen werden, der allen Beteiligten diene.

Nachvollziehbare Chance

Viele Bürgermeister sehen das Projekt positiv. Aus einer anfänglichen Vision habe sich in den vergangenen Monaten eine nachvollziehbare Chance entwickelt, stellte Bürgermeistersprecher Alfred Holzner fest. „Das ist keine Luftnummer, das ist ein konkretes Konzept, das uns wirklich alle zusammen weiterbringen kann. Die Aufgaben der Kommunen werden nicht weniger, sondern mehr, Klimaschutzmanager, Digitalisierung, Breitbandausbau: Viele kleinere Gemeinden sind alleine überfordert. Ein gemeinsames Digitalunternehmen ist die Möglichkeit, um Gemeinden zu entlasten und Kräfte zu bündeln.“

Auch Landrat Peter Dreier zeigte sich begeistert: „Ich kann nur unterstreichen, dass in der heutigen Zeit die interkommunale Zusammenarbeit ausschlaggebend ist für den Erfolg. Dieses Projekt hat es in sich. Für die weiteren Schritte verspreche ich den Gemeinden meine Unterstützung, um gemeinsam stärker zu werden und mit der Zeit zu gehen.“ □

Klima- und Umweltschutz in Zeiten der Pandemie

Landratsamt München ehrt 18 Bürgerinnen und Bürger, die sich im Landkreis München für das Klima und die Umwelt einsetzen. Dabei sorgt nicht nur die Corona-Pandemie für einige Neuerungen.

Wie so vieles im Jahr 2020 fiel auch die jährliche Umweltehrung des Landkreises München dem Coronavirus zum Opfer. Zum ersten Mal in 16 Jahren konnten keine Landrätin und kein Landrat die Menschen auszeichnen, die sich für das Klima und die Umwelt verdient gemacht haben.

Doch eine komplette Absage der Ehrung war keine Option: „Der Umwelt- und Klimaschutz ist und bleibt eine unserer größten Herausforderungen, auch wenn das in Pandemiezeiten manchmal in den Hintergrund zu rücken scheint“, so Landrat Christoph Göbel. „Die Geehrten gehen mit gutem Beispiel voran, sie investieren nicht nur Geld, sondern insbesondere ihre Freizeit und zeigen, was jeder Einzelne tun kann, um unsere Lebensgrundlage auch für die Zukunft zu sichern.“

Neuerungen

bei den Ehrungskriterien

Insgesamt 18 Menschen mit elf herausragenden Projekten wurden ausgezeichnet, das zwar galt es also eine Plattform zu bieten, um allen Widrigkeiten

zum Trotz eine größtmögliche Öffentlichkeit zu erreichen, auf beispielhaftes Engagement aufmerksam zu machen und im besten Falle weitere Menschen für den Umwelt- und Klimaschutz zu begeistern.

Und so haben die Preisträger neben der Ehrennadel des Landkreises München, der Ehrenurkunde und einem Präsentkorb mit regionalen Produkten von UNSER LAND auch jeweils einen kleinen Imagefilm erhalten, den das Landratsamt zu den jeweiligen Projekten hat produzieren lassen.

Vielfältiges Engagement

Das Engagement reicht dabei vom Einsatz für den Artenschutz und die Artenvielfalt über das Einsammeln von Müll und Plastik, der Arbeit im Repair Café bis zum Engagement für die Energie- und Verkehrswende.

Hilfe zur Selbsthilfe für Ghana

Erstmals wurde dabei ein Projekt ausgezeichnet, das zwar seine Wurzeln im Landkreis hat, seine volle Wirkung aber mit Hil-

fe zur Selbsthilfe in Ghana entfaltet. Dies wurde 2020 erstmals durch eine Änderung der Ehrungskriterien möglich. Seither sind auch „Projekte mit direkten positiven Umweltauswirkungen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Umsetzung von konkreten Projekten im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit

durchgeführt werden“ ehrungswürdig, solange der Sitz des Projektträgers im Landkreis München ist.

Die Filme aller Geehrten gibt es ab sofort im Internet auf: <https://www.landkreis-muenchen.de/themen/energie-und-klimaschutz/klimaschutz-zum-mit-machen/umweltehrung/umweltehrung-2020/>.



Landrat Manuel Westphal (re.) bei der Übergabe der CO2-Sensoren an Schulleiter Klaus Drotzinger an der FOS-BOS in Weißenburg. Bild: Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

CO2-Ampeln für die Landkreisschulen

An den weiterführenden Schulen im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen findet seit Anfang Februar für die Abschlussklassen wieder Wechselunterricht statt. Passend zum Start konnten die für die Schulen bestellten CO2-Ampeln ausgeliefert werden und sind nun in den Klassenräumen im Einsatz.

208 CO2-Sensoren wurden vom zuständigen Sachgebiet im Landratsamt für die Schulen in Landkreisträgerschaft bestellt. Der Freistaat Bayern unterstützt die Kommunen bei der Beschaffung der Geräte mit einem Festbetrag in Höhe von 7,27 Euro je Schülerin und Schüler.

Die CO2-Ampeln sollen in den Klassenzimmern beim notwen-

digen Stoßlüften unterstützen, um den CO2-Gehalt in der Luft zu reduzieren und somit das Corona-Ansteckungsrisiko zu minimieren. Der Sensor ist ein kleines, unscheinbares Gerät, das durch ein Netzteil betrieben wird. Die Luftgüte wird durch drei verschiedenfarbige LED angezeigt, deshalb auch der Vergleich mit einer Ampel. Zudem

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt anstelle unseres ausgefallenen BreitbandForums das Corona-Special „Breitbandausbau in Bayern – Jetzt!“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Neuer Defibrillator im Bahnhof Nördlingen

Herz- / Kreislaufkrankungen sind eine der häufigsten Todesursachen in Deutschland. 35,3 % aller Sterbefälle waren laut dem Statistischen Bundesamt im Jahr 2019 darauf zurückzuführen. Eine Vielzahl dieser Patienten verstirbt an plötzlichem Herzversagen, das in der Regel mit einem Kammerflimmern beginnt. Da die einzige effektive Gegenmaßnahme die Abgabe eines elektrischen Schocks, also die Defibrillation darstellt, hat das Landratsamt DonauRies für die Nördlinger Dienststelle im Bahnhof einen Defibrillator der neuesten Gerätegeneration beschafft.

Das Gerät analysiert bei einem bewusstlosen Patienten mit Atem- und Kreislaufstillstand den EKG-Rhythmus und

gibt dann gegebenenfalls den lebensrettenden Stromstoß ab.

Um die Verfügbarkeit des lebensrettenden Gerätes umfassend sicherzustellen, wird der Defibrillator im zentralen Wartebereich der Behörde vorgehalten und steht damit allen Bürgerinnen und Bürgern täglich in der Zeit von 4:30 Uhr (Öffnung Bahnhof) am Morgen bis 22:30 Uhr (Schließung Bahnhof) am Abend zur Verfügung.

erfolgt eine akustische Warnung, wenn der CO2-Gehalt in der Luft zu hoch wird. Im gelben Ampelbereich sollte gelüftet werden, im roten Ampelbereich muss gelüftet werden, um eine angemessene Qualität der Raumluft sicherzustellen. Ist der CO2-Gehalt unter der angegebenen Schwelle, so ist davon auszugehen, dass auch die Virenkonzentration verringert ist.

Zusätzlich hat der Landkreis bereits im Dezember für die Schulen in eigener Trägerschaft 22 mobile Luftreinigungsgeräte bestellt. Auch bei dieser Beschaffung wird das Landratsamt vom Freistaat über ein Förderprogramm unterstützt. Mit dem Förderprogramm können Räume ausgerüstet werden, in denen keine natürliche Belüftung möglich ist. Die Geräte werden voraussichtlich in der nächsten Woche geliefert. □

Einweisung für die Helfer

Damit auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes im Umgang mit dem neuen Gerät vertraut und handlungssicher sind, wurden die Ersthelferinnen und Ersthelfer des Landratsamtes im Rahmen des Arbeitsschutzes fortgebildet und in die Bedienung des Defibrillators eingewiesen.

Landrat Stefan Rößle zeigte sich sehr erfreut über die sinnvolle Anschaffung, die Leben rettet und dankte seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Unterstützung. □

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstraße 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstraße 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
 Tel. 09451 9313-0 • www.fahren-koessinger.de

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
 DSGVO
 BayDSG
 ext. DSB
 ext. ISB
 ISIS12
 Schulungen
 eLearning
 www.Mein-Datenschutzberater.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Facebook, Instagram, Twitter, YouTube, LinkedIn, Messenger, WhatsApp

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Messenger-Dienste
 Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
 Wir gestalten Räume.
 Walter Krenzer GmbH & Co KG
 Sitz- und Polstermöbelfabrik
 Industriestraße 26
 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
 Telefon: 02771/3208-0
 Telefax: 02771/3208-13
 E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
 Lüftungs-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
 Wartung und Reinigung von:
 • Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
 • Prozesslufttechnische Anlagen
 • Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
 Wolfrahtsauer Straße 9a
 82049 Pullach im Isartal
 Telefon: (089) 74 44 24 98
 Fax: (089) 74 44 24 99
 eMail: info@l-r-service.de
 Internet: www.l-r-service.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de

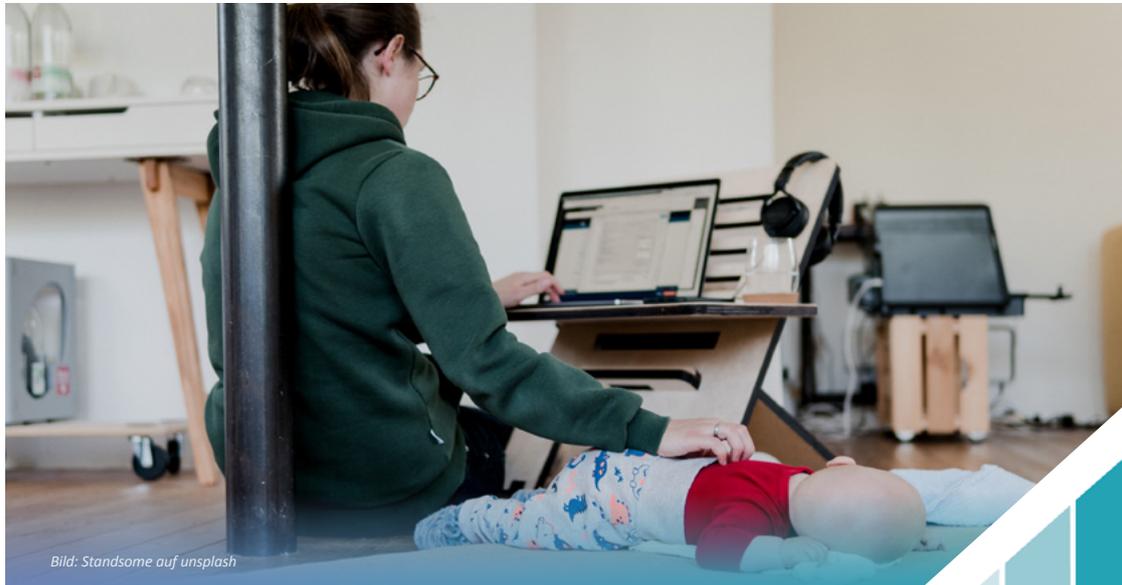


Bild: Standsome auf unsplash

BAYERISCHES BREITBANDFORUM – CORONA SPEZIAL

Breitbandausbau in Bayern – Jetzt!

Schweren Herzens musste das Team der Bayerischen GemeindeZeitung das für den 12. November 2020 geplante Bayerische BreitbandForum in Amberg absagen. Da das Thema Breitbandversorgung und -ausbau aber nach wie vor jede Menge finanzielle, technische und rechtliche Herausforderungen für die Kommunen birgt, erscheint nun traditionell ein Sonderdruck mit dem Thema „Breitbandausbau in Bayern – Jetzt!“

Mit richtungweisenden Beiträgen haben sich 15 GZ-Forumspartner am Sonderdruck beteiligt. Über „Ein Jahr Bayerische Gigabitrichtlinie“ berichtet beispielsweise Bernd Geisler, Referatsleiter im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, während sich Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, mit der TKG-Reform auseinandersetzt und die Frage stellt: „Erschließen zukünftig wieder die TK-Unternehmen die Neubaugebiete?“

Dass Digitalisierung nicht im Alleingang funktioniert, darüber informiert die Deutsche Glasfaser und die GVG Glasfaser GmbH erläutert, warum sie ein starker Partner für die Kommunen ist. „Gigabit-Netzausbau für Kommunen auf bestehenden Koaxialkabel- oder HFC-Strukturen als echte Alternative zu FTTH“ lautet das Thema des AXING AG und DEV Systemtechnik GmbH-Beitrags.

Die Connect Com GmbH wiederum präsentiert ihr neues Produkt CCM ONE® – neue Glasfaserspleißmuffen für FTTH-Netze. EMTELLE befasst sich mit den Qualitätsansprüchen an Mikrorohre „Made in Germany“, während REHAU ihre neue Einblasbox RAUSPEED EasyConnect vorstellt.

Wie eine intensive Zusammenarbeit mit den Kommunen aus Sicht der Telekom Deutschland aussieht, steht ebenso auf der Agenda, wie der Bericht der M-net Telekommunikations GmbH zum Thema „Schnelles Internet ist eine Frage der kommunalen Daseinsvorsorge“.

Tatsache ist: Der Weg zu flächendeckenden Gigabitnetzen bleibt anspruchsvoll. Es gibt allen Grund, das Ausbautempo hoch zu halten. Hier kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. ■

TERMINHINWEIS

8. BAYERISCHES BREITBANDFORUM AM 11.11.21

PLANEN SIE SICH FÜR IHR PERSÖNLICHES UPDATE IN SACHEN BREITBAND-AUSBAU UND DIGITALE KOMMUNE DEN 11.11.2021 EIN, DENN DANN SOLL DAS 8. BAYERISCHE BREITBANDFORUM INKL. THEMENRAUM DIGITALE KOMMUNE, WIE AUCH SCHON 2019, IN DER STADTHALLE IN GUNZENHAUSEN STATTFINDEN. INFORMATIONEN UND ANMELDUNG STEHEN BEREIT AUF:

WWW.BAYERISCHES-BREITBANDFORUM.DE

PARTNERSEITEN

„CORONA SPEZIAL“

BITTE BEACHTEN SIE AUCH DIE PARTNERSEITEN UNTER DEM REITER „CORONA SPEZIAL“: GVG GLASFASER UND DEUTSCHE GLASFASER HABEN JEWEILS WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN FÜR SIE BEREITGESTELLT.

WWW.BAYERISCHES-BREITBANDFORUM.DE/PARTNER-CORONA-SPEZIAL

Ein Jahr Bayerische Gigabitrichtlinie



Bernd Geisler

Bild: STMFH

REGIERUNGSDIREKTOR BERND GEISLER | BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Gigabit-Förderung im Freistaat Bayern

Seit einem Jahr ist die Bayerische Gigabitrichtlinie (BayGibitR) in Kraft und hat Ende 2020 die bisherige Bayerische Breitbandrichtlinie (BbR) abgelöst. Die Breitbandförderung im Freistaat wurde damit auf Gebiete ausgeweitet, die bereits mit mindestens 30 Mbit/s durch einen Netzbetreiber versorgt sind (sog. graue NGA Flecken). Die bayerische Breitbandförderung wurde damit konsequent fortentwickelt und auf die Schaffung einer gigabitfähigen und zukunftsfesten Glasfaserinfrastruktur bis in die Häuser ausgerichtet, die mit der bisherigen Förderrichtlinie aufgrund beihilferechtlicher Vorgaben nicht zu erreichen waren. Der Freistaat ist damit EU-weiter Vorreiter.

Die bisherige BbR war ein beispielloses Erfolgsmodell. Die hohe Beteiligung der bayerischen Gemeinden und die Zahlen und Daten belegen dies eindrucksvoll: Nach 6 Jahren Laufzeit haben 1.815 Gemeinden von rund 1,2 Mrd. Euro zugesagten staatlichen Fördermitteln profitiert. In insgesamt 3.051 Förderprojekten werden rund 800.000 Haushalte erschlossen, davon über 155.000 direkt mit Glasfaser. Über 97 Prozent der bayerischen Haushalte sind zum Stand Mitte 2020 mit mindestens 30 Mbit/s erschlossen, nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es sogar 99 Prozent sein. Schon jetzt verfügen über 87 Prozent sogar über mindestens 100 Mbit/s, bereits über 56 Prozent können auf mindestens 1 Gbit/s zugreifen. Bayerns Infrastruktur ist damit auch für aktuelle Anforderungen wie Homeoffice und Homeschooling gut aufgestellt.

Mit der bayerischen Kofinanzierung zur Bundesförderung werden auch weiterhin alle Gemeinden unterstützt, die das Bundesprogramm für den Breitbandausbau nutzen. Die niedrigeren Fördersätze des Bundes werden dabei auf das Niveau der BayGibitR angehoben (bis zu 90 Prozent). Die Kombination aus Bundes- und Landesmitteln und insbesondere die Härtefallregelung erlauben die Realisierung besonders umfangreicher und damit auch kostenintensiver Projekte. Zuletzt konnte beispielsweise der Landkreis Cham von Kofinanzierungsmitteln in Höhe von über 63 Mio. Euro profitieren.

Mit einer gesonderten Förderrichtlinie (GWLNR) wird die Errichtung direkter Glasfaseranschlüsse für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser bereits seit 2018 unterstützt. Insbesondere die Erschließung öffentlicher Schulen ist nicht zuletzt durch den gestiegenen Bedarf im Zuge der COVID-19-Pandemie noch stärker in den Fokus gerückt. Für 2.078 öffentliche Schulen wurden bereits För-

dermittel in Höhe von insgesamt rund 60 Mio. Euro zugesagt. 3.038 öffentliche Schulen (64 Prozent) befinden sich an Adressen, die eine gigabitfähige Erschließung, z.B. über Glasfaser oder Koaxialkabelnetze aufweisen. Die GWLANR läuft noch bis Ende 2021. Sachaufwandsträger bzw. Kommunen mit Bedarf sollten daher zeitnah diese Förderung in Anspruch nehmen.

Mit der bayerischen Gigabit-Pilotförderung wurden ab Anfang 2019 die Grundlagen für die Genehmigung der Bayerischen BayGibitR durch die Europäische Union gelegt. Alle sechs Pilotgemeinden haben eine Förderzusage erhalten. Das Pilotprojekt der Stadt Berching wurde bereits am 3. August 2020 in Betrieb genommen. Zahlreiche Unternehmen in einem Gewerbegebiet profitieren seitdem von direkten Glasfaseranschlüssen.

Rund 400 Gemeinden sind seit Inkrafttreten der BayGibitR in ein Förderverfahren eingestiegen. Gemeinden, Beratungs- und Ingenieurbüros und Netzbetreiber sind mit dem Verfahren inzwischen vertraut. Insbesondere die Vorteile der Einheitlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Verfahrensschritte durch Nutzung standardisierter Adresslisten auf Grundlage der amtlichen Hauskoordinaten werden positiv bewertet. Die bereits bei der Förderung in weißen NGA-Flecken bewährte Bereitstellung von Musterdokumenten und Musterverträgen wurde fortgeführt und in Teilen sogar ausgeweitet.

Mit der Gemeinde Sontheim im Landkreis Unterallgäu hat die erste Gemeinde einen Förderbescheid erhalten, die den gesamten Förderprozess nach BayGibitR durchlaufen hat. Mit einer Fördersumme von über 1,1 Mio. Euro werden 916 Adressen direkt an das Glasfasernetz angebunden. Die Gemeinde hat nachgewiesen, dass auch mit der neuen Richtlinie eine zügige Projektumsetzung erfolgen kann. ■

Wir bauen das GigaNetz für Bayern

Ein konvergentes Netz – vielfach ausgezeichnet:



MULTILAYER TECHNOLOGY[®]

Als 5G-Pionier haben wir das erste kommerzielle 5G-Netz gestartet. Für mobile Datenübertragung nahezu in Echtzeit. Mit höchster Kapazität für Ballungsräume und hoher Reichweite für ländliche Regionen.

Wir versorgen das Flächenland Bayern zuverlässig mit mobilen Highspeed-Internet und kristallklarer Telefonie - und erreichen somit 98,3 % der Bevölkerung.

Mit eigenen Netzen für das Internet der Dinge treiben wir smarte Lösungen voran. In Bayern funkt das Narrowband IoT-Netz für den energiesparenden Datenaustausch zwischen Maschinen und LTE-M für energiesparende Datenübertragung und Sprachsteuerung.

Unser zukunftssicherer Technologiemix aus Glasfaser und Coax-Kabel bringt Gigabit-Speed für über 3,4 Mio. Haushalte in Bayern. Das sind mehr Gigabit-Anschlüsse als von allen anderen Anbietern zusammen.

vodafone.de/netz
Ready?



STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

TKG-Reform: Erschließen zukünftig wieder die TK-Unternehmen die Neubaugebiete?

Wegen des europäischen Kodexes für die elektronische Kommunikation (Richtlinie (EU) 2018/1972) muss das Telekommunikationsgesetz (TKG) umfassend novelliert werden. Gemäß dem derzeitigen Stand des Gesetzgebungsverfahrens wächst das TKG von 152 Paragraphen auf 229. Aber anders als das Diginetzgesetz von 2016, das für die Gemeinden mehrere Zumutungen – insbesondere kommunale Glasfaserverlegepflichten – enthielt, sind diesmal die Kommunen eher am Rande betroffen.

NEUBAUGEBIETSERSCHLISSUNG ÜBER DIE UNIVERSALDIENSTVERPFLICHTUNG?

Die spannendste Frage ist daher, ob es vielleicht gelingt, die von den Kommunen heftig kritisierte kommunale Erschließungspflicht von Neubaugebieten, die bei kleineren Neubaugebieten zu einem Rückzug der Telekom geführt hat, wieder rückgängig zu machen. Die Bayerische Staatsregierung hat sich dankenswerterweise dieses Anliegen auf die Fahnen geschrieben und dazu einen Änderungsantrag in den Bundesrat eingebracht. Die Initiative ist auch insofern Aufsehen erregend, da sie den fehlenden Erschließungswillen der TK-Unternehmen über ein Regelungsinstrument brechen will, das bislang im Dornröschenschlaf lag: Die Universaldienstverpflichtung. Diese wird nämlich durch die Novelle geschärft und effizienter gemacht. Die TK-Unternehmen können dadurch im Gegenzug zum Ausgleich ihrer Wirtschaftlichkeitslücke zur Erschließung verpflichtet und die gewährte Ausgleichssumme auf alle anderen TK-Unternehmen umgelegt werden. Wenn Neubaugebiete nicht „freiwillig“ erschlossen werden, soll die Bundesnetzagentur grundsätzlich diese Waffe zücken.

QUO VADIS UNIVERSALDIENSTVERPFLICHTUNG?

Zu beobachten bleibt, ob die reformierten Universaldienstverpflichtungsregelungen zur „dritten Säule“ beim Bau eines flächendeckenden Glasfasernetzes, neben dem eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbau werden. Für Bayern gehen wir derzeit davon aus, dass es diese (außer für die Neubaugebiete) glücklicherweise nicht braucht: Die Förderhöchstbeträge sind nach Einschätzung des Finanzministeriums so ausreichend, dass sie eine flächendeckende Erschließung ermöglichen.



Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindegtag, auf dem Bayerischen BreitbandForum 2019

Bilder: Jessica Kassner

ZUSTIMMUNGSVERFAHREN WIRD GESTRAFFT

Das für die Gemeinden wichtige Zustimmungsverfahren für Telekommunikationslinien in öffentlichen Straßen soll von den §§ 68 ff. nach §§ 124 ff. umziehen – für die Praxis wird damit ein nicht unerheblicher Anpassungsbedarf ausgelöst.

Das eigene Zustimmungsverfahren für Trenchingvorhaben soll wegfallen – eher kein Schaden, da es in der Praxis sowieso zumeist nicht so gehandhabt wurde und bei den Voraussetzungen für die Verlegung in Mindertiefe alles beim Alten bleibt. Neu ist, dass man die schon bestehende Zustimmungsfiktion nach 3 Monaten verschärfen will: Voraussetzung für den Lauf der Frist ist ein vollständiger Antrag und der soll zukünftig unterstellt werden, wenn die Gemeinde nicht innerhalb eines Monats Unterlagen nachfordert. Zusätzlich ist eine weitere Fiktion für geringfügige Baumaß-

nahmen geplant: Wenn das TK-Unternehmen eine nach den Vorgaben der Gemeinde kleinere Baumaßnahme anzeigt, gilt diese als genehmigt, wenn die Gemeinde nicht innerhalb eines Monats einen Genehmigungsantrag fordert. So neu ist das freilich nicht: Teilweise haben TK-Netzbetreiber Rahmenvereinbarungen mit Kommunen geschlossen, in denen just dies vereinbart wurde.

KOMMUNENAKTION 2020 UND KEIN ENDE?

Ein Thema, das den Kommunen im vergangenen Jahr viel zusätzliche Arbeit gemacht hat, könnte durch die Novelle eine ärgerliche Fortsetzung finden: Die Kommunenaktion 2020, in der alle deutschen Kommunen von der Bundesnetzagentur verpflichtet wurden ihr georeferenzierte Daten zu Infrastruktureinrichtungen zu übermitteln, die für eine Mitnutzung durch TK-Unternehmen geeignet sind. Der Gesetzentwurf erweitert diese Verpflichtung auf sonstige Liegenschaften und Anlagen, die insbesondere als Aufstandsfläche für Mobilfunksendeanlagen geeignet sind. Für den Fall, dass die Bundesnetzagentur dies in Kürze mit einem der Kommunenaktion 2020 vergleichbaren Rollout durchsetzen will: Ein Aufstand der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist vorprogrammiert!

ALLES IN ALLEM:

Die große TKG-Reform lässt für die Kommunen weniger Änderungen erwarten als das damalige Diginetzgesetz. Der Bundesrat nutzt diese aber, um die durch Bundesgesetz den Kommunen übertragene Erschließung von Neubaugebieten zu kippen. Nun kommt es darauf an, den Bundestag davon zu überzeugen, die verfassungsrechtlich fragwürdige Regelung zu reformieren! ■

BENEDIKT BREUER | AXING AG UND DEV SYSTEMTECHNIK GMBH

Gigabit-Netzausbau für Kommunen auf bestehenden Koaxialkabel- oder HFC-Strukturen als echte Alternative zu FTTH

Die Axing AG mit Sitz in der Schweiz und die DEV Systemtechnik GmbH mit Sitz in Friedberg (Hessen, Deutschland), beides unabhängige Unternehmen der AXING Gruppe, unterstützen als „HFC Broadband Solutions“ mit innovativen, hoch flexiblen Lösungen beim Ausbau und der Aufrüstung von koaxialen oder hybriden optisch-koaxialen Netzwerken. Die Alternative zum kostenintensiven, flächendeckenden FTTH-Ausbau verwendet vorhandene Kabelstrukturen weiter. Mittels modernster Modulationsverfahren werden Städte und Gemeinden aktuellen und zukünftigen Bandbreitenanforderungen gerecht.

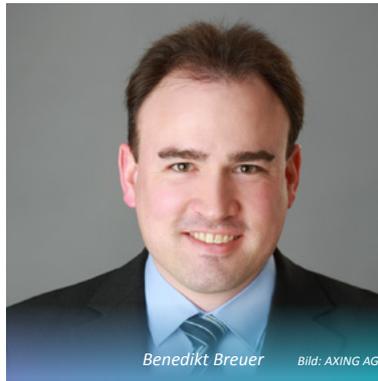
Der steigende Bedarf an breitbandiger Konnektivität für Gewerbe und Privathaushalte stellt Versorger und Kommunen vor große Herausforderungen, bietet aber auch große Chancen. Durch den Einsatz innovativer Lösungen für Internet, Telefonie und die TV-Versorgung sind Kommunen und Stadtwerke in der Lage, höchst wettbewerbsfähige Dienste in ihren bestehenden Netzen anzubieten. Wesentlicher Evolutionsschritt in diesem Zusammenhang ist die Entwicklung weg von klassischen, zentralen hin zu „verteilten“ (= distributed) Kopfstellen, bei denen die HF-Signalerzeugung aus dem Head-End hinaus ins Feld verlegt wird, was einige massive Vorteile mit sich bringt.

Grundlage für Ultra-Breitband über das Koaxial- oder HFC-Netz ist das DOCSIS-Protokoll (Data Over Cable Service Interface Specification). Die aktuell kommerziell verwendete Version DOCSIS 3.1 hat die möglichen Datenraten in neue Höhen katapultiert. Ausgeklügelte Modulationsverfahren (OFDM in Verbindung mit bis zu 4096 QAM), erweiterte Frequenzbereiche für Up- und Downstream

sowie modernste Fehlerschutzmechanismen (LDPC, BCH) machen es möglich im Downstream bis zu 10 Gbit/s ins Netz einzuspeisen, im Upstream sind maximal 2 Gbit/s möglich.

Mit dem von den HFC Broadband Solutions favorisierten Ansatz „Remote-MACPHY/CCAP“ sind alle Schlüssel-funktionen für die Internet-, Telefonie und TV-Versorgung nicht mehr in der Kopfstelle, sondern direkt im Access Node, also in einer hochintegrierten Plattform, angeordnet. Die äußerst kosteneffizienten Lösungen sind hochskalierbar. Die Flexibilität der Systeme, viele mögliche Migrationsszenarien von klassischer Kopfstellenarchitektur hin zu Distributed CCAP und die Weiterverwendbarkeit bestehender Koaxial- oder HFC-Strukturen minimiert die zu tätigen Investitionen, um Multi-Gigabit-Services anbieten zu können.

Dass sich die Glasfaser langfristig durchsetzen wird, und dass neu zu errichtende Infrastrukturen Glasfaser basiert sind, steht außer Frage. Jedoch stehen viele Kommunen vor der Aufgabe, immer höhere Bandbreiten auch bei Bestandskunden und auf bereits existierenden Netzen anbieten zu müssen. Die Gründe hierfür sind vielfältig – Kundendruck, Wettbewerb durch andere Breitbandanbieter, Bandbreite als Standortfaktor für die Wirtschaft und (inter-)nationale Breitbandziele sind nur einige Motivationen. Mit Remote-CCAP steht eine voll ausgereifte Technologie zur Verfügung, um die Bandbreitenanforderungen auch mittel- und langfristig in bestehenden Netzen zu sichern. Mit überschaubaren Kosten und kurzen Umstellungszeiten kann das Gigabit-Zeitalter eingeläutet werden. Remote-CCAP ist somit die Alternative zu PON und FTTH. ■



Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

HANS-JÜRGEN MERZ | M-NET TELEKOMMUNIKATIONS GMBH

Schnelles Internet ist eine Frage der kommunalen Daseinsvorsorge

Mit der Corona-Pandemie ist der Bedarf an schnellem Internet in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen rasant gestiegen. Das lässt sich nicht nur am eigenen Nutzungsverhalten feststellen, sondern auch beim Blick in die Netze von M-net: Seit dem Beginn der Corona-Krise im März 2020 hat der Datenverkehr um 50 Prozent zugenommen, das Upload-Volumen sogar um 200 Prozent. Bei der Kundennachfrage ist heute ein Glasfaseranschluss mit 300 Mbit/s oder mehr zum neuen Standard geworden – dieser wird (wo verfügbar) von rund zwei Drittel der Neukunden gebucht. Der Treiber für diese Entwicklung liegt auf der Hand: Tagsüber bewegen wir uns mit Homeoffice und Homeschooling durchs Netz, nach Feierabend bieten Video-Streaming und Online-Gaming willkommene Abwechslung. Auch wenn sich der steile Anstieg der Bandbreiten-Nachfrage nach der Pandemie wieder etwas normalisieren dürfte, kennt diese seit Erfindung des Internets nur eine Richtung: nach oben.



Hans Jürgen Merz
Bild: M-net Telekommunikations GmbH

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DER GLASFASER

Schnelles Internet ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert geworden. Haben in den vergangenen Jahrzehnten noch Brückentechnologien wie DSL über Kupferkabel ausgereicht, sind sich Fachleute schon lange einig: Die Zukunft gehört der Glasfaser – und zwar bis in die Wohnungen und Büros („FTTH“). Auch M-net hat das vor Jahren erkannt und treibt seitdem den Breitbandausbau mit Glasfaserkabeln bis in die einzelnen Haushalte massiv voran. Vorerorts, vor allem in ländlichen Regionen, fehlt jedoch noch die benötigte Infrastruktur. Zum einen, weil Bund und Länder mit diversen Breitband-Förderprogrammen zu lange auf kupferbasierte Brückentechnologien gesetzt haben, zum anderen, weil die Verlegung neuer Kabel in jedes Haus nicht nur viel Geld, sondern auch Zeit kostet. Nichtsdestotrotz ist schnelles Internet der entscheidende Standortfaktor der Zukunft – nicht nur für Unternehmen, sondern auch für jeden einzelnen privaten Haushalt. →

Jetzt
informieren

**Bayernweit –
Gemeinsam für mehr
Geschwindigkeit**

m-net

breitbandausbau@m-net.de

M-net Telekommunikations GmbH – Expansions- und Kooperationsmanagement
Frankfurter Ring 158, 80807 München

GEFÖRDERTER AUSBAU VERSUS INFRASTRUKTURKOOPERATION

Hoffnung macht die neue Gigabit-Richtlinie der Bayerischen Staatsregierung. Sie setzt einen richtigen und wichtigen Anreiz, um den Glasfaserausbau in unterversorgten weißen und grauen Flecken voranzutreiben. Besonders sinnvoll für einen effizienten Ausbau ist es dabei, wenn sich mehrere Gemeinden zusammenschließen und interkommunal oder auf Landkreis-Ebene gemeinsame Ausschreibungen vornehmen.

Den Kommunen steht aber oft auch ein anderer Weg offen, um den aufwändigen Glasfaserausbau schnell und effizient zu realisieren – und zwar mit Infrastrukturkooperationen. Dabei bündeln zwei Telekommunikationsanbieter ihre Kräfte beim Ausbau der passiven und aktiven Infrastruktur und bei der Vermarktung der Anschlüsse. Gemeinsam schaffen sie so eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage für den eigenwirtschaftlichen Ausbau ohne Fördermittel.

Ein aktuelles Beispiel ist die jüngste Kooperation von M-net mit dem Unternehmen Deutsche Glasfaser. Gemeinsam wollen wir in den kommenden zwei Jahren 60.000 Haushalte in Bayerisch-Schwaben und westlich von München mit Fiber-to-the-Home-Anschlüssen (FTTH), also echten Glasfaseranschlüssen bis ins Haus, erschließen. Beide Anbieter, M-net und Deutsche Glasfaser, finanzieren den Ausbau gemeinsam und bieten anschließend ihre Dienste an. Der Kunde kann also zwischen den Angeboten der beiden Anbieter frei wählen. Einzige Voraussetzung ist das Erreichen einer Vorvermarktungsquote von in der Regel 40 Prozent. Anders ausgedrückt: Entscheiden sich 40 Prozent



Bild: M-net Telekommunikations GmbH

der Einwohner für einen Glasfaseranschluss, findet der Ausbau statt und kostet die Kommune keinen einzigen Euro.

Dabei steht das Netz im Fall von M-net anschließend auch für weitere Anbieter offen: Wir bekennen uns klar zu einem offenen Zugang (Open Access) und haben auch bereits entsprechende Kooperationen mit 1&1 und einem weiteren großen Anbieter geschlossen. Doch egal, welches Modell für eine bestimmte Kommune die beste Lösung ist – ob gefördert oder über eine Infrastrukturkooperation: Jetzt ist die Zeit, die digitale Infrastruktur der Zukunft aufzubauen. ■

Jede Gemeinde ist anders, verfügt über bestehende Netze und hat ihre eigenen geographischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Wir beraten Sie gerne individuell und unverbindlich.

E-Mail: breitbandausbau@m-net.de

Tel.: 089 45200-3425

m-net.de/glasfaser-erleben/glasfaser-fuer-kommunen



Engineering progress
Enhancing lives

High-Speed fängt unter der Erde an.

Mit unseren Lösungen für den Breitbandausbau schaffen wir die Grundlage für ein zukunftssicheres Leben auf der digitalen Überholspur und bieten darüber hinaus individuelle Beratung, speziell entwickelte Produkte und sicheren Einbau.

REHAU Tiefbaulösungen:
der grundlegende Unterschied.
www.rehau.de/grundlegend

 **REHAU**

STEFANIE SILL | EMTELLE GMBH

Von Schottland, nach Deutschland, nach Bayern

Qualitätsansprüche an Mikrorohre „Made in Germany“

Was haben Kleiderbügel und Kabelschutzrohre miteinander zu tun? Bis auf den Anfangsbuchstaben im ersten Moment augenscheinlich erst einmal gar nichts – doch tatsächlich fing damit die Entstehungsgeschichte der Firma Emtelle an. Umgeben von grüner, hügeliger Idylle begann im schottischen Jedburgh die Produktion von Kleiderbügeln aus Kunststoff, die sich vor 40 Jahren relativ schnell auf PVC-Rohre und erste Glasfaserlösungen an die Britische Telekom ausweitete und spezialisierte. Mit der Eröffnung des zweiten Produktions- und heutigen Hauptsitzes im schottischen Hawick wurden seit 1999 erste Mikrorohrlösungen entwickelt, patentiert und produziert.



Ein Bayer würde sich in Schottland wohlfühlen: Auch in Schottland wird Tracht noch stolz getragen, blau-weiß wird sich wortwörtlich auf die Fahne geschrieben, auf Natur und Berge wird viel Wert gelegt, wer Weißwurst zuzeln kann, kommt auch mit Haggis zurecht – und auch die Schotten se-

hen sich als eigenständiges Land fernab von Großbritannien. Dennoch erkannte man schnell, dass weitere Fertigungsstandorte für eine weltweite Lieferabdeckung unabdingbar sind und so wurde 2007 ein weiterer Standort in Dänemark und 2017 auch die deutsche GmbH in Erfurt gegründet.

Seitdem gilt das Motto „Made in Germany“ für die ganze Gruppe. Strenge Endproduktprüfungen wie die 100-Prozent Kugel- und Druckprüfung am fertigen Mikrorohrbündel, die Einhaltung der Vorgaben des BMVI sowie eine einzigartige Zusammensetzung aus einem reibungsarmen EM-Liner in Kombination mit Innenriefung garantieren die Einblasfähigkeit der Mikrorohre.

Als Systemlieferant mit einer Mikrorohr- und Kabelfertigung unter einem Dach kann Emtelle nicht nur höchste Qualität versprechen, sondern auch optimale Kompatibilität zwischen Kabel und Mikrorohr. Mit mehreren hausinternen Teststrecken verlässt kein neuer Kabeltyp das Werk ohne zuvor gemeinsam mit den →

Wir machen das Netz.

Wir schaffen Verbindungen, wo sie benötigt werden: In Bayern. In Ihrer Gemeinde. Bei Ihnen zu Hause.

teranet.de

Gemeinsam für einen flächendeckenden Ausbau

- ◆ Beste Erfahrungen in Vermarktung, Betrieb und Ausbau
- ◆ Partnerschaftlicher und regionaler Ansatz
- ◆ Eine moderne, dynamische Marke für Top-Glasfaserprodukte

Sprechen Sie uns an! Alle Kontaktinfos auf vgv-glasfaser.de/fuer-kommunen/



Mikrorohren auf Herz und Nieren bzw. exzellente Einblasperformance getestet zu werden. Alles ganz nach dem Prinzip „OneDig“, mit dem Emtelle seinen Kunden Qualität und Produkte liefern möchte, mit denen nur einmal aufgegraben muss – denn was gibt es Schlimmeres als einen Einblasstopp, nachdem die Straße bereits wieder geschlossen wurde.

OneDig steht auch für eine Installation in möglichst wenigen Schritten, welche dank innovativer Produkte, wie MULTIFI – das Mikrorohrbündel mit werksseitig vorinstallierten Glasfaserkabeln - möglich wird. Produkte wie die neue EM-Bend Abzweihilfe hingegen sorgen für eine intuitive und fehlerfreie Verlegung ohne zweites Aufgraben. Für anspruchsvolle Verlegearten, wie Spülbohren, Einpflügen oder die Verlegung ohne Sandbett liefert Emtelle speziell doppelschichtige, robuste Mikrorohrbündel DBR, die ausreichend Schutz und Zugfestigkeit bieten.



Einpflügen unter erschwerten Bodenbedingungen – dank dem robusten Emtelle Mikrorohrbündel DBR kein Problem.

Bild: Emtelle GmbH

Und wer sich nun fragt, was denn mit den Kleiderbügeln passiert ist – auch die werden tatsächlich noch produziert, allerdings nur noch im Nebengebäude und unter anderem Namen.

ÜBER EMTELLE

Emtelle, der weltweite Hersteller von Glasfaserkabel- und Mikrorohrlösungen ist führend in der FTTX-Branche und unterstützt alle wichtigen Akteure der Branche mit zuverlässigen und qualitativ hochwertigen Lösungen für den weltweiten Einsatz. Mit Werken in Großbritannien, Dänemark und Deutschland sowie Vertriebsbüros in den Niederlanden, Schweden, Osteuropa und Malaysia bedient Emtelle weltweit über 100 Länder in verschiedenen Sektoren, einschließlich Telekommunikation und Strom. ■

Damit nicht nur für anspruchsvolle Bodenklassen eine Lösung mit einem Installationsschritt geboten wird, sondern auch der anspruchsvollste Kunde zufriedengestellt wird.

Weitere Informationen zu Emtelle finden Sie unter:

www.emtelle.de

tso
the fiber experts



Sie brauchen Unterstützung bei der Geräteauswahl? Sie suchen nach Schulungs- oder Trainingsmaßnahmen? Kontaktieren Sie uns... wir helfen gerne weiter!



Der Breitbandausbau ist in vollem Gange!

Gehen Sie schon mit?

Wir sind autorisierter Vertriebspartner marktführender Hersteller und führen ein breites Spektrum aller maßgeblichen Komponenten, die für den Breitbandausbau erforderlich sind. Auch die Wartung und Instandsetzung, sowie Kalibrierung Ihrer Geräte gehören zu unserem Serviceangebot. Individuelle Schulungen (auch online) und Gerätetrainings runden unser Angebot ab und machen auch Sie in kurzer Zeit **zum fiber expert!**

SUMITOMO ELECTRIC

VIAVI
Solutions

FLUKE networks

Chemtronics

MILLER

STUDIE

BREITBANDBEDARF DER BAYERISCHEN UNTERNEHMEN 2020

STUDIE DER GMS DR. JUNG GMBH, HAMBURG, IM AUFTRAG DER VBW

Hochmoderne und flächendeckende digitale Netze sind für alle Wirtschaftsbereiche und Anwendungen eine unerlässliche Infrastrukturvoraussetzung. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hat daher auf Basis einer repräsentativen Befragung unter 647 Unternehmen erneut untersucht, welche konkreten Anforderungen an die kabelgebundene und mobile Netzinfrastruktur gestellt werden. Die Studie wurde im Auftrag der vbw von der GMS Dr. Jung GmbH in Hamburg erstellt.

Wie die Untersuchung zeigt, hat sich die Ausstattung bayerischer Unternehmen mit schnellem Breitband-Internet im Vergleich zum Vorjahr (2019) spürbar verbessert. Mittlerweile nutzt jedes vierte Unternehmen zumindest Bandbreiten von über 50 Mbit/s. Damit hat sich der Anteil mehr als verdoppelt. Sechs Prozent der Unternehmen arbeiten sogar mit höheren Bandbreiten im Bereich von 100 Mbit/s oder mehr. Nach wie vor am weitesten verbreitet sind Bandbreiten zwischen 16 Mbit/s und 50 Mbit/s (46 Prozent), hier hat sich gegenüber 2019 wenig verändert.

Sehr niedrige Datenübertragungsraten von maximal 16 Mbit/s werden mittlerweile nur noch von einem Viertel der Unternehmen genutzt. Mehr Firmen verfügen über eine hohe (über 50 Mbit/s) als eine niedrige Bandbreite (bis 16 Mbit/s).

Mit der Unternehmensgröße steigen die vertraglich vereinbarten Datenübertragungsraten an. Zwei Drittel der Firmen mit 250 oder mehr Beschäftigten nutzen demnach Bandbreiten von über 50 Mbit/s. Eine Entwicklung hin zu höheren Bandbreiten lässt sich dennoch in erster Linie bei Kleinst- und Kleinunternehmen beobachten.

Im Hinblick auf die Wirtschaftsabschnitte werden höhere Bandbreiten im Bereich von über 100 Mbit/s im industriellen Sektor (elf Prozent) etwas häufiger verwendet als im Dienstleistungssektor (fünf Prozent), während niedrige Bandbreiten im Bereich von bis zu 50 Mbit/s im Dienstleistungssektor (70 Prozent) leicht häufiger vorkommen als im industriellen Sektor (64 Prozent).

Laut Studie wird der Bandbreitenbedarf der bayerischen Unternehmen bis 2023 weiter ansteigen. Nur noch drei Prozent der Befragten sehen für die Zukunft Geschwindigkeiten von bis zu 16 Mbit/s als ausreichend an. Weniger als ein Sechstel schätzt seinen Breitbandbedarf für das Jahr 2023 zudem mit über 16 Mbit/s bis 50 Mbit/s ein. Gut drei Viertel erwarten hingegen, dass bis dahin Bandbreiten von über 50 Mbit/s (43 Prozent) bzw. sogar über 100 Mbit/s (34 Prozent) benötigt werden. Der für 2023 prognostizierte Bedarf ist damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen.

Dass sich im Hinblick auf die Ortsgröße und den Regierungsbezirk des Unternehmenssitzes erneut keine bzw. nur kleine systematische Unterschiede feststellen lassen, unterstreicht die Relevanz des Breitbandausbaus in der Fläche. Wie schon im Vorjahr fällt der Zukunftsbedarf in der Oberpfalz und in Niederbayern ebenso wie in Mittelstädten mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohner leicht überdurchschnittlich aus. Auch hier handelt es sich aber um sehr geringe Abweichungen.

Um Bandbreiten von (deutlich) über 100 Mbit/s im stationären Bereich zu erreichen, sind VHC-Netze eine wichtige (Zukunfts-)Technologie. Dabei handelt es sich um Kommunikationsnetze, die komplett aus Glasfaserkomponenten bestehen oder eine ähnliche Netzleistung erbringen können.

Die Anbindung ans VHC-Netz ist lediglich für 28 Prozent der befragten Unternehmen vorhanden oder mit geringem Aufwand realisierbar. Ähnlich wie bei der vertraglich vereinbarten Bandbreite steigt der Anteil mit der Unternehmensgröße sichtlich an. So ist eine Anbindung ans VHC-Netz unter den Firmen mit mehr als 250 Mitarbeitern bereits für doppelt so viele Unternehmen problemlos realisierbar oder bereits vorhanden wie unter den Kleinst- oder Kleinunternehmen.

Im industriellen Sektor ist eine VHC-Anbindung zumindest für jedes dritte Unternehmen verfügbar. Dies liegt nicht zuletzt an einer vergleichsweise hohen Verfügbarkeit von VHC-Anschlüssen bei Unternehmen der Energieversorgung (41 Prozent) und des Baugewerbes (33 Prozent). Nachholbedarf besteht vor allem in den Regierungsbezirken Franken (18 Prozent) und Schwaben (22 Prozent).

Bereits einen Gigabit-Anschluss gebucht haben nur drei Prozent aller Unternehmen. Unter jenen, die angeben, an ihrem Standort auf entsprechende Bandbreiten zurückgreifen zu können, hat nicht einmal jede siebte Firma einen solchen Tarif auch tatsächlich gebucht. Demgegenüber haben 81 Prozent von der Verfügbarkeit von Bandbreiten im Bereich über einem Gbit/s bislang keinen Gebrauch gemacht. Die Gründe dafür sind am häufigsten die Kosten (28 Prozent). Allerdings gibt auch jedes fünfte dieser Unternehmen an, für solche Bandbreiten keinen Bedarf zu sehen. →

Entgegen dem Trend der Befragung aus dem Jahr 2019 ist die allgemeine Zufriedenheit mit der Bandbreite leicht gestiegen und erreicht einen neuen Höchstwert. Etwa die Hälfte der Unternehmen ist mit der verfügbaren Bandbreite sehr oder eher zufrieden. Der Anteil der mit der derzeit verfügbaren Bandbreite eher bzw. sehr unzufriedenen Firmen fällt mit insgesamt 45 Prozent wieder klar unter die 50 Prozent-Marke. Dies lässt sich auch als Anzeichen dafür interpretieren, dass die Netze dem durch die Corona-Pandemie bedingten gestiegenen Bedarf im Großen und Ganzen gut standgehalten haben.

Erneut fällt der Anteil der Unzufriedenen, die für 2023 einen höheren Bandbreitenbedarf erwarten, mit 58 Prozent überdurchschnittlich hoch aus. Dagegen bejahen beinahe alle Firmen, die bis 2023 keine höheren Bandbreiten benötigen, die derzeit verfügbare Bandbreite.

Der Anteil der Unternehmen, die aufgrund einer unzureichenden Bandbreite negative Auswirkungen wahrnehmen, liegt unverändert bei knapp der Hälfte. Anders als noch im Vorjahr haben wieder vermehrt Firmen aus dem industriellen Sektor und dem Bergbau mit den negativen Folgen unzureichender Breitbandverbindungen zu kämpfen (51 Prozent). Dabei liegt sowohl das verarbeitende Gewerbe im Allgemeinen als auch die Metall- und Elektroindustrie im Speziellen leicht über dem Durchschnitt aller bayerischen Unternehmen.

Einige Firmen verknüpfen ihren steigenden Bandbreitenbedarf besonders mit eher globalen Entwicklungen wie der Digitalisierung, andere denken dabei schon an recht konkrete Anwendungsmöglichkeiten wie beispielsweise Big Data oder Industrie 4.0. Die meistgenannten konkreten Technologien bleiben mobile Anwendungen und Plattformen (36 Prozent), gefolgt von Fernwartungen und Fernzugriffen (30 Prozent), Anwendungen zur Datenaufbereitung, -bereitstellung und -speicherung (29 Prozent) sowie Collaboration-Tools (28 Prozent). Noch ein knappes Viertel der Unternehmen, die von einem steigenden Bandbreitenbedarf ausgehen, bringen diesen mit Big Data-Analysen/Predictive Analytics in Verbindung. Datenvisualisierungen und Bild- und Videodaten/Streaming sind für die Erwartung eines steigenden Bandbreitenbedarfs hingegen aus Perspektive der befragten Unternehmen ebenso vergleichsweise weniger wichtig wie Industrie 4.0-Anwendungen und Echtzeitanwendungen. ■

Download der Studie unter:

→ <https://bit.ly/2ZF7xcl>

INDUSTRY LEADING SYSTEM SOLUTION FOR FIBRE OPTIC COMMUNICATIONS



Alles aus einer Hand

Hexatronic entwickelt, fertigt, vermarktet und liefert qualitativ hochwertige Lösungen für glasfaserbasierte Netzwerke.

Durch unsere standardisierten Prozesse und einmaligen Produktlösungen können wir unseren Kunden eine sichere Projektumsetzung garantieren.



HEXATRONIC
Hexatronic GmbH 

JOSEF SCHERL | TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH

Telekom Deutschland setzt auf intensive Zusammenarbeit mit Kommunen

Umfassender FTTH-Ausbau bis 2030 geplant

Wie wichtig und wie richtig der schrittweise Breitbandausbau war, hat die Corona-Krise leider in dramatischer, aber dennoch aus dieser Betrachtung hervorragender Weise bewiesen: Reine Glasfaseranschlüsse (FTTH) für Wenige oder aktuell vollkommend ausreichende kombinierte Glasfaser- und Kupferanschlüsse (FTTC) in extrem kurzer Zeit für nahezu 100 Prozent.

Innerhalb von nur ca. fünf Jahren konnte sich das Bundesland Bayern im bundesweiten Vergleich bei der Breitbandversorgung von einem der hinteren Plätze in die Spitzengruppe katapultieren. Das konnte nur gelingen, weil es die strategische Entscheidung der Deutschen Telekom war, den Glasfaserausbau in zwei Schritten zu bewältigen. Wir investieren allein so viel, wie die ganze Branche zusammen und haben den FTTC-Ausbau in Bayern vor allem im ländlichen Raum vorangetrieben. Eine zweite gute Entscheidung war es, dass die bayerische

Staatsregierung viel Geld für die Förderung unwirtschaftlicher Ausbaubereiche bereitgestellt hat. Und diese Kombination gab es nur in Bayern. Da wir unsere Investitionen zusätzlich auch noch mit entsprechenden Soft- und Hardwarehuben (Vectoring, Super Vectoring) getuned haben, konnten wir mit dieser Investition ohne Zusatzaufwand für die Gemeinden die Bandbreiten nochmals mehr als verdoppeln. Letztendlich haben wir einen „Volkswagen“ für alle gebaut, diesen dann noch getuned und jetzt fahren wir die Produktion für den „Sportwagen“ hoch.

Ich bin schon immer davon überzeugt gewesen, dass man diesen riesigen „Infrastruktur-Elefanten“ nur in Schritten verdauen kann.

Und so treffen jetzt erneut zwei strategische Entscheidungen für die zweite Phase aufeinander. Wir planen bis 2030 einen umfassenden FTTH-Ausbau und nehmen jetzt eine noch größere Investition in Angriff. Dafür wün-



Josef Scherl
Bild: Telekom Deutschland GmbH

MEHR INTERNET

MEHR TV

MEHR SERVICE

Glasfaser bis in Ihr Zuhause – ab 19,95 €* mtl. in den ersten 6 Monaten

Mehr Infos unter www.telekom.de/jetzt-glasfaser oder kostenlos unter **0800 22 66100**

NETZTEST

SEHR GUT

FESTNETZTEST
BUNDESWEITE ANBIETER

Telekom
Heft 8/2020

www.connect.de

ERLEBEN, WAS VERBINDET.

* Aktion gilt bei Beauftragung bis 30.06.2021 für Breitband-Neukunden, die in den letzten 3 Monaten keinen Breitbandanschluss bei der Telekom hatten. MagentaZuhause XL kostet in den ersten 6 Monaten 19,95 €/Monat, danach 54,95 €/Monat. Bei Buchung von MagentaZuhause XL erfolgt eine Router-Gutschrift i. H. v. 80 € bei Miete eines Routers (Endgeräte-Service-Paket ab 5,95 €/Monat) auf einer der nächsten Telekom Rechnungen nach Bereitstellung des Tarifs. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Hardware zzgl. Versandkosten in Höhe von 6,95 €. Einmaliger Bereitstellungspreis für neuen Telefonanschluss 69,95 €. Mindestvertragslaufzeit für MagentaZuhause 24 Monate, Router 12 Monate. Für die Bereitstellung eines MagentaZuhause Fiber Tarifs ist ein Glasfaser-Hausanschluss erforderlich. Sofern noch nicht vorhanden, wird dieser kostenfrei neu verlegt, vorausgesetzt, die Anschlussadresse für den Tarif ist mit der Adresse des mit Glasfaser anzuschließenden Gebäudes identisch. Die Bereitstellung erfolgt, wenn Hauseigentümer/Hausverwaltung dem Ausbau nicht widersprechen und das Auskundungsprotokoll (Vor-Ort-Termin) den Ausbau bestätigt. Das geplante Ausbaubereich kann nach Auswahl Ihres Wohnorts der Internetseite www.telekom.de/jetzt-glasfaser entnommen werden.
Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

schen wir uns weiterhin eine enge Zusammen- → arbeit mit den Kommunen. Dort, wo kein Netzbetreiber wirtschaftlich kalkulieren kann, steht das neue Gigabit-Förderprogramm des Freistaates zur Verfügung. Gespannt bin ich auf jeden Fall, wie viele Kunden sich dann tatsächlich für unseren „Sportwagen“ entscheiden. Haben will ihn mit Sicherheit jeder, nur ob ihn tatsächlich jeder braucht und dafür bereit ist, etwas mehr Geld zu bezahlen, bleibt die spannende Frage.

Unseren Anspruch haben wir als größter Telekommunikationskonzern in Europa und mit Abstand größter Investor in moderne Infrastrukturen in Deutschland mit einem klaren Ziel formuliert: „We won't stop, until everyone is connected“. Wir werden uns also erst zufriedengeben, bis jeder mit einem schnellen Anschluss #DABEI sein kann.

Wir setzen hierzu modernste Planungsinstrumente, Big Data Analysen, künstliche Intelligenz, sowie modernste sog. T-Cars zur Erfassung der Oberflächen ein, um optimierte Planungsergebnisse und hochqualitative Antragsunterlagen für die Wege- und Standortsicherung zu erzeugen.

Um möglichst schnell und kostengünstig beim Ausbau voranzukommen, benötigen wir aber auch weiterhin die Unterstützung aller Genehmigungsbehörden, sowie die Bereitschaft moderne Verlegungstechniken einzusetzen. Es ist aus meiner Sicht nicht akzeptabel, möglichst schnell und kostengünstig an jeder Adresse Glasfaseranschlüsse zu fordern, aber gleichzeitig mit immer mehr Auflagen oder Verboten diesen Ausbau quasi zu verhindern oder wesentlich zu verzögern und zu verteuern.

Wenn wir über den Breitbandausbau sprechen, müssen wir parallel auch über Mobilfunk reden. Mobilfunk und die neuen 5G-Netze sind nicht nur ein zweites Breitbandnetz, das im Bedarfsfall als Back Up für jeden Festnetzanschluss genutzt werden kann, sondern sie haben in den letzten Jahren extrem viele Innovationen ermöglicht. Mobilfunk rettet nicht nur täglich Leben, Mobilfunk ist die Voraussetzung, um im weltweiten Wettbewerb noch mithalten zu können. Wir brauchen die Innovationen, wir brauchen die Effizienzen für unsere Wirtschaft, wir brauchen die Chancen, um intelligente Steuerungssysteme z.B. für die Verkehrssteuerung und damit für den Umweltschutz zu entwickeln. Der neuen Mobilfunkgeneration sprechen Experten einen ähnlich disruptiven Faktor, wie der Erfindung der Dampfmaschine und der damit verbundenen Industrialisierung zu. Wenn Deutschland seinen Wohlstand sichern möchte – und da rede ich noch nicht mal vom



Bild: Telekom Deutschland GmbH

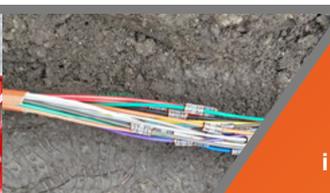
Vergrößern – dann müssen wir schnell und unkonventionell diese Technik ausrollen und weiße Flecken schließen. Nur hier ist der Widerspruch noch viel ausgeprägter. Irgendwie beschweren sich alle hinsichtlich einer schlechten Mobilfunkversorgung im Land – der ich aus Sicht unserer eigenen Netze nicht zu 100 Prozent zustimmen möchte – trotzdem würden wir gerne die weißen Flecken schnell schließen und die Performance durch weitere Standorte verbessern. Gleichzeitig wird der Neubau von Mobilfunkstandorten reihenweise verhindert oder extrem verzögert.

Es ist nämlich ganz und gar nicht so, dass wir nicht bauen wollen, sondern ziemlich simpel der Tatsache geschuldet, dass Neubauten mit immer größeren Anstrengungen von Seiten der Bürger, teilweise leider auch der Unternehmer, Gemeinden und Landratsämter verhindert werden. Wenn wir hier nicht einfacher, schneller und pragmatischer mit dem Thema Mobilfunk umgehen, dann hilft es auch nichts, wenn jeden Tag über weiße Flecken in den Medien berichtet und lamentiert wird, andererseits dieselben Menschen gegen neue Mobilfunkmasten Sturm laufen, oder die Mobilfunkbefürworter sich nicht genauso organisieren und sich für neue Sendeanlagen ins Zeug legen. Ohne geeignete Grundstücke und Gebäude, die man den Netzbetreibern vermietet, wird kein einziger neuer Antenträger gebaut werden können. Darüber sollte man mal nachdenken. ■



...WIR PRODUZIEREN IN ERFURT
FÜR SCHNELLES INTERNET IN DEUTSCHLAND!

KOMPLETTLÖSUNGEN FÜR IHREN BREITBANDBAU



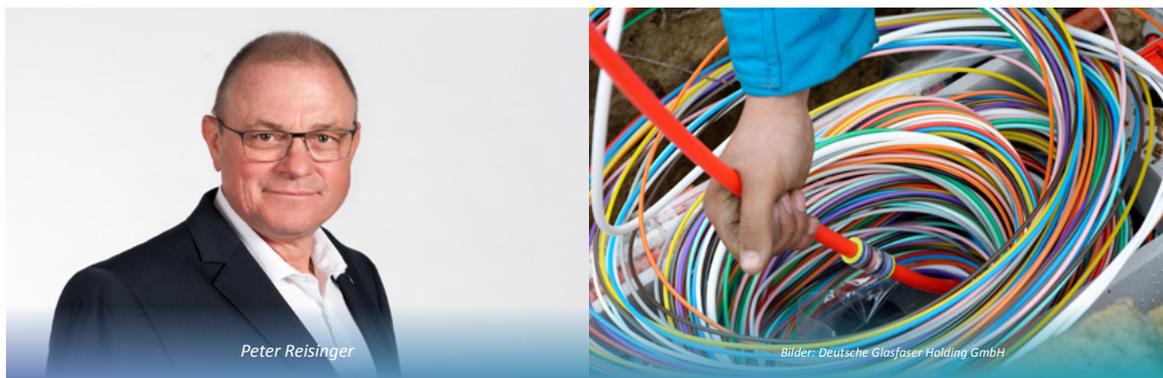
WWW.EMTELLE.DE

Emtelle GmbH
An der Flurscheide 20 - 99098 Erfurt
info-de@emtelle.com +49 (0) 361 654330

DEUTSCHE GLASFASER HOLDING GMBH

Glaserfaser für Bayern

DIGITALISIERUNG FUNKTIONIERT NICHT IM ALLEINGANG



Peter Reisinger

Bilder: Deutsche Glasfaser Holding GmbH

Die aktuelle Ausnahmesituation stellt Bayern, Deutschland und die gesamte Welt vor großen Herausforderungen. Auf viele dieser Herausforderungen wurde mit digitalen Lösungen geantwortet: Homeoffice und Home-schooling – aber auch Streaming von Filmen, Musik und Online-Gaming in der Freizeit gehören heute zur neuen Normalität zuhause. Das Leben hat sich in die Online-Welt verlagert. Eine Folge dieses digitalen Lebensalltags ist der enorme Anstieg des Bandbreitenbedarfs. In diesen Tagen herrscht eine nie dagewesene Nachfrage nach schnellen und stabilen Internetanschlüssen. Dass reine FTTH-Glasfaseranschlüsse („Fiber To The Home“ – Glasfaser bis ins Haus) die einzig zukunftssichere Internetanbindung sind, die langfristig diesen Bedarf decken können, steht mittlerweile in der Politik außer Frage.

Nun gilt es auch in Bayern einen Glasfaseranschluss in jedes Haus zu bringen – möglichst flächendeckend, schnell und zu einem fairen Preis. Deutsche Glasfaser sieht sich als Partner der bayerischen Kommunen und hat die nötigen Mittel und das Know-how, um Glasfasernetze im großen Stil gerade in ländlichen Regionen des Landes auszurollen. Insgesamt wird der Netzanbieter aus Borken (NRW) bis zum Ende dieses Jahres in Bayern über 100.000 Glasfaseranschlüsse privatwirtschaftlich realisiert haben. Zusätzlich engagiert sich das Unternehmen aktuell in Projekten im Umfang von 250.000 Glasfaseranschlüssen und plant weitere Projekte, die über eine halbe Millionen Anschlüsse umfassen – und das ist nur der Anfang. Trotz der privaten Investitions- und Ausbaustärke funktioniert Digitalisierung jedoch nicht im Alleingang.

Um Privathaushalte und Unternehmen möglichst flächendeckend den Zugang zur Gigabit-Internet-Welt zu ermögli-

chen, arbeitet Deutsche Glasfaser sowohl mit der Politik als auch mit der Wirtschaft zusammen. „Die Privatwirtschaft ist der Treiber des Glasfaserausbau in Deutschland, aber wir brauchen für eine flächendeckende Versorgung die Hilfe des Staates“, sagt Peter Reisinger von Deutsche Glasfaser, zuständig für kommunale Kooperationen in Bayern. „Effektiver und effizienter Glasfaserausbau in einer Kommune funktioniert am besten, wenn wir im ersten Schritt privatwirtschaftlich das Netz ausrollen und im Anschluss – im Rahmen des staatlich geförderten Netzausbaus – die Netzlücken schließen. Damit versorgen wir zum einen schnell die Haushalte in den Kernortschaften und verkleinern zum anderen insgesamt das Fördergebiet. So sorgen wir gemeinsam für Flächendeckung und schonen die Kassen der Kommunen, denn sie müssen bei jedem Förderprojekt einen nicht unerheblichen Eigenanteil beisteuern.“

Neben der Kooperation mit der Politik im Rahmen von Förderprojekten schließt Deutsche Glasfaser langfristig angelegte, sogenannte Open-Access-Partnerschaften mit Wettbewerbern – wie jüngst mit dem Anbieter M-net. Diese Art der Partnerschaft bündelt Kräfte, verhindert den unwirtschaftlichen doppelten Netzausbau in einem Ort und bietet den Kunden von Anfang an mehr Produktauswahl auf einem Netz. So planen M-net und Deutsche Glasfaser in den kommenden zwei Jahren den Ausbau von rund 60.000 reinen Glasfaseranschlüssen in Bayerisch-Schwaben und dem Münchner Westen. Die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Digitalisierung des Landes ist das Gebot der Stunde – denn gerade die derzeitige Krisenzeit offenbart, wie wichtig heutzutage die flächendeckende Verfügbarkeit kritischer digitaler Infrastrukturen ist – und zwar für alle gemeinsam. ■

GVG GLASFASER GMBH

Starker Partner für Kommunen

DIE UNTERNEHMENSGRUPPE GVG GLASFASER PLANT, BAUT UND BETREIBT GLASFASERNETZE. DABEI VERFOLGT SIE DAS ZIEL EINE MÖGLICHST FLÄCHENDECKENDE VERSORGUNG IN DEN REGIONEN ZU ERREICHEN. AUCH IN BAYERN WILL DAS UNTERNEHMEN NUN DIESE ZUKUNFTSWEISENDE INFRASTRUKTUR VERWIRKLICHEN.



Die GVG-Gruppe ist Experte für sichere zukunftsorientierte Breitbandversorgung auf der Basis von Glasfasertechnologie bis ins Gebäude (FTTH). Gemeinsam mit Kommunen werden Lösungen geschaffen, die Regionen mit einer neuen und kupferfreien Telekommunikationsinfrastruktur zu versorgen. Eine solche Infrastruktur erhöht die Attraktivität von Städten und Gemeinden sowohl als Wirtschaftsstandort als auch als Wohnraum deutlich. Der Glasfaser-Experte agiert zum einen in förderfähigen bislang unterversorgten Gebieten (weiße Flecken) und zum anderen auch in Regionen, die bereits auf Bandbreiten von mind. 30 Mbit/s zurückgreifen können (schwarze Flecken).

Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie ansässigen Unternehmen nach bester digitaler Versorgung – vor allem in ländlichen Gebieten – sind so groß wie nie zuvor. „Bei dem stetig wachsenden Bedarf nach hochleistungsfähigem Internet stoßen die alten Kupferkabel bereits heute vielerorts an ihre Grenzen“, so GVG-Gebietsleiter Martin Schwenke. „Mit Glasfasernetzen, die den Kunden den Glasfaseranschluss direkt ins Gebäude bringen, ist die Breitbandversorgung für die nächsten Jahrzehnte gesichert und auf dem besten Stand.“

Eine hochleistungsfähige Glasfaser-Infrastruktur ist maßgebend für optimal vernetzte Haushalte und Unternehmen in Gemeinden. Je nach Wünschen und Möglichkeiten bietet die GVG den Gemeinden und Kooperationspart-

nern alle Schritte von der Netzplanung über die Vermarktung bis hin zum Betrieb und Kundensupport. Dabei fungiert das Unternehmen sowohl als Unterstützer bei der Umsetzung von Fördermitteln in den weißen Flecken, als späterer Betreiber oder auch als Netzbauer in schwarzen Flecken mit eigenwirtschaftlichen Mitteln.

Mehr Infos auf vgg-glasfaser.de

Als Top-Vermarkter in Norddeutschland bringt die GVG die Erfahrung und die Energie mit, die auch Gemeinden für den Breitbandausbau in Bayern benötigen. Mit der Marke nordischnet versorgt die GVG bereits knapp 70.000 Kunden in 160 Kommunen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In Bayern tritt das Unternehmen nun mit der neuen und frischen Marke teranet auf. Unter dem Slogan „Andere sind connected, wir fühlen uns verbunden“ stellen sich die Produkte dieser neuen Marke voll und ganz auf die Bedürfnisse der Kunden ein – sei es das All-inklusive-Leistungspaket mit Internet, Festnetz und TV für die ganze Familie oder die smarte Internet-Businesslösung für Unternehmen. Die Beratung kommt dafür nicht aus der Ferne, sondern die GVG setzt voll auf eine regionale Vernetzung – die Berater sind direkt vor Ort. „Persönliche Gespräche sind bei einem beratungsinintensiven Thema wie der Schaffung einer komplett neuen Telekommunikationsinfrastruktur enorm wichtig“, führt Schwenke weiter aus. ■

Mehr Infos auf teranet.de

ROLF-PETER SCHARFE | VODAFONE DEUTSCHLAND GMBH

Gigabit für Bayern

Über den Breitbandausbau im Freistaat

Rolf-Peter Scharfe ist bei Vodafone Deutschland schon seit vielen Jahren für die Anbahnung von Netzinfrastruktur-Projekten verantwortlich. Bis heute hat er eine Vielzahl von Gigabit Projekten federführend begleitet. Dabei spielte der Freistaat eine bedeutende Rolle – denn hier hat Vodafone in zahlreichen eigenwirtschaftlichen und geförderten Projekten gezeigt, wie Gigabit-Ausbau technologieübergreifend funktioniert. Heute verfügt Bayern dank Glasfaser und Kabel über 3,2 Millionen Gigabit-fähige Internet-Anschlüsse.

Die durchschnittliche Steigerung des Datenverbrauchs beträgt weltweit etwa 27 Prozent im Jahr – das ist ein enormer Zuwachs. Um diese Datenmengen zuverlässig transportieren zu können, benötigen wir starke Netze. Vodafone macht in Bayern vor, wie mit modernstem Technologie-Mix eine Gigabit-Gesellschaft entstehen kann. Durch die Kombination von Mobilfunk mit 4G|LTE und 5G, Kabel und Glasfaser bringen wir die Bevölkerung in Bayern auch in diesen herausfordernden Zeiten näher zusammen und schaffen die Grundlage für die Digitalisierung des Bundeslandes.

MOBILFUNK – MIT HIGHSPEED DURCH DIE LUFT

Hier nimmt Bayern eine Vorreiterrolle ein – denn schon heute sind 98,3 Prozent der Bevölkerung bereits mit 4G|LTE und Geschwindigkeiten von bis zu einem Gigabit pro Sekunde versorgt. Das reicht noch nicht aus. Vodafone hat mit einem eigenen rund 72 Millionen Euro schweren Netzausbauprogramm im Jahr 2020 insgesamt 1.475 LTE- und 250 5G-Maßnahmen realisiert. Bereits über 99 Prozent aller Gespräche an den 2.500 bayerischen Autobahnkilometern sind von Anfang bis Ende störungsfrei. Für ein noch besseres Netz an den Verkehrsachsen sind in diesem Jahr weitere 71 Maßnahmen geplant.

Und auch bei 5G leistet Vodafone in der Telekommuni-

kationsbranche Pionierarbeit. Bereits zu Beginn des Ausbaus konnten wir mit 180 5G-Antennen in München die größte Metropole Bayerns in das digitale Zeitalter bringen. Auch für 2021 werden wir den Ausbau weiter vorantreiben, um noch mehr Menschen über den neuen Mobilfunkstandard zu vernetzen. Schon heute sind es deutschlandweit 20 Millionen, bis Ende des Jahres werden es sogar 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger sein.

KABEL UND GLASFASER – DIE PERFEKTE KOMBINATION FÜR DIE GIGABIT-VERSORGUNG DEUTSCHLANDS

Unser Kabel-Glasfasernetz ist enorm leistungsstark und damit sehr zukunftssicher. Denn in diesem Netz vereinen wir Technologien wie Glasfaser und Koaxialkabel. Schon heute können 3,2 Millionen Haushalte in Bayern Gigabit-schnelle Anschlüsse buchen.

Dort, wo wir unsere Kunden nicht mit Kabel versorgen können, bauen wir Glasfaser aus. So konnten wir im letzten Jahr 30.000 Haushalte und 5.000 Unternehmen mit eigenen Glasfaser-Anbindungen ausstatten. Ein schönes Beispiel für ein solches Projekt ist der Landkreis Cham. Hier wird im Rahmen eines geförderten Betreibermodells ein ambitioniertes Netzinfrastrukturprojekt umgesetzt und in der ersten Stufe rund 12.000 Haushalte und Unternehmen, die bisher unterversorgt waren, mit Glasfaser angebunden. Und auch in Icking und Altfraunhofen konnten wir zeigen, wie erfolgreich Betreibermodelle sein können, wenn Kommunen und Privatwirtschaft beim geförderten Ausbau eng zusammenarbeiten.

Als aktiver und kompetenter Partner der Kommunen werden wir im kommenden Jahr über die Teilnahme an geförderten Ausbauprojekten im Rahmen der Gigabitförderung hinaus auch den privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau in Bayern weiter vorantreiben. ■

Entwickelt für höchste Anforderungen:
Montagefreundlich und dauerhaft dicht

**CCM ONE® Spleissmuffe
PRO & COMPACT**



CONNECTING THE DOTS

CONNECTCOM



REHAU AG + CO.

RAUSPEED EasyConnect

Gebäude effizient mit Glasfaser erschließen

Der Glasfaseranschluss in einem Gebäude war bislang mit einem hohen organisatorischen und personellen Aufwand verbunden. Effizienter geht es mit der neuen Einblasbox RAUSPEED EasyConnect. Mit dieser Technik erfolgt die Verlegung der Glasfaser zukünftig an nur einem Tag – mit nur einem Monteur. Diese Ein-Schritt-Montage bedeutet bis zu 35 Prozent Zeitersparnis.

Schnelles Internet soll so selbstverständlich sein wie Strom aus der Steckdose oder Wasser aus der Leitung. „Fibre to the Home“ (FTTH) lautet die Parole und meint damit die Verlegung der Glasfaser bis in die einzelnen Wohnungen. Dafür braucht jedes Gebäude einen Anschluss für das Mikrorohr, in dem später die Glasfaser verläuft.

RESSOURCEN EFFIZIENT EINSETZEN

Bislang ist das Einblasen der Glasfaser in das fertig verbaute MKR-System mehr eine organisatorische als technische Herausforderung, denn es braucht zwei Termine mit dem Hausbesitzer und zwei Monteure vor Ort. Beim ersten Termin wird die Hauswand durchbohrt und die Haus-einführung gesetzt. Beim zweiten die Glasfaser per Druckluft in das Mikrorohr eingeblasen und abgedichtet. Ein Monteur bedient dabei das Einblasgerät, der zweite nimmt das eingeblasene Kabel im Haus entgegen. Auch muss das Montageteam häufig mehrfach anreisen und mit Wartezeiten rechnen, da die anzuschließenden Haushalte nicht alle zur selben Zeit Zugang zum Haus gewähren können und sich die Termine beim Gebäudewechsel nicht immer nahtlos aneinanderreihen lassen. Rechnet man diesen Aufwand für ein komplettes Ausbaugbiet hoch, wird die Verschwendung von planerischen und personellen Ressourcen deutlich.



Einblasbox RAUSPEED EasyConnect
Bild: REHAU AG + Co.

SCHNELLER ZUR GLASFASER

Aber es geht auch anders. Mit der neuen Einblasbox RAUSPEED EasyConnect von REHAU lassen sich Gebäude mit Glasfaserkabel endlich effizienter erschließen. Denn bereits während der Mikrorohrverlegung an der Straße, welche bis zu zwei Wochen dauert, wird der Hausanschluss gelegt und die Einblasbox am Ende des Mikrorohres im Keller montiert. Nach der Montage ist kein weiterer Zugang zum Haus nötig. Der Einbläser kann sich später vom Kabelverzweiger aus um das komplette Ausbaugbiet kümmern – hier werden in der Regel rund hundert Haushalte angeschlossen – die Glasfaser läuft bis in die Einblasbox und wird dort sicher abgebremst.

Nach einer ersten Einschätzung REHAUs, auf Basis von bereits durchgeführten Pilot-Projekten, werden bei dieser Methode im Vergleich zur konventionellen Vorgehensweise die Kosten um mehr als die Hälfte reduziert.

Das Thema Glasfaserausbau ist ein weites Feld. Deswegen bietet REHAU zusätzlichen Service auf mehreren Ebenen an. Speziell Planer werden mit detaillierten Ausschreibungstexten zu allen Lösungen und auf Wunsch auch bei der Planung unterstützt. Damit später auf der Baustelle der Ersteinbau des REHAU Systems reibungslos klappt, führt der Hersteller bei Bedarf Produkteinweisungen durch. Kommunen, Gemeinden und Zweckverbände können sich zum Thema Fördermittel beraten lassen. ■

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.rehau.de/easyconnect

Alle reden.

Über Digitalisierung, über Breitband, über smarte Cities, über die Zukunft, über ...

Wir machen.

Und kümmern uns um den Glasfaserausbau. Auch in Ihrer Region.

Echte FTTH-Glasfaser.

Für die Zukunftssicherheit unserer Kommunen.

Jetzt informieren!

deutsche-glasfaser.de/kommunen

CONNECT COM GMBH

Montagefreundlich und dauerhaft dicht

Connect Com bringt mit CCM ONE® neue Glasfaserspleißmuffen für FTTx Netze auf den Markt

„Es ist leichter Probleme zu lösen als, mit ihnen zu leben.“ Diesem Motto Albert Einsteins folgend, hat Connect Com mit den CCM ONE Spleißmuffen PRO und COMPACT eine neue Generation Glasfasermuffen entwickelt, die den Anforderungen an flexible und nachhaltige Systemlösungen für den Breitbandnetzausbau nachkommen. Herzstück der CCM ONE Spleißmuffe sind die patentierten Systeme dynaloX Kabeleinführung und Xtight Dichtelement, die dafür sorgen, daß Verbindungen dauerhaft dicht und wartungsfrei sind.

„Unsere Vision für ONE während der Entwicklung war, unseren Kunden ein erstklassiges und ausgereiftes Muffen-System anzubieten – robust, langlebig, sicher. CCM ONE besticht durch maximale Flexibilität, einfaches Handling und – dank dem patentierten Kalt-Dichtsystem dynaloX – durch absolute Dichtheit.“, erklärt Jörg Frei, Inhaber Connect Com.

CCM ONE®: ENTWICKELT FÜR HÖCHSTE ANFORDERUNGEN

CCM ONE passt sich der Netzanforderung flexibel an – sowohl an die geforderte Faserzahl als auch an das zum Einsatz kommende Kabel. Das patentierte Kalt-Dichtsystem, bestehend aus der dynaloX Kabeleinführung mit dem integrierten Dichtelement Xtight, schützt die Glasfasern im Inneren der IP68-dichten Muffe gegen äußere Einflüsse. Egal ob Micro-, Mini-, Standard- oder Sonderkabel - die spezielle, patentierte X-Kontur des Dichtelements Xtight umschließt LWL-Kabel und Mikroröhrchen von 2 bis 20 mm sicher. So wird das Kabel bereits nach dem Einziehen in der Kabeleinführung positioniert und kann nicht aus der Dichtung herausrutschen. Das patentierte Federdruck-System der dynaloX Kabeleinführung sorgt für eine permanente Vorspannung des Dichtsystems und ist dadurch auch bei extremen Temperaturschwankungen dauerhaft dicht und wartungsfrei. Das patentierte Kalt-Dichtsystem garantiert zudem auch eine zuverlässige und permanente Abdichtung zwischen der Kabeleinführung und dem Einlaßport im Muffenboden. CCM ONE bietet Installateuren und Netzbetreibern, die gewünschte Investitions- und Zukunftssicherheit ihrer Netze, da je nach Bedarf weitere Glasfaserverbindungen eingeführt werden können, die über Jahrzehnte vor Umwelteinflüssen geschützt sind.

Die CCM ONE Spleißmuffe kann je nach Anforderung und Bausituation im Freien, im Erdreich, im Schacht oder am Mast installiert werden. Die Installation der Muffe ist intuitiv, selbsterklärend und ohne Spezialwerkzeug zu bewerkstelligen. Auch im laufenden Betrieb können Glasfasern-/Kabel ohne Netzausfälle angeschlossen werden.

Entworfen in der Schweiz – hergestellt in Deutschland. Von der Entwicklung über die Produktion bis zur Qualitätsprüfung - wir haben die gesamte Wertschöpfungskette im Griff. Regionale, langjährige Lieferanten produzieren für uns die Bauteile, welche inhouse mit größter Sorgfalt zusammengesetzt, montiert und abschließend geprüft werden. ■

Weitere Informationen:

www.connectcom.de/spleissmuffe



CCM ONE® Spleißmuffen PRO und COMPACT sowie dynaloX® Kabeleinführungen
Bild: Connect Com AG

ANGEBOTEN WIRD DIE CCM ONE SPLEISSMUFFE ZUNÄCHST IN ZWEI GRÖSSENVARIANTEN:

- Spleißmuffe CCM ONE COMPACT für max. 432 Spleiße und 1 Loop Kabeleinführung sowie 6 dynaloX oval
- Kabeleinführungen Spleißmuffe CCM ONE PRO für max. 864 Spleiße und 2 Loop Kabeleinführungen sowie 8 dynaloX oval Kabeleinführungen

Die Ablage der Glasfaserverbindungen wird durch die bewährten CCM CARO Spleißkassetten mit einem optimalen, schonenden Biegeradius von 30 mm gewährleistet.

hfc Broadband Solutions
by axing group

Neue Märkte für Stadtwerke, Netzbetreiber und Energieversorger

Multi-Gigabit-fähige Breitband-Netzwerklösungen aus einer Hand für existierende und neue koaxiale oder HFC-Netze.

- Remote-CCAP als zentrales Element
- Hochwertige Empfangstechnik
- Kopfstellen und Streamer
- Aktive und passive Verteiltechnik
- Remote-MACPHY Systeme als 10G-Schnittstelle zwischen FTTx und Koaxial-Netzen



axing Competence in Communication Technologies
AXING AG
Gewerbehau Moskau | CH-8262 Ramsen
Telefon +41 52 - 742 83 00
Telefax +41 52 - 742 83 19
www.axing.com

dev
DEV Systemtechnik GmbH
Grüner Weg 4A | D-61169 Friedberg
Telefon +49 6031 - 6975-100
Telefax +49 6031 - 6975-114
www.dev-systemtechnik.com

Sprechen Sie mit uns über die Alternative zu FTTH!
info@hfc-broadbandsolutions.com
Besuchen Sie uns auch im Internet:
www.hfc-broadbandsolutions.com

Halten Sie durch!

TERMINHINWEIS

8. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

11.11.2021

Stadthalle Gunzenhausen

www.bayerisches-breitbandforum.de

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 5/2021 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel,
Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

Loseblattsammlung

Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland

Umfangreiche Themensammlung zum Breitbandausbau
für Kommunen, TK-Unternehmen und Berater

**Expertenwissen, Vorlagen und Checklisten
auf über 450 Seiten!**

- Grundlagen
- Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen
- Geschäfts- und Trägermodelle
- Finanzierung und Förderung
- Technische Grundlagen und Planung
- Verlegemethoden
- Leerrohre
- Vorlagen und Checklisten



Immer aktuell
durch regelmäßige
Aktualisierungen
und Ergänzungs-
lieferungen!

atene
KOM

atene KOM GmbH
breitband@atenekom.eu
Tel. 030 22 183-1513

Probelesen
und bestellen

www.atenekom.eu

ABC DES KOMMUNALEN BREITBANDBAUS

WEITERE INFORMATIONEN GESUCHT?

AUF WWW.GEMEINDEZEITUNG.DE/ABC WARTET EIN ABC DES KOMMUNALEN BREITBANDBAUS AUF SIE!
SIE WOLLEN RECHTZEITIG ZUM 8. BAYERISCHEN BREITBANDFORUM – DIE DIGITALE KOMMUNE – EINGELADEN WERDEN?
DANN ABONNIEREN SIE DEN KOSTENFREIEN NEWSLETTER DER BAYERISCHEN GEMEINDEZEITUNG UNTER:

WWW.GEMEINDEZEITUNG.DE/NEWSLETTER

WIR SEHEN UNS IN GUNZENHAUSEN!

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:



BAYERISCHES
INFRASTRUKTUR
FORUM



BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM



BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM



BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM